



**Rückblick
und
Ausschau**

St Gallen kann es.

**Geschäftsbericht
2017**

1. Prolog des Regierungspräsidenten	3
2. Berichte der Staatskanzlei und der Departemente	6
1. Staatskanzlei	6
2. Volkswirtschaftsdepartement	12
3. Departement des Innern	18
4. Bildungsdepartement	24
5. Finanzdepartement	32
6. Baudepartement	38
7. Sicherheits- und Justizdepartement	44
8. Gesundheitsdepartement	50
3. Aussenbeziehungen	56
4. Regierungscontrolling	60
5. Antrag	81

Titelbild
Nach rund vier Jahren Bauzeit eröffnete der Kanton
St. Gallen die Taminabrücke am 22. Juni 2017.
Sie verbindet die Dörfer Valens und Pfäfers.

Prolog des Regierungspräsidenten

Liebe Leserinnen und Leser

Obwohl technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen im vergangenen Jahr auch den Kanton St. Gallen vor diverse Herausforderungen stellten, war die kantonale Politik 2017 insgesamt durch Stabilität und in einem gewissen Sinn sogar Normalität gekennzeichnet. Deutlich turbulenter verlief beispielsweise die politische Entwicklung in den drei Nachbarländern Deutschland, Frankreich und Österreich, in denen im vergangenen Jahr Wahlen auf nationaler Ebene abgehalten wurden. Dabei haben in allen drei Ländern diejenigen Kräfte deutlich zugelegt, die sich explizit gegen die etablierten Parteien und die «classe politique» wenden. Zwar schafften sie bisher nur in Österreich eine Regierungsbeteiligung, aber ihr Aufstieg ist ein Indiz dafür, dass die Gräben in der Politik und der Gesellschaft tiefer werden. Man scheint sich zunehmend gegenseitig fremd zu werden und sich nicht mehr zu verstehen, obwohl man eigentlich über dasselbe spricht.

Umgang mit dem Fremden

«Was macht das Fremde mit mir?» Diese Frage begleitet mich nicht nur als Motto durch mein Präsidialjahr, sondern sie scheint mir auch für unsere politischen Institutionen und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaften von grosser Bedeutung zu sein. Gerade im Fall der Schweiz spricht man oft von einer Willensnation. Es ist eben nicht eine gemeinsame Abstammung oder Kultur, die unsere Nation begründet, sondern der Wille, trotz Unterschiedlichkeit und Andersartigkeit zusammenzugehören und in der Politik Kompromisse zu finden, mit denen möglichst viele leben können. Dies gilt genauso für unseren heterogenen Kanton St. Gallen.

Was macht das Fremde mit mir? Sind wir an fremdartigen Entwicklungen, Ideen, Meinungen und Menschen interessiert? Wollen wir sie verstehen, auch wenn wir die anderen Ansichten schliesslich vielleicht nicht teilen mögen? Oder grenzen wir uns von allem Fremden ab, um uns möglichst in unserer eigenen Identität zu bestärken? Nicht zuletzt von den Antworten auf diese Fragen wird es abhängen, ob wir es auch künftig schaffen, konstruktiv mit bestehenden und neuen Spannungen innerhalb unserer Gesellschaften umzugehen.

Die St. Galler Regierung hat mit ihrer im Jahr 2017 verabschiedeten Schwerpunktplanung 2017–2027 zu dieser Thematik Stellung bezogen. Dies kommt in unserer Vision «Vielfalt leben – Akzente setzen» deutlich zum Ausdruck. In der Zwischenzeit haben die Departemente die strategischen Ziele aus der Schwerpunktplanung in den Departementsstrategien konkretisiert und wenden diese teilweise bereits an.



Fredy Fässler
Regierungspräsident

Es ist eben nicht eine gemeinsame Abstammung oder Kultur, die unsere Nation begründet, sondern der Wille, trotz Unterschiedlichkeit und Andersartigkeit zusammenzugehören und in der Politik Kompromisse zu finden.

Zukunftsfähige Infrastruktur sichern

Einen ersten Akzent konnte die Regierung dabei bereits setzen: Mit der im Herbst 2017 fertiggestellten Gesamtverkehrsstrategie wurde ein erstes Etappenziel aus dem Schwerpunkt «Strukturen optimieren» erreicht. Zentraler Rahmen dafür bildete das bereits vier Jahre zuvor von der Regierung genehmigte kantonale Raumkonzept. Der Kanton St. Gallen soll vor allem dort wachsen, wo bereits jetzt möglichst optimale Voraussetzungen dafür bestehen, wie das zum Beispiel in zentralen und gut erschlossenen Gemeinden und Ortsteilen der Fall ist. Somit müssen weniger Strassen neu- oder ausgebaut werden, und das vorhandene Angebot des öffentlichen Verkehrs wird besser genutzt. Auf der Grundlage der Gesamtverkehrsstrategie erarbeitet die Regierung aktuell das Strassenbauprogramm und das öV-Programm 2019–2023. Alle drei Vorlagen sollen im Frühling als Sammelvorlage zuhanden des Kantonsrates verabschiedet werden. In einem nächsten Schritt soll ebenfalls noch im Jahr 2018 das Kapitel Verkehr des kantonalen Richtplans erstellt werden, das ebenfalls stark auf der Gesamtverkehrsstrategie aufbauen wird.

Vorausschauende Weiterentwicklung des Bildungsangebots

Weitere Akzente setzt die Regierung aktuell im Zielbereich «Innovative Bildung und Forschung». Dazu gehört beispielsweise die geplante IT-Bildungsoffensive, die massgeblich im Verlauf des letzten Jahres erarbeitet wurde. Mit ihr plant die Regierung, während acht Jahren 75 Millionen Franken im Bereich Digitalisierung zu investieren. Da das Geld sowohl an der Spitze als auch in der Breite Wirkung entfalten soll, wird die IT-Bildungsoffensive Massnahmen auf allen Bildungsstufen beinhalten. Ebenfalls bereits 2017 wurde mit dem Medizinstudiengang «Joint Medical Master», der in Kooperation zwischen der Universität St. Gallen, dem Kantonsspital St. Gallen und der Universität Zürich angeboten werden soll, ein weiteres Vorhaben erarbeitet. Die Ausbildung wird in ein Ostschweizer Medizin-Netzwerk eingebettet, dem das Ostschweizer Kinderspital, die FHS St. Gallen im Bereich Pflege sowie weitere Ostschweizer Spitäler und Partner angehören. Beide Vorhaben sollen dazu beitragen, den teilweise akuten Fachkräftemangel in den entsprechenden Berufsfeldern zu mildern. Weil in beiden Fällen grössere Geldbeträge gesprochen werden sollen, werden noch im laufenden Jahr respektive im Jahr 2019 die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das letzte Wort haben.

Dank

Damit die Regierung überhaupt Akzente setzen kann, braucht es den kompetenten Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung. Für die professionelle Unterstützung und das grosse Engagement im vergangenen Jahr bedanke ich mich an dieser Stelle ganz herzlich. Wir werden auch im laufenden Jahr vielfältige Herausforderungen zu bewältigen haben, und ich freue mich darauf, weitere Akzente zu setzen.



Fredy Fässler, Regierungspräsident



Das offizielle Regierungsfoto mit dem Regierungspräsidenten Fredy Fässler (Mitte) wurde von der St. Galler Fotografin Anna-Tina Eberhard im Forum geschossen.

1. Staatskanzlei



Staatssekretär Canisius Braun
Leiter Staatskanzlei

Was war Ihr persönliches berufliches Highlight im Jahr 2017?

Neben vielen Ereignissen stechen 2017 sicher die Wahl und die Feier unserer neuen Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter hervor. Es ist dies ein Ereignis, das in einem Kanton nur sehr selten ausgerichtet werden darf. Wir hatten bereits 2009 mit Erika Forster einmal diese Freude.

Was hat die Staatskanzlei hierfür geleistet?

Bei einem solchen Anlass kommen praktisch alle Dienste der Staatskanzlei für ein gemeinsames Ziel zum Zug. Es bedingt ein Zusammenwirken aller Mitarbeitenden der Staatskanzlei, ähnlich wie es bei den Sessionsen oder bei Grossanlässen des Kantonsrates der Fall ist – mit dem Unterschied, dass Sessionsen regelmässig und mindestens fünfmal jährlich stattfinden.

Welche Projekte, die die Staatskanzlei 2017 sonst noch betreut hat, kommen der Bevölkerung zugute?

Der Bevölkerung kommt besonders zugute, dass die Staatskanzlei für den Kantonsrat, die Regierung und die Verwaltung Rahmenbedingungen schafft, damit gute Lösungen gefunden werden. Dabei stehen weniger inhaltliche, als vielmehr formelle, verfahrenstechnische oder rechtliche Fragen im Vordergrund.

Was hätte im Jahr 2017 besser funktionieren können?

Wir stellen immer wieder fest, dass strategische Aspekte, wie die Schwerpunktplanung 2017–2027, sowie andere Planungs- und Steuerungsinstrumente, wie Departementsstrategien und Controllingberichte, schwierig zu gestalten und auch schwierig zu vermitteln sind. Für die nächsten Berichtsperioden werden wir darauf ein Augenmerk legen.

Wo wollen Sie 2018 Schwerpunkte setzen?

Zwei gewichtige Vorlagen der Staatskanzlei sind das neue Publikationsgesetz sowie ein neues Wahl- und Abstimmungsgesetz. Beide Erlasse bilden wichtige Grundlagen auch für den Einsatz von digitalen Angeboten für die Bevölkerung, sei es im Bereich der amtlichen Veröffentlichungen oder im Einsatz von E-Voting. Hier müssen wir für 2019 mit Blick auf die kommenden Wahlen bereit sein.

Schritt für Schritt in die digitale Zukunft

Die St. Gallerinnen und St. Galler sind privat vermehrt digital unterwegs. Sie erwarten, dass sie auch Dienstleistungen von Verwaltung und Politik digital erledigen können. Die Staatskanzlei hat im Jahr 2017 gleich mehrere Projekte initiiert und umgesetzt, die diesem Wunsch nachkommen. So konnte beispielsweise die Bevölkerung in vier ausgewählten Gemeinden erstmals elektronisch abstimmen.

Am 24. September 2017 konnten die Stimmberechtigten in den vier St. Galler Pilotgemeinden Goldach, Kirchberg, Vilters-Wangs und Rapperswil-Jona sowie die Auslandsschweizerinnen und Auslandschweizer ihre Stimme elektronisch abgeben. Der erste Einsatz von E-Voting im Kanton St. Gallen war ein Erfolg: Rund ein Drittel der in den Pilotgemeinden eingereichten Stimmen ging elektronisch ein. Diese hohe Beteiligung sowie positive Rückmeldungen von Stimmberechtigten zeigen, dass die elektronische Stimmabgabe als Ergänzung zur brieflichen und persönlichen Stimmabgabe an der Urne geschätzt wird. Ziel der Staatskanzlei ist, dass die Bürgerinnen und Bürger der Pilotgemeinden an den nationalen und kantonalen Erneuerungswahlen 2019 und 2020 elektronisch wählen können. Anschliessend soll E-Voting schrittweise im ganzen Kanton eingeführt werden.

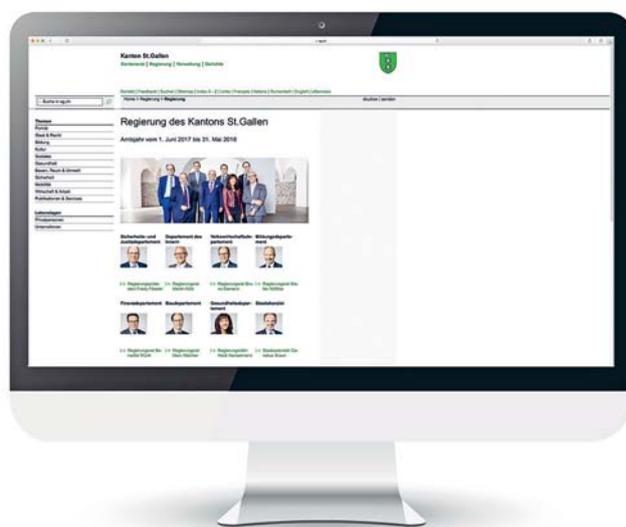
«Der erste Einsatz von E-Voting im Kanton St. Gallen war ein Erfolg.»

Der Einsatz von E-Voting stellt höchste Anforderungen an die Sicherheit. In der künftigen Generation von E-Voting-Systemen wird deshalb neben der individuellen auch die universelle Verifizierbarkeit umgesetzt sein. Diese gewährleistet, dass Fehler im gesamten Abstimmungs- und Wahlablauf erkannt werden können, seien es Softwarefehler, menschliche Fehlleistungen oder Manipulationsversuche.

Im neuen «Gesetz über Wahlen und Abstimmungen» hat die Staatskanzlei 2017 sämtliche Verfahren und Zuständigkeiten im Bereich der politischen Rechte aktualisiert und präzisiert. Gleichzeitig schafft die Vorlage auch die gesetzliche Grundlage für die weitere Ausbreitung von E-Voting. Angestrebt wird, dass der Erlass ab dem 1. Januar 2019 das heute in Vollzug stehende Urnenabstimmungsgesetz aus dem Jahr 1971 ablöst.



Schwergewichte unter sich:
Bei der Ankunft im Kanton St. Gallen standen an der Feier für Karin Keller-Sutter Elefanten den politischen Grössen gegenüber.
Quelle: KEYSTONE/Gian Ehrenzeller



So (links) sah die Webseite des Kantons vor 2011 aus, so (rechts) sieht sie heute aus. Die Navigation und die Inhalte sind verzettelt. Die neue Webseite wird inhaltlich verschlankt und soll die ganze Bildschirmgröße ausnutzen.

Erster Schritt zur neuen Kantonswebseite

Elektronisch abstimmen ist eine Form von E-Government, der elektronischen Interaktion zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung. In Zukunft werden die digitalen Interaktionen noch zahlreicher werden. Wenn die Prozesse vereinfacht und beschleunigt werden, sparen die Bürgerinnen und Bürger sowie die Mitarbeitenden der Verwaltung Zeit und Aufwand. Ein wichtiger Grundpfeiler dieses verbesserten Kundenerlebnisses stellt die Webseite des Kantons St. Gallen dar. Die Seite wird pro Tag über 20 000 Mal aufgerufen und bildet die Visitenkarte der Verwaltung, des Kantonsrates und der Regierung. Die inhaltliche Verantwortung trägt die Staatskanzlei.

«Die Bürgerinnen und Bürger sollen auf der Webseite schneller die gewünschten Informationen finden.»

Sie hat 2017 den Projektauftrag für die Überarbeitung von www.sg.ch erstellt. Dafür wurde die bestehende Webseite gründlich analysiert. Aufgrund der Resultate formulierte die Staatskanzlei einen Erneuerungsprozess, der alle Departemente, die Gerichte und die Kantonspolizei berücksichtigt. Der Auftrag bildet die Grundlage für die professionelle und kostenbewusste Überarbeitung der Kantonswebseite.

Schliesslich soll die Webseite nicht nur moderner aussehen, sondern inhaltlich auch deutlich schlanker werden. Aktuell umfasst die Webseite rund 24 000 Unterseiten, mehrere Navigationsvarianten und somit einen unübersichtlichen und verzettelten Aufbau. Ziel ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger schneller die gewünschten Informationen finden. Die neue Webseite soll im ersten Halbjahr 2019 online gehen.

Vom Hängeregister zur digitalen Geschäftsverwaltung

Auch die Kantonsverwaltung selber wird digitaler. Unter der Federführung der Staatskanzlei führt die Verwaltung in den nächsten Jahren eine elektronische Geschäftsverwaltung ein. Das Kurzwort dafür lautet GEVER. Mit GEVER können die Mitarbeitenden der Verwaltung Geschäfte und die dazugehörigen Dokumente und E-Mails an einem Ort in Form von Dossiers zentral verwalten, statt die Daten auf verschiedenen Servern abspeichern zu müssen. Das Senden von Dokumenten in einer E-Mail entfällt. Weil mit GEVER aber individuelle Ablagestrukturen vereinheitlicht werden, bereiten Mitarbeitende der Staatskanzlei die Einführung von GEVER in den einzelnen Organisationseinheiten schrittweise vor und begleiten die Kolleginnen und Kollegen beim Umstieg auf das neue System.

2017 war das faktische Entstehungsjahr von GEVER im Kanton St. Gallen. Der Kantonsrat genehmigte an der Junisession 2017 ohne Gegenstimme den Sonderkredit für die Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung in der Staatsverwaltung. Das GEVER-System wurde schliesslich durch eine öffentliche Ausschreibung beschafft. Als



Auf dieses Icon werden die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Regierungsmitglieder und die Mitglieder des Kantonsrates in Zukunft regelmässig klicken. Kreiert hat es die Staatskanzlei.

Erstes migrierte die Staatskanzlei die drei Pilotstellen: das Generalsekretariat des Departementes des Innern, das Generalsekretariat des Baudepartementes und das Hochbauamt. Die Erkenntnisse daraus fliessen in die Vorbereitungen und die Migrationen weiterer Organisationseinheiten. Deren Migration vollzieht die Staatskanzlei schrittweise ab dem Jahr 2018.

«Unter der Federführung der Staatskanzlei führt die Verwaltung in den nächsten Jahren eine elektronische Geschäftsverwaltung ein.»

Im Rahmen des Sonderkredits wurden im Jahr 2017 neben den finanziellen Mitteln für die Einführung von GEVER auch die Mittel für die Ablösung des Ratsinformationssystems (RIS) und die Einführung eines Vorlagenmanagement-Systems genehmigt. Letzteres ermöglicht eine einfachere Handhabung von Vorlagen, beispielsweise für Briefe oder Regierungsunterlagen. Zudem hat die Staatskanzlei im Jahr 2017 ein Enterprise Mobility Management in Betrieb genommen. Dieses ermöglicht einen sicheren Datenaustausch von E-Mails, Kalendereinträgen oder Dokumenten mit mobilen Geräten wie Smartphones oder Tablets und erlaubt den mobilen Zugriff auf das kantonsinterne Netzwerk, wie beispielsweise auf das GEVER-System.

Mit den Digitalisierungsschritten der Staatskanzlei sollen Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die Mitglieder der Regierung sowie sämtliche Mitarbeitenden ihre Unterlagen ortsunabhängig abrufen können. Dies bietet die Grundlage, um schliesslich papierlose Sitzungen durchführen zu können. Die Staatskanzlei leistet somit einen Beitrag zur schrittweisen und konsequenten Digitalisierung der Staatsverwaltung.

Amtsblatt erscheint nur noch online

Digital wird in Zukunft auch das Amtsblatt sein. Nachdem die Publikation seit der Gründung des Kantons St. Gallen 1803 als gedruckte Ausgabe erscheint, stellte die Staatskanzlei im Jahr 2017 die Weichen für eine digitale Zukunft. Sie erarbeitete dazu die rechtlichen und technischen Grundlagen. Das neue «Publikationsgesetz» wird die gesetzliche Grundlage für die rechtsverbindliche elektronische Veröffentlichung der Gesetzessammlung sowie des Amtsblatts auf einer Publikationsplattform schaffen.

Parallel dazu erarbeitete die Staatskanzlei in Absprache mit dem Kanton Aargau und den politischen Gemeinden die Anforderungen an eine geeignete Anwendung für die Publikation des Amtsblatts im Internet. Über die neue Publikationsplattform soll die Verwaltung die amtlichen Publikationen tagesaktuell veröffentlichen können. Die Nutzerinnen und Nutzer können sich mittels Newsletter-Funktionen gezielt über amtliche Publikationen informieren lassen und über eine ausgebaute Suchfunktion bisherige Beiträge recherchieren. Den Gemeinden soll ermöglicht werden, ihre amtlichen Publikationen ebenfalls über diese Plattform zu veröffentlichen. Damit erhalten die Bürgerinnen und Bürger einen einheitlichen und einfachen Zugang zu den amtlichen Publikationen von Kanton und Gemeinden.

Protokollierung wird digital

Eine digitale Vereinfachung erfuhr 2017 auch die Protokollierung der Kantonsratssessionen. Mussten die Protokollführerinnen und Protokollführer bis anhin die Voten der Kantonsrätinnen und Kantonsräte Wort für Wort niederschreiben, hilft ihnen seit 2017 die Spracherkennungs-Software Recapp. Diese hört die Wortmeldungen mit, analysiert diese und stellt innert Minuten die Transkription zur Verfügung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdienste müssen schliesslich die Vorschläge überprüfen und gegebenenfalls korrigieren. Die Protokollierung der Sessionen könnte damit deutlich schneller werden.

Seit 2017 verfassen die Parlamentsdienste neu auch die Medienmitteilungen der vorberatenden Kommissionen selber. Früher schrieben oft die Fachleute aus den Departementen die Medienmitteilungen. Damit die Gewaltenteilung aber auch in der Medienarbeit eingehalten wird, verfassen die Parlamentsdienste seit 2017 die Mitteilungen unabhängig von den Departementen. Die Parlamentsdienste

arbeiten dabei eng mit der Dienststelle Kommunikation zusammen. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, wie gut die fachliche Vernetzung der unterschiedlichen Dienststellen in der Staatskanzlei funktioniert.

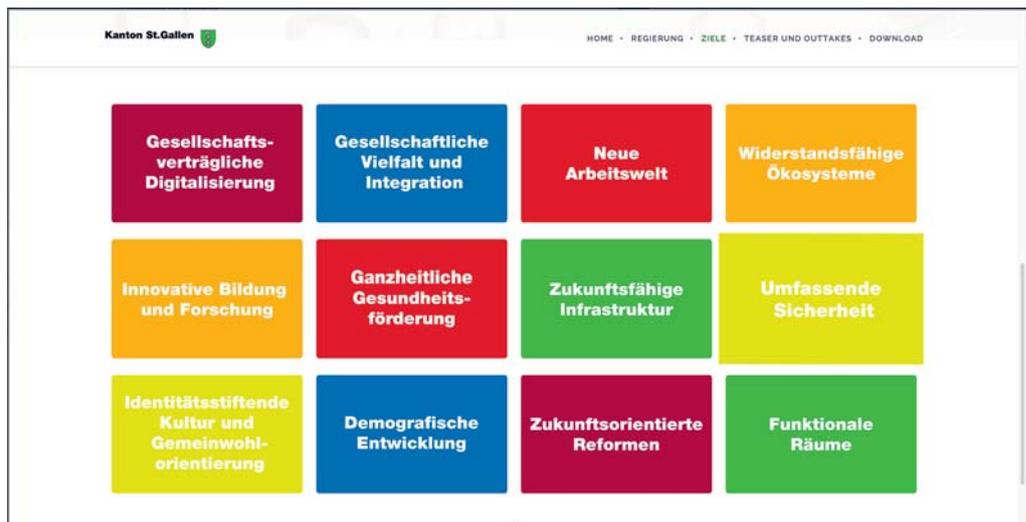
Neue Ziele, neue Wege

Die Staatskanzlei hat auch 2017 mitgeholfen, die Politik nachhaltiger zu gestalten. Sie erarbeitete die Grundlagen zur Schwerpunktplanung 2017–2027 und begleitete die entsprechenden Diskussionen der Regierung. Zum ersten Mal wurde die Schwerpunktplanung auf zehn statt auf vier Jahre ausgerichtet, wie es das revidierte Staatsverwaltungsgesetz seit 2017 vorsieht. «Vielfalt leben – Akzente setzen» lautet die Vision, an der sich die Regierung orientiert. In zwei Klausuren und mehreren Regierungssitzungen legte die Regierung vier Schwerpunkte mit zwölf strategischen

Zielen fest. Die drei Schwerpunkte «Strukturen optimieren», «Ressourcen entfalten» und «Sozialen Frieden sichern» aus der vorangegangenen Schwerpunktplanung wurden aktualisiert und durch den vierten Schwerpunkt «Zukunft proaktiv gestalten» ergänzt.

Die zwölf Ziele der Schwerpunktplanung sind auf der Kantonswebseite in Kurzvideos porträtiert. Die Staatskanzlei leistete bei der Schwerpunktplanung die gesamte Unterstützung, von der Initiierung über die inhaltliche Vorbereitung und Konsolidierung bis zur Präsentation. Die neue Schwerpunktplanung erhielt im vergangenen Jahr auch mediale Aufmerksamkeit. Ein Video, das neben der offiziellen Version die Versprecher der Regierungsräte zeigte, wurde auf Facebook über 50 000 Mal angeschaut.

Die Staatskanzlei hat die Schwerpunktplanung der Regierung auch online begleitet.



«Sich selber nicht so ernst nehmen, das finde ich stark! Gratuliere!» oder «Supersympathisch!» Die Reaktionen zum Video auf der Facebook-Seite des Kantons waren sehr gut.

Die Staatskanzlei in Zahlen

	2017
Anzahl begleitete vorberatende Kommissionen	28
Anzahl eingereichte Vorstösse	147
Anzahl Medienmitteilungen	315
Anzahl Beglaubigungen	6353
Anzahl Anlässe in den Räumlichkeiten des Regierungsgebäudes	457
Anzahl begleitete Regierungssitzungen	40

Die Veröffentlichung der Schwerpunktplanung Anfang Juni 2017 bildete zugleich den Auftakt für die Überarbeitung der Departementsstrategien. Die Departemente konkretisierten die Schwerpunktplanung der Regierung, indem sie messbare Ziele formulierten und anschliessend Indikatoren definierten, wie die Resultate gemessen werden können. Aufgrund dieser Ziele legten die Departemente konkrete Massnahmen fest. Mit den Departementsstrategien, die ebenfalls unter der Federführung der Staatskanzlei erarbeitet wurden, wird die Staatstätigkeit strategisch ausgerichtet, kohärenter und damit effektiver.

Neue Gesichter

Schliesslich prägten personelle Veränderungen das Jahr 2017 in der Staatskanzlei. Während rund zwanzig Jahren führte Hildegard Jutz die Dienststelle Kommunikation, im Mai übernahm Thomas Zuberbühler die Leitung der kantonalen Kommunikation. Auch im Sekretariat gab es einen Chefinnenwechsel: Nathalie Bosshart führt neu das Team, während die frühere Stelleninhaberin Patricia Langenegger in einem reduzierten Pensum weiterhin im Sekretariat tätig ist.

«Die Staatskanzlei leistete bei der Schwerpunktplanung die gesamte Unterstützung, von der Initiierung über die inhaltliche Vorbereitung und Konsolidierung bis zur Präsentation.»

Ausblick 2018

Die zwei Gesetzesvorlagen der Staatskanzlei «Gesetz über Wahlen und Abstimmungen» und «Publikationsgesetz» werden im laufenden Jahr im Kantonsrat beraten. Bei der Erneuerung der Webseite sg.ch führt die Staatskanzlei im Jahr 2018 über fünfzig Workshops mit den Ämtern durch, um die Inhalte neu zu definieren. Schliesslich werden im laufenden Jahr unter der Federführung der Staatskanzlei die Generalsekretariate auf GEVER migriert.

Referenzierte Schwerpunktziele:

- 2.3 Neue Arbeitswelt
- 3.2 Gesellschaftliche Vielfalt und Integration
- 3.3 Identitätsstiftende Kultur und Gemeinwohlorientierung
- 4.1 Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung
- 4.2 Zukunftsorientierte Reformen

2. Volkswirtschaftsdepartement



Regierungsrat Bruno Damann
Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement

Was war Ihr persönliches berufliches Highlight im Jahr 2017?

Die erfolgreiche Realisierung eines sogenannten Public-Private-Partnership-Projekts im Rahmen des Neubaus des Fischereizentrums Steinach. Von der Kooperation zwischen dem Kanton und einer Industrieunternehmung haben alle Beteiligten profitiert.

Wie profitiert die Bevölkerung von diesem Projekt?

In erster Linie konnten die Energieeffizienz gesteigert und die Lärmbelastung (Kühlung der Maschinen erfolgt neu mit Seewasser) reduziert werden. Davon profitieren die Anwohner, die Industrie, der Kanton sowie die Umwelt.

Wo konnte das Volkswirtschaftsdepartement sonst Akzente setzen?

Das Volkswirtschaftsdepartement hat sich auf eine dienstleistungs- und lösungsorientierte Abwicklung unserer Bürgeranliegen fokussiert. Parallel dazu haben wir den Kontakt zu den Unternehmen intensiviert. Schliesslich legten wir mit der durch die Regierung verabschiedeten «Biodiversitätsstrategie St. Gallen 2018–2025» und der «Gesamtverkehrsstrategie» namhafte Grundsteine für die Zukunft.

Was hätte im Jahr 2017 besser funktionieren können?

Die grenzüberschreitende und interdepartementale Zusammenarbeit ist noch verbesserungsfähig. Zudem sollte sich die Regierungstätigkeit wieder vermehrt auf strategische Aufgaben konzentrieren.

Wo wollen Sie 2018 Schwerpunkte setzen?

Wir legen das Augenmerk auf die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, die Ausarbeitung des 6. öV-Programms sowie die Erneuerung des Standortförderungsprogramms 2019–2023. Dadurch stärken wir die Natur, fördern die Vernetzung im Verkehrssystem, und der Kanton St. Gallen profiliert sich als moderner und attraktiver Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort.

Networking in allen Bereichen

Vernetzung wird im Volkswirtschaftsdepartement grossgeschrieben. Die Wirtschaftsentwicklung und der Tourismus sind von verschiedenen Einflüssen abhängig. Die Biodiversität fordert ein vernetztes Handeln von Landwirtschaft, Waldbewirtschaftern und Naturschützern. Das Netz des öffentlichen Verkehrs will sorgfältig ausbalanciert sein. So bilden die Biodiversitäts- und die Gesamtverkehrsstrategie den Rahmen für konkrete Massnahmen.

Die Regierung veröffentlichte im August 2017 die erste Gesamtverkehrsstrategie. Die Strategie legt die Stossrichtung für ein nachhaltiges kantonales Verkehrssystem fest und orientiert sich an den vier zentralen Zielen «Erreichbar», «Ökologisch», «Solidarisch und Sicher» sowie «Finanzierbar und Wirtschaftlich». Sie beleuchtet zentrale absehbare Entwicklungen im Bereich der Gesamtverkehrsstrategie und bildet unter anderem die Grundlage für die Teilstrategie zum öffentlichen Verkehr. Gemäss der Strategie soll in den urbanen Verdichtungsräumen der öffentliche Verkehr einen massgeblichen Teil des Mehrverkehrs übernehmen. Dies erfordert Priorisierungsmassnahmen, wie zum Beispiel Busspuren.

Forderungen nach einem öV-Ausbau wägt das Volkswirtschaftsdepartement sorgfältig ab.

Bericht «Erreichbarkeit St. Gallen-Bodensee/Rheintal» wird gutgeheissen

Der Kantonsrat hiess in der Novembersession 2017 den Bericht zum Postulat «Erreichbarkeit St. Gallen-Bodensee/Rheintal» gut. Darin werden die bereits realisierten Ausbauten der Bahninfrastruktur beschrieben. Zudem gibt der Bericht eine Übersicht zu den beschlossenen und in den kommenden Jahren umzusetzenden Ausbauprojekten. Der Kantonsrat lud die Regierung ein, die Erreichbarkeit

des Kantons weiter zu verbessern und die dafür notwendigen Ausbauten konsequent einzufordern.

Erfolgreiche Erweiterung des Bahnausbaus 2025

Bei der Planung des Ausbaus 2025 konnten wesentliche Verbesserungen erzielt werden: Der IC-Zug von Zürich nach St. Gallen wird künftig stündlich bis Rorschach verlängert. Die S7 wird ab Rorschach zweistündlich nach St. Margrethen–Bregenz–Lindau weitergeführt.



Neuer Fernverkehrszug der SBB bei Uzwil

Zum Ausbauschnitt 2030/35 stellte das zuständige Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK im Herbst 2017 den Botschaftsentwurf vor. Darin ist unter anderem die Realisierung des Brüttener Tunnels vorgesehen. Dieser bietet der Ostschweiz im Idealfall eine bessere Erreichbarkeit. Die Botschaft wird im Laufe des Jahres 2018 weiterbearbeitet, bevor sie Ende 2018 zuhänden des Eidgenössischen Parlaments verabschiedet wird.

Tramplanung wird zurückgestellt

Die Stadt und der Kanton St. Gallen haben 2017 überprüft, wie der Anstieg der Passagierzahlen und die Zunahme der Stautunden auf der Achse St. Gallen Winkeln–Neudorf/Heiligkreuz mittel- bis langfristig bewältigt werden können. Die Studie kam zum Schluss, dass die nötige Transportkapazität auch in den kommenden zwanzig bis dreissig Jahren mit einem leistungsfähigen Bus-System bereitgestellt werden kann. Ein dichter Takt, tiefere Investitions- und Betriebskosten sowie mehr Flexibilität im Einsatz sind weitere Vorteile, die das Bus-System bietet.

Das Volkswirtschaftsdepartement fördert Innovationen und vernetzt Forschung und Unternehmen.

Basis für Zusammenarbeit zwischen EMPA und Wirtschaft gelegt

Die EMPA in St. Gallen vertritt den ETH-Bereich in der Ostschweiz und ist damit ein wichtiger Partner der Wirtschaft. Sie verfügt über grosse Kompetenzen im Bereich der Gesundheitstechnologien. Das Innovationspotenzial in diesem Bereich ist für die betroffenen Branchen im Kanton von grosser Bedeutung. Das Volkswirtschaftsdepartement setzt sich dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen der EMPA und hiesigen Unternehmen auf eine tragfähige Basis zu stellen, was in eine Bewerbung für einen Standort des Schweizer Innovationsparks «Switzerland Innovation» münden kann. Dazu wurden Grundlagen für ein Kompetenzzentrum an der Empa in St. Gallen im genannten Bereich geschaffen.

Wichtiger Meilenstein für RhySearch

Der St. Galler Kantonsrat und der Landtag des Fürstentums Liechtenstein bewilligten im Jahr 2017 einstimmig 11,09 Millionen Franken für den Ausbau des Forschungs- und Innovationszentrums RhySearch. Entsprechend entsteht in Buchs ein automatisiertes CNC-Fertigungscenter. Das Labor hat Modellcharakter für eine mit vernetzten Maschinen und intelligenter Steuerung modern ausgestattete Werkstatt.

RhySearch baut im Bereich der optischen Beschichtung ebenfalls Forschungskompetenz auf. Seit Februar 2017 kann RhySearch bei der Kommission für Technologie und Innovation des Bundes Fördergelder für Innovationsprojekte beantragen, was für die Weiterentwicklung von grosser Bedeutung ist.

Erfreuliche Entwicklung am Arbeitsmarkt

Im Jahr 2017 ist die Zahl der Stellensuchenden bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) um über 1000 Personen zurückgegangen, von rund 12 000 auf unter 11 000. Deutlich abgenommen hat auch die Zahl der Anmeldungen zur Kurzarbeit. Zu beobachten ist auf der anderen Seite eine Zunahme der Beschäftigung, vor allem in der Industrie und im verarbeitenden Gewerbe. Insgesamt wurden im Kanton St. Gallen am Ende des dritten Quartals 2017 über 287 000 Beschäftigte gezählt, 900 mehr als ein Jahr zuvor.

Prozentuale Veränderung der Stellensuchenden



■ Kanton St. Gallen
■ Schweiz

Auch 2017 verzeichnete der Kanton St. Gallen im landesweiten Vergleich überdurchschnittlich stark sinkende Quote an Stellensuchenden.

Arbeitsinspektorat verstärkt Kontrolltätigkeit

Das Arbeitsinspektorat vollzieht die Gesetze zum Arbeitnehmerschutz. Die Einhaltung der einschlägigen Vorschriften wird insbesondere im Rahmen von ASA-Systemkontrollen (Arbeitsärzte und andere Spezialisten der Arbeitssicherheit) sowie Plangenehmigungen und -begutachtungen überprüft. Das Arbeitsinspektorat steigerte die Zahl der Kontrollen im Bereich der Arbeitssicherheit von 88 (2016) markant auf 234 im Jahr 2017. Die Kontrollen helfen mit, Absenzen durch Berufsunfälle und -krankheiten zu vermindern sowie gesundheitliche Beschwerden am Arbeitsplatz zu verhindern.

Erneut mehr Meldeverfahren für kurzfristige Erwerbstätigkeit

Die Zahl der im Jahr 2017 verarbeitenden Meldungen zur kurzfristigen Erwerbstätigkeit von EU/EFTA-Staatsangehörigen stieg erneut an, auf über 50 000. Die Bedürfnisse der St. Galler Wirtschaft nach Fachkräften aus Drittstaaten konnten trotz der knappen verfügbaren Kontingente dank einer guten Zusammenarbeit der Betriebe mit der Arbeitsmarktbehörde gedeckt werden.

Neue Tourismusstrukturen schaffen Effizienz.

Optimierung der Tourismusstrukturen

Mit dem Projekt «Optimierung der Tourismusstrukturen» sollen die wirtschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine verbesserte Nutzung

des touristischen Potenzials ermöglichen. Im Jahr 2017 wurde das Projekt umgesetzt, damit auf Anfang des Jahres 2019 die vier kantonalen Tourismusdestinationen ein gemeinsames Gremium, den «Tourismusrat St. Gallen», gründen können. Ziel ist eine Fokussierung der kantonalen Fördermassnahmen sowie eine Bündelung der Kräfte. Der neue Verbund fungiert als zentraler Ansprechpartner für die öffentliche Hand.

Vom Tourismusedwicklungs-konzept zur Arealentwicklung

Im Rahmen des Aktionsplans Wirtschaftsstandort 2025 hat die Regierung Massnahmen formuliert, die auf eine Optimierung des Angebots und der Infrastruktur im Tourismus abzielen. Die räumlichen Tourismusedwicklungs-konzepte (TEK) schaffen die Grundlage für die infrastrukturelle Weiterentwicklung. Die sich daraus ergebenden Projekte werden über Arealentwicklungen konkretisiert. So werden im Gebiet Flumserberg ein Hotel angesiedelt und das Heidi Alperlebnis im Tannenboden entwickelt. Aus dem TEK Bad Ragaz wiederum ist das Projekt «Light Ragaz» als erstes Teilergebnis entstanden. Weitere TEK folgen.



«Light Ragaz», die weltweit grösste Leinwand für bewegte Bilder, zog rund 20000 Besucher an.



Flachmoor bei Oberriet



Totholz in der Altholzinsel Flis in Wildhaus-Alt St. Johann
(Foto: Kantonsforstamt)

Biodiversitätsstrategie will die Natur stärken

Im Dezember 2017 verabschiedete die Regierung die «Biodiversitätsstrategie St. Gallen 2018–2025». Mit dieser Strategie will die Regierung der Vision «Vielfalt leben – Akzente setzen», die sie in der Schwerpunktplanung 2017–2027 skizziert hatte, näherkommen. Zehn Massnahmen setzen Akzente in den Handlungsfeldern «Attraktive Lebensraumvielfalt», «Reichhaltige Artenvielfalt und genetische Vielfalt» sowie «Optimierung des Vollzugs im Bereich Natur- und Landschaftsschutz».

Der Kanton St. Gallen soll der Artenvielfalt Sorge tragen.

Waldbiodiversität

Der Wald ist das Ökosystem mit der höchsten Vielfalt an Arten, Genen und Lebensräumen und damit die natur nächste grossflächige Landschaftsform. Bund und Kanton fördern die Waldbiodiversität mittels Naturwald- und Sonderwaldreservaten, Altholzinseln, seltenen Baumarten und ökologischen Aufwertungen von Waldrändern und speziellen Lebensräumen. Der Kanton St. Gallen trägt dabei eine besondere Verantwortung für das schweizweit stark bedrohte Auerhuhn. Bis zum Jahr 2030 sollen auf rund zehn Prozent der St. Galler Waldfläche Waldreservate errichtet sein. Die aktuelle Zielerreichung liegt bei 30 Prozent für die Naturwaldreservate und 85 Prozent für die Sonderwaldreservate.

Fischereizentrum Steinach sichert Diversität

Im Juni 2017 wurde das Fischereizentrum Steinach feierlich eröffnet. Der Tag der offenen Tür im August stiess in der Bevölkerung auf grosses Interesse. Nun steht die komplexe Infrastruktur des modernsten Fischereizentrums am Bodensee vor der grossen Bewährungsprobe. Aus den winterlichen Laichfischfängen werden Eier von Seesaiblingen, Bach- und Seeforellen sowie Felchen erbrütet. Der Erfolg ist wichtiger denn je, gehen doch die Fänge aus Fließgewässern und Seen im Kanton St. Gallen weiter zurück.

Umsetzung der Agrarpolitik AP 14–17 weitgehend abgeschlossen

Im Jahr 2017 konnten die letzten Vorgaben des Bundes bezüglich der AP 14–17 umgesetzt werden. Das Wichtigste war dabei die Erfassung von Geodaten von 70 000 Hektaren landwirtschaftlicher Nutzfläche. Nach einer mehrjährigen Vorbereitungsphase steht den Landwirten nun die Plattform agriGIS für die dezentrale Erfassung und Pflege von Geodaten zur Flächennutzung zur Verfügung. In den kommenden Jahren wird diese Dienstleistung weiter ausgebaut. Das Ziel ist eine möglichst medienbruchfreie Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Geodaten.

Ertragsfähigkeit von meliorierten Böden erhalten

Projekte zur Erhaltung der Ertragsfähigkeit von meliorierten Böden setzen vertiefte Kenntnisse der aktuellen Bodenverhältnisse voraus. Bodenkartierungen dienen dazu, die Qualität und die Verbreitung der verschiedenen Bodentypen zu erfassen. Im Gebiet der Melioration der Rheinebene wurden 2017 Vorbereitungen getroffen, damit im laufenden Jahr mit den entsprechenden Feldarbeiten begonnen werden kann. Diese Kartierungen liefern Grundlagen für die Entscheidung, auf welchen Flächen weiterhin produziert werden soll und welche für die Natur geschützt werden sollen.



Die Kampagne «WOODVETIA» propagiert Schweizer Holz: August Ammann, Kantonsoberrichter; Heidi Romer, Gemeindepräsidentin Benken; Peter Gölci, damaliger Kantonsratspräsident, und Regierungsrat Bruno Damann umrahmen die #WOODVETIA-Ehrendame Johanna Spyri. (Foto: Kantonsforstamt)



In solche stehengelassene Gras-Streifen können sich Insekten und andere Kleinlebewesen zurückziehen.

GAÖL

Nach der Revision des Gesetzes über die Abgeltung ökologischer Leistungen (GAÖL) im Jahr 2015 sollen während sechs Jahren die Verträge sukzessive erneuert werden. Ende 2019 sollten somit zwei Drittel und bis 2021 über 95 Prozent aller Verträge erneuert sein. 2017 war mit rund 1700 revidierten Verträgen ein Jahr der Überarbeitung. Dabei lag die Priorität bei der Bereinigung der Geodaten. Die Aufgabenteilung zwischen dem Amt für Natur, Jagd und Fischerei und dem Landwirtschaftsamt wurde klar geregelt, und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren konnte verbessert werden.

Heute bestehen rund 7000 GAÖL-Verträge mit etwa 11 900 Objekten. Die meisten davon sind von lokaler Bedeutung (63 Prozent). Etwa tausend Objekte sind von regionaler und 28,5 Prozent von nationaler Bedeutung.

Geburtstag der Fachstelle für Statistik

Die Fachstelle für Statistik des Kantons St. Gallen feierte im Jahr 2017 schliesslich ihr zwanzigjähriges Bestehen. Die Fachstelle deckt die zentralen Statistikthemen ab. Sie sichert die Koordination der kantonalen Statistik, steht mit ihrem Informationsangebot der Öffentlichkeit zur Verfügung und unterstützt die kantonale Verwaltung.

Ausblick 2018

Das 6. öV-Programm stellt die geplanten Verkehrsangebote von Bahn und Bus sowie die geplanten Infrastrukturvorhaben dar und zeigt die Finanzierung auf. Das Fünfjahresprogramm mit einer Laufzeit von 2019 bis 2023 wird dem Kantonsrat Ende 2018 vorgelegt. Das neue Standortförderprogramm wiederum soll dazu beitragen, dass sich der Kanton St. Gallen als moderner und attraktiver Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort weiterentwickelt und als solcher wahrgenommen wird. Zu den Schwerpunkten des Programms zählen die Bereiche Innovation, Jungunternehmerförderung, Tourismus, Immobilien sowie internationale Märkte und Promotion. Als Folge der Annahme der Initiative «Gegen Masseneinwanderung» und der vom Parlament beschlossenen Umsetzung werden die Arbeitgeber verpflichtet, ab 1. Juli 2018 zu besetzende Stellen in Berufsarten, in denen die Arbeitslosenquote acht oder mehr Prozent beträgt, den RAV zu melden. Die St. Galler RAV haben bereits einen gut funktionierenden Arbeitgeberservice, um die Stellenmeldepflicht wirkungsorientiert umzusetzen.

Referenzierte Schwerpunktziele:

- 1.2 Zukunftsfähige Infrastruktur
- 2.1 Innovative Bildung und Forschung
- 2.2 Widerstandsfähige Ökosysteme
- 3.1 Demografische Entwicklung
- 4.1 Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung
- 4.2 Zukunftsorientierte Reformen

3. Departement des Innern



Regierungsrat Martin Klöti
Vorsteher Departement des Innern

Welches war Ihr persönlicher beruflicher Höhepunkt im Jahr 2017?

Wichtig war für mich, dass für die Kultur moderne gesetzliche Grundlagen geschaffen worden sind. Mit dem neuen Kulturförderungsgesetz und dem neuen Kulturerbe-gesetz wird es zur Selbstverständlichkeit, dass der Staat die Kultur fördert und das Kulturerbe pflegt.

Wie konnte Ihr Departement in diesem Beispiel den Bürgerinnen und Bürgern dienen?

Alle profitieren von spannenden Kulturanlässen und professionellen Kulturinstitutionen – in der Kantonshauptstadt ebenso wie in den übrigen Regionen. Das neue Kulturförderungsgesetz etabliert nicht nur die kantonalen Kulturstandorte wie die Lokremise oder das Schloss Werdenberg, sondern auch die Wichtigkeit der kommunal getragenen, regionalen Kulturförderplattformen.

Welches andere Projekt hätte 2017 aus Ihrer Sicht mehr Beachtung verdient gehabt?

Die Revision des Sozialhilfegesetzes wurde und wird von der breiten Öffentlichkeit zu wenig gewürdigt, weil die Sache auf den ersten Blick sehr technisch erscheint. Der Kantonsrat hat im Februar 2017 die erste Etappe mit 107 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung verabschiedet und damit die Gemeindesolidarität und die Möglichkeiten für Sanktionen mit Augenmass gestärkt – das ist ein schweizweit viel beachteter politischer Konsens!

Und was lief 2017 weniger gut als geplant?

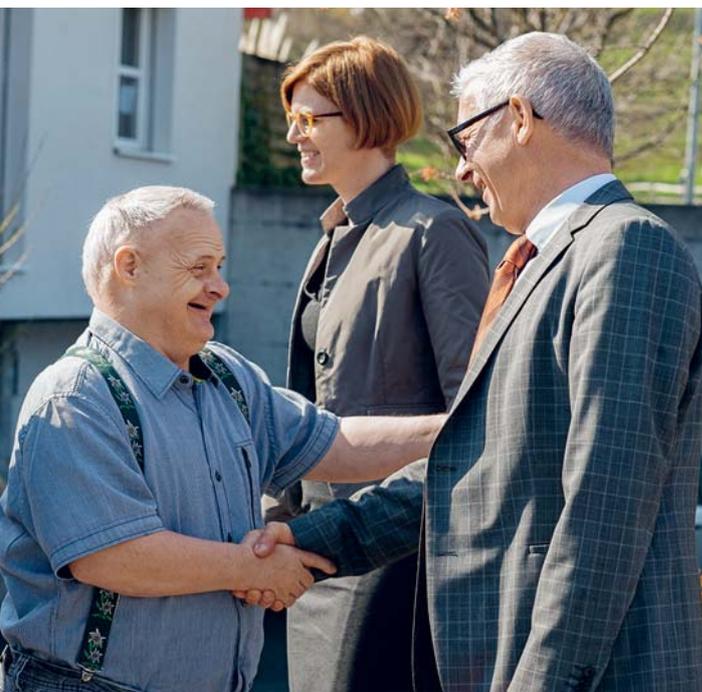
Der interreligiöse Dialog wurde zwar durch die neue St. Galler Konferenz zu Fragen von Religion und Staat gestärkt. Jener Teil des geplanten Religionsgesetzes, der eine neue Form der staatlichen Anerkennung für privatrechtlich organisierte Religionsgemeinschaften vorsah, wurde hingegen in der Vernehmlassung von den politischen Parteien kritisch aufgenommen. Immerhin haben wir aber mit diesem Vorschlag eine gute Grundlage für weitere Debatten gelegt.

Wo wollen Sie persönlich 2018 politische Schwerpunkte setzen?

Es ist fraglich, ob unsere Gemeinden in allen Bereichen den Herausforderungen der Zukunft gewachsen sind. In Abstimmung mit der VSGP plant die Regierung hierzu ein breit abgestütztes Projekt, das eine Auslegung für künftige Diskussionen auch auf Gemeindeebene bieten soll.

Griffige Antworten auf gesellschaftliche Fragen

Mit zahlreichen Massnahmen in Bereichen wie Alter, Behinderung und Integration erarbeitet das Departement des Innern Antworten auf soziale Herausforderungen. Im Kulturbereich ging es 2017 vor allem um wichtige Grundlagenarbeiten.

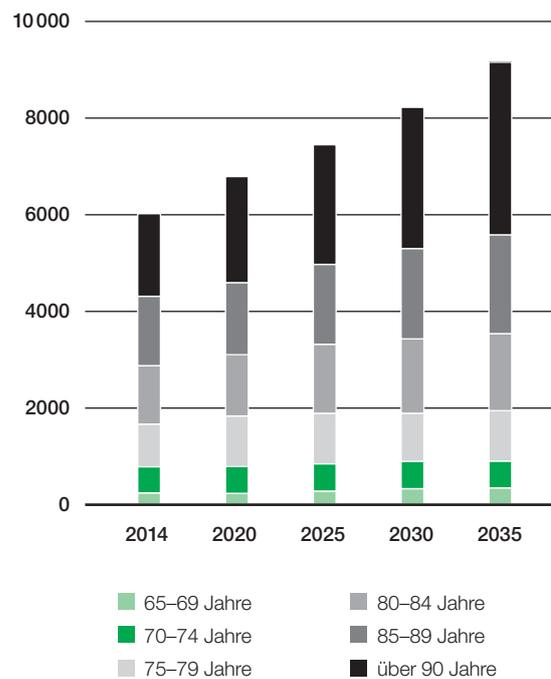


Beim Besuch von Regierungsrat Martin Klöti in Behinderteneinrichtungen in der Region Sargans ging es im März 2017 nicht nur um Aspekte der demografischen Entwicklung, sondern auch um herzhaftige Begegnungen.

Die Sicherung des sozialen Friedens ist ein Schwerpunktziel der Regierung und für das Departement des Innern eine zentrale vielschichtige Aufgabe. Eine der grössten Herausforderungen ist dabei die demografische Entwicklung. Sie war auch im Jahr 2017 ein wesentlicher Faktor für die steigenden Kosten in mehreren Bereichen des Departementes des Innern, insbesondere bei den Aufwendungen zugunsten von Behinderteneinrichtungen und Ergänzungsleistungen für AHV- und IV-Beziehende. Die

Ausrichtung der Ergänzungsleistungen, deren Kosten für den Kanton im letzten Jahr von 211,1 auf 218,8 Millionen Franken angestiegen sind, basiert aber im Wesentlichen auf Regelungen des Bundes. Demgegenüber entwickelt das im Departement des Innern angesiedelte Amt für Soziales in vielen seiner Tätigkeitsbereiche, die von Themen der Kindheit bis zu Aspekten des Alters reichen, eigene innovative Massnahmen.

Entwicklung der mittel-schwer bis schwer Pflegebedürftigen im Kanton St. Gallen



Quelle: FHS St. Gallen

Bessere Planung für Betagte

Während die Planung und Bereitstellung von Betagten- und Pflegeheimen Sache der Gemeinden ist, gibt der Kanton einen Planungsrichtwert für die Anzahl Pflegeheimplätze vor. Dazu wurde im Jahr 2017 ein neues Modell entwickelt, das nicht mehr einen Höchstwert festlegt, sondern einen Planungskorridor. Zudem werden Hinweise zum Bedarf im ambulanten Bereich gegeben. Die Gemeinden können so den für sie passenden Mix aus ambulanten und stationären Angeboten wählen. Oftmals erfolgen nämlich Heimeintritte nicht aufgrund einer fortgeschrittenen Pflegebedürftigkeit, sondern aus sozialen oder finanziellen Gründen und damit verfrüht. Sowohl aus Sicht der Betroffenen wie auch volkswirtschaftlich betrachtet gewinnen deshalb Wohnformen zwischen ambulant und stationär, sogenannte intermediäre Angebote, an Bedeutung.

Vom demografischen Wandel sind auch die Einrichtungen für Menschen mit Behinderung betroffen. Konzepte und Personal müssen sich auf die Bedürfnisse zunehmend älterer Bewohnerinnen und Bewohner ausrichten. Am jährlichen Besuchstag von Regierungsrat Martin Klöti in verschiedenen Behinderteneinrichtungen stand denn im März 2017 just die Frage des Älterwerdens in solchen Institutionen im Zentrum.

Für jüngere unheilbar schwerkranke Personen, die keiner Pflege im Akutspital mehr bedürfen, bestand hingegen bisher gar kein spezialisiertes Angebot, das der Situation am Lebensende Rechnung trug. Zwei neue Hospizangebote in St. Gallen und Grabs schaffen hier Abhilfe. Um die Finanzierung rasch zu ermöglichen, hat der Kantonsrat im Jahr 2017 eine vom Amt für Soziales erarbeitete Übergangslösung beschlossen.

Integration und interreligiöser Dialog

Voraussetzung für die Sicherung des sozialen Friedens wie auch für die Nutzung des Arbeitskräfte-Potenzials im Kanton ist die erfolgreiche Integration der zugezogenen Bevölkerung. Die Verbesserung der Bedingungen für die Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt ist ein wichtiges Ziel des im Jahr 2017 erarbeiteten zweiten kantonalen Integrationsprogramms 2018–2021.

Eine entsprechende Massnahme ist das ab dem Jahr 2018 zur Verfügung stehende Teillohnmodell, das Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen den Einstieg ins Erwerbsleben erleichtern soll. Auch wurde die Refinanzierung der von den Gemeinden durchgeführten Integrationsmassnahmen durch den Kanton vereinfacht.

Der religiöse Friede als Teil des sozialen Friedens wurde im letzten Jahr mit der Austragung der Interreligiösen Dialog- und Aktionswoche gefördert. Dazu fand erstmals



Die neue St. Galler Konferenz zu Fragen von Religion und Staat bietet eine Plattform für den Dialog – hier mit einem öffentlichen Anlass zum Thema Sicherheit.

ein öffentlicher Anlass der neuen und vom Departement des Innern koordinierten St. Galler Konferenz zu Fragen von Religion und Staat statt. Das Thema lautete Sicherheit. Mit einem Entwurf für ein neues Gesetz über die Religionsgemeinschaften soll im Weiteren dem Verhältnis zwischen Religionsgemeinschaften und Kanton eine neue Basis geboten werden, die unter anderem die Gleichberechtigung und Autonomie der öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften berücksichtigt.

Bessere Bedingungen für die Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt sind ein wichtiges Ziel.

Anpassungen im Bereich Bürgerrecht

Das Amt für Bürgerrecht und Zivilstand war im Jahr 2017 durch Gesetzesänderungen gefordert. An der Schnittstelle zu Aspekten der Integration konnte das Gesetzgebungsverfahren zum neuen Einbürgerungsrecht des Bundes abgeschlossen werden. Die wichtigste Änderung betrifft die Wohnsitzfrist im ordentlichen Verfahren. Wer sich im Kanton einbürgern lassen will, muss neu mindestens fünf Jahre ununterbrochen in derselben Gemeinde gewohnt haben.



Mit der Erneuerung des Theaters St. Gallen wird eine wichtige kulturelle Institution fit für die Zukunft.



Die Ausstellung «Des einen Glanz, des andern Glut» hat im Kloster Magdenau unter anderem mit Werken der Künstlerin Manon spannende Akzente in historischen Mauern gesetzt.

Das Amt für Bürgerrecht und Zivilstand hat in Gossau, Rapperswil-Jona und Buchs für die Einbürgerungsrate Informationsveranstaltungen zu den neuen Regeln durchgeführt. Die Anpassung der kantonalen Verordnungen an die neuen bundesrechtlichen Vorgaben im Adoptionsrecht konnte ebenfalls abgeschlossen werden. Bei den Ausländerurkunden musste im Zivilstandsbereich wie bereits im Vorjahr eine Vielzahl eingehender Fälle verzeichnet werden. Aufgrund der beschränkten personellen Ressourcen kommt es bei der Behandlung zu Verzögerungen.

Weichenstellungen in der Kulturpolitik

Die St. Galler Kulturpolitik zielt unter anderem ebenfalls auf die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die dem Thema der Freiwilligenarbeit gewidmete kantonale Kulturkonferenz setzte im Juni 2017 einen besonderen Akzent auf den sozialen Aspekt der Kultur. Das abgeschlossene Jahr war zudem von grundlegender Bedeutung. Mit dem total revidierten Kulturförderungsgesetz und dem neuen Kulturerbesgesetz sowie mit dem neuen Planungs- und Baugesetz hat sich die rechtliche Basis massgeblich verbessert, insbesondere für die Denkmalpflege und die Archäologie. Sowohl die Förderung der Kultur und die kulturelle Teilhabe, als auch die Pflege und Vermittlung des unbeweglichen, beweglichen und immateriellen Kulturerbes sind seit Anfang 2018 selbstverständliche Staatsaufgaben.

Nun gilt es, auch die kantonseigenen kulturellen Institutionen auf ein gutes Fundament zu stellen. Neben der baulichen Erneuerung des Theaters St. Gallen braucht es auch

neue bauliche Lösungen für das Staatsarchiv und für die Kantonsbibliothek Vadiana, letztere in Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek St. Gallen. Die Planungen für die erwähnten Projekte wurden 2017 vorangetrieben. Für die neue Bibliothek St. Gallen, in der alle vier Bibliotheksstandorte von Kanton und Stadt St. Gallen zusammengeführt werden, ist der Standort Union am Marktplatz in Prüfung. Währenddessen nehmen die Nutzerzahlen in der Bibliothek Hauptpost nach der massiven Steigerung im Eröffnungsjahr weiter zu und erreichten im Jahr 2017 rund 97 500 Besucherinnen und Besucher bei rund 150 000 Ausleihen allein aus dem Bestand der Kantonsbibliothek.

Die Präsentation künstlerischer Werke und die Vermittlung des Kulturerbes zählen ebenso zu den Förderaufgaben des Amtes für Kultur. Dazu kommen die Vergabe von Jahres-, Projekt- und von Werkbeiträgen, die neu konzipiert und um den Bereich «Geschichte und Gedächtnis» erweitert wurden. Gut besucht war 2017 die erste Ausstellung der Kulturraum-Reihe S4 mit dem Titel «Des einen Glanz, des andern Glut – Kunst im Kloster Magdenau». Die Ausstellungsreihe soll den Dialog zwischen zeitgenössischer Kunst und kulturellem Erbe fördern – entlang der Bahnlinie S4, die den Kanton kreisförmig durchzieht.

Das Stiftsarchiv ist das kleinste Amt im Departement des Innern, steht aber vor einem grossen Schritt: 2019 wird im Zeughausflügel des Regierungsgebäudes ein neuer Ausstellungssaal eröffnet, wofür 2017 bereits viele Vorarbeiten geleistet wurden.

Im November wurde das gesamte im Stiftsarchiv und der Stiftsbibliothek aufbewahrte Dokumentenerbe in die Liste des «Memory of the World» der Unesco aufgenommen. 2017 stand zudem ganz im Zeichen einer Urkunde Kaiser Ludwigs des Frommen von 817. Rund 25 Ortschaften verdanken diesem im Stiftsarchiv aufbewahrten Dokument ihre Ersterwähnung. An den Jubiläumsfestivitäten von drei süddeutschen Jubiläumsorten, nämlich Hondingen, Pfohren und Villingen-Schwenningen, beteiligte sich das Stiftsarchiv mit Vorträgen und der Leihgabe einer Abschrift des Originals.

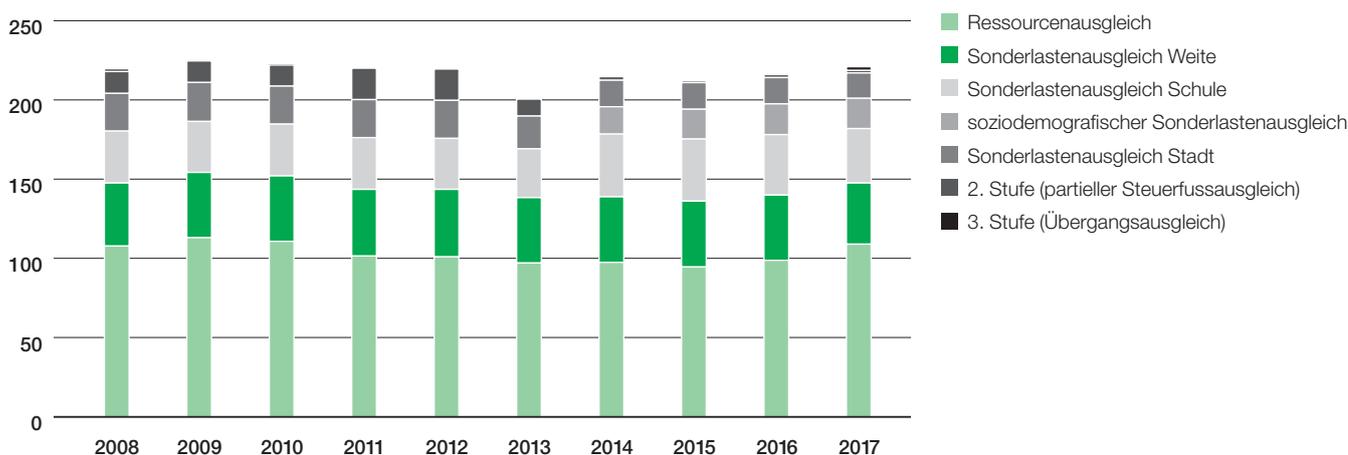
Partner der Gemeinden

Ein weiterer Kernbereich des Departement des Innern sind die kommunalen Strukturen. Derzeit wird in Rebstein und Marbach der Zusammenschluss der politischen Gemeinden

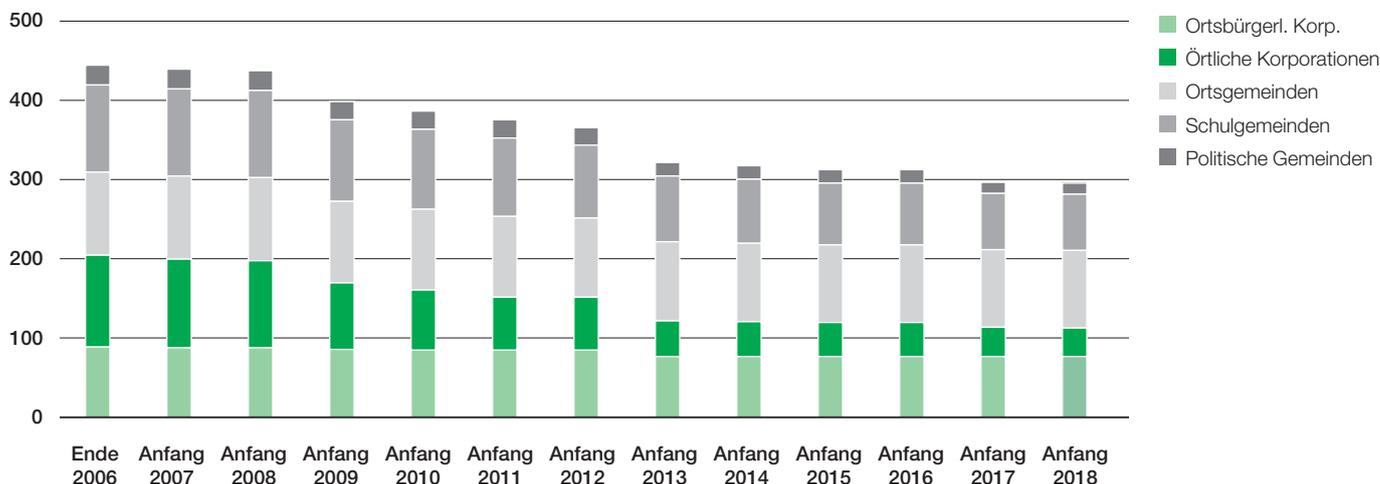
und die Inkorporation der drei Schulgemeinden geprüft. Die entscheidende Abstimmung im vom Amt für Gemeinden begleiteten Projekt wird im Herbst 2018 stattfinden. Im letzten Jahr wurde die Primarschulgemeinde Benken in die politische Gemeinde inkorporiert. Somit gibt es derzeit 296 Gemeinden im Kanton.

Die Gemeindeaufsicht führte im letzten Jahr bei 65 Gemeinden eine ordentliche aufsichtsrechtliche Prüfung durch. Ergänzende Prüftätigkeiten fanden zum Finanzausgleich und zum Kinder- und Erwachsenenschutz statt. Die Beratung, die Bereitstellung von Hilfsmitteln sowie Weiterbildungsangebote runden die Aufsichtstätigkeit ab. Das Grundbuchinspektorat führte fünfzig Inspektionen und Amtskontrollen durch. Zudem stellte es den Grundbuchämtern in Zusammenarbeit mit dem Fachverband

Entwicklung der Ausgaben im Finanzausgleich (in Mio. Franken)



Entwicklung des Gemeindebestands seit 2006 (Anzahl Gemeinden)



NetzSG erstmals zwei Newsletter mit wichtigen Informationen zu. Im Übrigen ist das Amt für Gemeinden zuständig für den innerkantonalen Finanzausgleich. Fehlerhaft gemeldete Daten machten dabei im letzten Jahr Anpassungen nötig.

Schaltstelle für Firmen und Private

Mit dem Konkursamt und dem Amt für Handelsregister und Notariate erbringt das Departement des Innern Dienstleistungen von grosser Tragweite für Privatpersonen und Unternehmen. Beiden Ämtern attestierte die Aufsichtsbehörde erneut eine einwandfreie Verfahrensqualität, trotz grosser Arbeitslast. Im Jahr 2017 sind durch die Gerichte 758 Konkurse dem Konkursamt zur Bearbeitung übertragen worden. Das Konkursamt in St. Gallen sowie die drei Regionalstellen hatten sich mit 408 Firmenkonkursen, 54 Privatkonkursen sowie 296 Konkursen über ausgeschlagene beziehungsweise überschuldete Erbschaften zu befassen. Dies entspricht einer Zunahme von rund vier Prozent. Trotzdem konnten nahezu alle Verfahren durch das Konkursamt selbst geführt werden. Es stösst nun jedoch an die Grenzen seiner Ressourcen.

Die Geschäfte im Handelsregister haben im Jahr 2017 mit 17 566 Fällen im Vergleich zu 2016 (17 000) erneut zugenommen. Ebenfalls zugenommen haben die erledigten Geschäfte im Tagesregister. Beim Amtsnotariat sind die eingegangenen Geschäfte von 9122 (2016) auf 9780 gestiegen. Es wurden Massnahmen zur Entlastung umgesetzt. Das Amtsnotariat hat etwa verschiedene Teilungen und Willensvollstreckungen abgelehnt, um die Qualität der übrigen Geschäfte nicht zu gefährden.

In verschiedenen Ämtern erfolgten zudem Optimierungen der IT. Das Generalsekretariat hat etwa als erste Organisationseinheit der Verwaltung die neue elektronische Geschäftsverwaltung GEVER eingeführt.

Ausblick 2018

Das Jahr 2018 wird von Gesetzgebungsverfahren wie dem V. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz geprägt sein. Dieser soll unter anderem die Finanzierung von Aufenthalten in sozialen Einrichtungen regeln, wie zum Beispiel dem Frauenhaus und den Hospiz-Einrichtungen. Ebenfalls bereits gestartet ist die Anpassung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts. Ein Bericht zu Optimierungsmöglichkeiten bei der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung soll in der zweiten Jahreshälfte publiziert werden. 2019 wird das neue Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden (RMSG) eingeführt, das die Finanzberichterstattung an die der Privatwirtschaft angleicht. Dazu wird das Amt für Gemeinden 2018 Schulungen anbieten. Im Weiteren wird ein Projekt vorbereitet, das die Gemeinden bei ihrer strategischen Ausrichtung unterstützen soll.

Referenzierte Schwerpunktziele:

- 1.1 Funktionale Räume
- 3.1 Demografische Entwicklung
- 3.2 Gesellschaftliche Vielfalt und Integration
- 3.3 Identitätsstiftende Kultur und Gemeinwohlorientierung

i



Christina Manser



Alexander Gulde

Wechsel an der Spitze

Gleich zwei namhafte personelle Veränderungen prägten das Berichtsjahr 2017 im Departement des Innern. Seit November leitet Christina Manser das Amt für Soziales. Die frühere Präsidentin der KESB Rheintal ist Nachfolgerin von Andrea Lübberstedt, die nun das Sozialamt des Kantons Zürich führt. Seit Dezember ist Alexander Gulde Leiter des Amtes für Gemeinden. Er war zuvor im Zürcher Gemeindeamt tätig. Die Regierung hat ihn als Nachfolger von Lukas Summermatter gewählt, der zum Direktor der Gebäudeversicherungsanstalt ernannt wurde. Eine Veränderung ist auch vom Departementsvorsteher zu vermelden: Martin Klöti ist seit Mitte 2017 Präsident der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren.

4. Bildungsdepartement



Regierungsrat Stefan Kölliker
Vorsteher Bildungsdepartement

Was hat Ihnen 2017 am meisten Freude bereitet?

Der Durchbruch im Fachhochschulprojekt. Nach langer Blockade sind wir mit dem herausfordernden Vorhaben nun ausgezeichnet auf Kurs gekommen.

Welche Leistung zeichnete dabei Ihr Departement aus?

Geduld, Beharrlichkeit und ein fester Blick auf das Ziel.

Worüber hätten Sie 2017 gerne mehr gesprochen?

Über die Forderung der CVP Schweiz, Kopfbedeckungen im Schulunterricht zu untersagen. Dies hat der St. Galler Erziehungsrat vor bald zehn Jahren bereits als Empfehlung verabschiedet – was ihm damals Kritik eingebracht hatte. Wir waren der Zeit offenbar voraus.

Was hätten Sie 2017 besser machen können?

Vielleicht hätte ich an unserer Zeitung «Schulzeit» festhalten sollen. Inhaltlich ist diese nämlich überall gut angekommen.

Wo wollen Sie 2018 Schwerpunkte setzen?

Zuerst wollen wir die Volksabstimmung zum Joint Medical Master gewinnen, und sodann steht die IT-Bildungsoffensive im Zentrum – 75 Millionen Franken für zukunftsweisende Schwerpunkte in der Ausbildung über alle Bildungsstufen hinweg.

Bildungsentwicklung im Dienst der Wirtschaft

Fachhochschulen sind starke Motoren der Wirtschaft. Im Jahr 2017 stellte das Bildungsdepartement deshalb die Weichen für die neue Fachhochschule Ostschweiz. In der neuen Schule sollen die Standorte so viel Autonomie wie möglich erhalten, bei so viel einheitlicher Führung wie nötig. Die neue Fachhochschule Ostschweiz gewinnt in ihrem ganzen interstaatlichen Einzugsgebiet an wirtschaftsfördernder Kraft und erreicht eine Grösse, die sie mit der Schweizer Konkurrenz gleichziehen lässt.

Die Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz der Fachhochschullandschaft in der Ostschweiz sowie die neue schweizerische Hochschulgesetzgebung bedingen eine Strukturreform der Fachhochschule Ostschweiz (FHO). Der Kantonsrat hat im September 2017 einen Bericht der Regierung zur Weiterentwicklung der FHO beraten und dabei eine wichtige Weichenstellung vorgenommen: Er unterstützt eine neue Fachhochschulstruktur im Kanton St. Gallen mit den drei bewährten Schulstandorten St. Gallen, Buchs und Rapperswil unter einer gemeinsamen, interkantonalen beziehungsweise interstaatlichen Trägerschaft. In Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der heutigen Träger wurde die Bedeutung einer Beteiligung an der künftigen Fachhochschulstruktur erörtert und das weitere Vorgehen geklärt. Die neue Fachhochschule Ostschweiz wird nach dem gesetzgeberischen Verfahren bei allen Mitträgern den operativen Betrieb im Jahr 2020 aufnehmen.

Stärkung der Informatikausbildung

Dem Kanton St. Gallen fehlt es an Fachkräften. Mit neuen fokussierten Aus- und Weiterbildungen wird diesem Mangel auf verschiedenen Ebenen direkt und indirekt begegnet. Dabei gewinnt mit der digitalen Revolution die Informatikausbildung an Gewicht. 2017 wurden die Weichen für Schwerpunkte gestellt, sei es mit der IT-Bildungsoffensive, dem Bachelorstudiengang Wirtschaftsinformatik an der FHS St. Gallen, den Informatikmittel-

schulen in St. Gallen, Sargans und Rapperswil, dem obligatorischen Informatik-Unterricht im Gymnasium oder dem Lehrplanmodul «Medien und Informatik» in der Volksschule.

Seit August 2017 wird in St. Gallen, Sargans und Rapperswil-Jona nun die Informatikmittelschule (IMS) angeboten. Die Schülerinnen und Schüler erlangen das eidgenössische Fähigkeitszeugnis Informatikerin/Informatiker sowie die Berufsmaturität. Integraler Bestandteil der Ausbildung sind ein Sprachaufenthalt im englischen Sprachraum, ein Kurzpraktikum und ein einjähriges Betriebspraktikum. Mehr als ein Drittel aller Schulstunden stehen für die Ausbildung in Informatik zur Verfügung. Die IMS verbindet eine vertiefte Allgemeinbildung mit berufsbezogener Ausbildung und bereitet auf eine Tätigkeit als Programmiererin oder Programmierer sowie auf den Besuch einer Fachhochschule vor.

Die IMS ist Teil des Förderprogramms für mehr Fachkräfte und leistet einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung des Fachkräftemangels in der Informatik. In St. Gallen und Sargans ist die IMS mit der kaufmännischen Berufsmaturität (IMS-W) und in Rapperswil-Jona mit der technischen Berufsmaturität (IMS-T) kombiniert. Mit der Kombination Berufsabschluss als Informatikerin/Informatiker und der technischen Berufsmaturität ist die IMS-T schweizweit ein Novum.

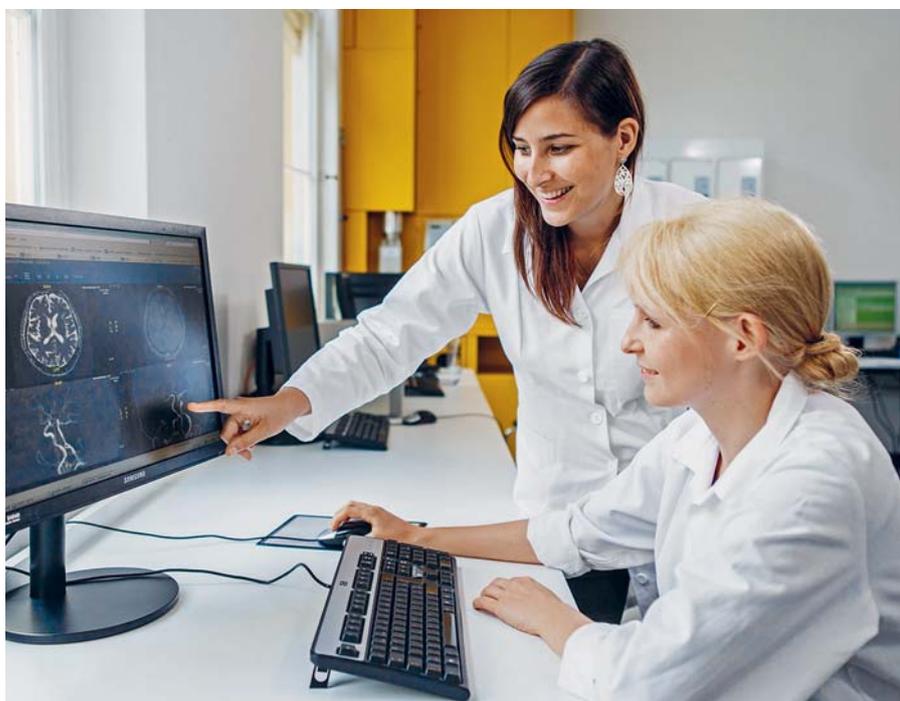
Joint Medical Master in St. Gallen konkretisiert sich

Auch die Medizinausbildung an der Universität und dem Kantonsspital St. Gallen hat grosses ökonomisches Potenzial. 2017 wurde deshalb die Vorlage zur Ärzteausbildung ausgearbeitet. An der Universität St. Gallen sollen ab dem Herbstsemester 2020 neu 40 Studierende ihre Masterausbildung in Humanmedizin absolvieren. Der sogenannte Joint Medical Master basiert auf einer Kooperationsvereinbarung zwischen den Universitäten St. Gallen und Zürich in Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital St. Gallen und dem Universitätsspital Zürich. Die für den St. Galler

sich stärker mit Politik und Verwaltung und stellt diesen insbesondere neu einen Monitoringbericht zum Schulwesen als Steuerungswissen zur Verfügung. In Zukunft wird der Erziehungsrat Bildungsrat heissen und vom Kantonsrat gewählt werden.

Sonderschulen: Neuerungen greifen und bewähren sich

Im Jahr 2017 hat das Bildungsdepartement im Zuge des Sonderpädagogik-Konzepts die drei Säulen der Zusammenarbeit des Kantons mit den Sonderschulen aktualisiert. Mit der Anerkennung der Sonderschule wird der Leis-



Der Joint Medical Master ist auf gutem Weg.
Foto: Archivbild Kantonsspital St. Gallen (Peter Ruggle, St. Gallen)



Masterstudiengang vorgesehenen Bachelorstudierenden haben ihr Studium im Herbstsemester 2017 an der Universität Zürich aufgenommen. Der Joint Medical Master hat im Kantonsrat sehr gute Aufnahme gefunden. Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens findet die Volksabstimmung im Juni 2018 statt.

Aus Erziehungsrat wird Bildungsrat

Im Kanton St. Gallen steht die pädagogische Schulentwicklung traditionell unter der Leitung eines Erziehungsrates. Der Kantonsrat hat im Jahr 2017 einen ausführlichen Bericht der Regierung zum Erziehungsrat beraten. Dabei hat der Kantonsrat den Erziehungsrat gestärkt. Er wird konsequent zur strategischen Bildungsbehörde. Er vernetzt

tungserbringer bezeichnet. Die Leistungsvereinbarung mit der Schule definiert die Angebote für die Schülerinnen und Schüler, die vom Kanton finanziert werden, und mit der Bewilligung des Betriebskonzeptes stimmt der Kanton dem pädagogischen Konzept der Schule zu.

Das Finanzierungsmodell mit leistungsabhängigen Pauschalen, das auf das Jahr 2015 mit einer dreijährigen Übergangsphase eingeführt wurde, ist im Auftrag des Kantons von zwei unabhängigen Stellen evaluiert worden. Im Grundsatz wurde das Modell positiv bewertet. Die Ergebnisse haben nur zu kleineren Anpassungen am Modell und an der Verteilung der Pauschalen bei gleichbleibenden Mitteln geführt.

Lehrplan in der Volksschule angekommen

Bis Mitte 2017 haben alle rund 6500 Lehrpersonen die obligatorischen kantonalen Weiterbildungsveranstaltungen zum neuen Lehrplan Volksschule besucht. Damit ist der Grundstein gelegt, die Weiterbildung geht aber noch bis ins Jahr 2020 weiter. Der neue Lehrplan ist seit dem Schuljahr 2017/18 in Vollzug. Die Schulen haben eine lokale Einführungsplanung erstellt und die Themen definiert, mit denen sie sich in den nächsten drei Jahren vertieft beschäftigen. In vielen Schulen wird die Einführung des Lehrplans zum Anlass genommen, die Unterrichtsvorbereitungen gemeinsam zu gestalten und die fachlichen Absprachen zu inten-



Schulleiterinnen und Schulleiter in der Weiterbildung

sivieren. Für die Auseinandersetzung mit den fachlichen Veränderungen steht den Schulen ein umfassendes Weiterbildungsangebot zur Verfügung. Die didaktischen Unterrichtsmaterialien sind ebenfalls angepasst worden. Die Schulleitungen werden durch das Amt für Volksschule intensiv begleitet und beraten.

Neues Französisch-Lehrmittel «dis donc!» im Einsatz

Seit dem Sommer 2017 ist in der 5. Klasse das neue Französisch-Lehrmittel «dis donc!» im Einsatz. Danach wird es jedes Jahr stufenweise bis zur 3. Oberstufe eingeführt. «dis donc!» wurde von den beiden Lehrmittelverlagen Zürich und St. Gallen gemeinsam im Hinblick auf die Ein-

führung des neuen Lehrplans entwickelt. Das Lehrmittel ist auf die zeitgemässe Fremdsprachendidaktik ausgerichtet und zeichnet sich durch seine digitalen Komponenten, wie eine Lernplattform und digitale Arbeitsbücher, aus.

Integrationsangebote für die Berufsbildung

Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung unterstützt die Integration der Migrantinnen und Migranten. Teilnehmende eines Deutschkurses können das Berufsinformationszentrum und die Berufsberatungsstelle in ihrer Region kennenlernen. Die «Femmes-Tische» der Caritas Schweiz bieten Diskussionsrunden zum Leben in der Schweiz im privaten Rahmen. Die Moderatorinnen wurden vor allem zum Bildungssystem, zum Berufswahlfahrplan und zur Rolle der Eltern geschult. Zudem fanden an der Ostschweizer Bildungsausstellung 2017 bereits zum zweiten Mal Führungen in albanischer, portugiesischer, tamilischer und englischer Sprache statt.

Mit der Kombination Berufsabschluss als Informatiker/in und der technischen Berufsmaturität ist die IMS-T schweizweit ein Novum.

Fachmittelschule wurde evaluiert und optimiert

Als erster Kanton der Schweiz hat St. Gallen die Fachmittelschule evaluieren lassen. Der Lehrgang erhielt sehr gute Noten, weshalb sich nur punktuelle Anpassungen, insbesondere im Berufsfeld Pädagogik, aufdrängten. Zudem wurde das Berufsfeld Kommunikation und Information eingeführt. Mit Medienkunde und Recht, digitaler Kommunikation oder Schreib- und Zeichnungswerkstätten öffnen sich für die Absolvierenden dieses Berufsfeldes die Türen für begehrte Fachhochschulstudiengänge.

Neue Schulsportprüfung stösst interkantonal auf Interesse

Auf Beginn des Schuljahres 2017/18 hat der Erziehungsrat eine neue Schulsportprüfung eingeführt. Die Prüfung wird in den ersten beiden Schuljahren der Oberstufe durchgeführt und ist obligatorisch. Sie deckt sämtliche Kompetenzbereiche des Sportunterrichts gemäss neuem Lehrplan Volksschule ab: «Laufen, Springen, Werfen», «Bewegen an Geräten», «Darstellen und Tanzen», «Spielen», «Gleiten, Rollen, Fahren» und «Bewegen im Wasser/Schwimmen». Die Resultate der Prüfung werden neu im Programm «LehrerOffice» erfasst, verwaltet und dem Amt für Sport weitergeleitet. Das Amt für Sport stellt den Schulen die notwendigen Unterlagen und Dokumente zur Verfügung



Der Sit-and-Reach-Test der neuen Schulsportprüfung

und sammelt die ermittelten Daten. Diverse Kantone haben bereits ihr Interesse an einer Übernahme der St. Galler Schulsportprüfung angemeldet.

Studie zu Sportvereinen

Im Mai 2017 wurden die Ergebnisse der schweizweit durchgeführten Befragung der Sportvereine präsentiert. Für die Sportvereine im Kanton St. Gallen wurden mit einer kantonalen Vertiefungsstudie ergänzend Entwicklungen, Herausforderungen und Perspektiven aufgezeigt. Die St. Galler Sportvereine bieten eine breite Palette von Leistungen in den Bereichen Sport, Geselligkeit, Integration und Soziales sowie Ethik und Prävention an. Sorgen bereitet den Sportvereinen vor allem die Gewinnung von neuen Mitgliedern, Übungsleitenden und Vorstandsmitgliedern. Die Zufriedenheit der Vereine mit der Infrastruktur hängt von der Sportart ab und ist auch je nach Region unterschiedlich. Die Studienresultate sind auf der Webseite des Kantons aufgeschaltet.

Ausblick 2018

Im Jahr 2018 stimmt die Bevölkerung mit dem Joint Medical Master und 2019 mit der IT-Bildungsoffensive über zwei gewichtige Vorlagen ab. Der Prozess der strukturellen Integration der Fachhochschule Ostschweiz wird vorangetrieben. Im Fokus stehen dort die Konkordatsverhandlungen über die Trägerschaft und die Vorbereitung zur Schulorganisation. Sodann wird der Gesetzgebungsprozess für die Neuorganisation der Führung der Berufsfachschulen abgeschlossen.

Referenzierte Schwerpunkte:

- 1.1 Funktionale Räume
- 2.1 Innovative Bildung und Forschung
- 2.3 Neue Arbeitswelt
- 2.4 Ganzheitliche Gesundheitsförderung
- 3.2 Gesellschaftliche Vielfalt und Integration
- 4.2 Zukunftsorientierte Reformen
- 4.1 Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung



Tina Cassidy

Am 1. Januar 2017 hat Tina Cassidy die Nachfolge als Leiterin des Amtes für Mittelschulen von Christoph Mattle angetreten, der Ende Dezember 2016 in den Ruhestand trat.

Tina Cassidy ist seit dem Jahr 2012 als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin im Amt für Mittelschulen im Bildungsdepartement des Kantons St. Gallen tätig. In dieser Funktion war sie für verschiedene grössere Projekte wie die Evaluation der Fachmittelschule zuständig. Davor war Tina Cassidy an der Universität St. Gallen tätig und arbeitete zudem als Lehrerin für Allgemeinbildung. Dadurch verschaffte sie sich vertiefte Kenntnisse des Bildungswesens im Kanton St. Gallen im Allgemeinen und der Mittelschulen im Speziellen.



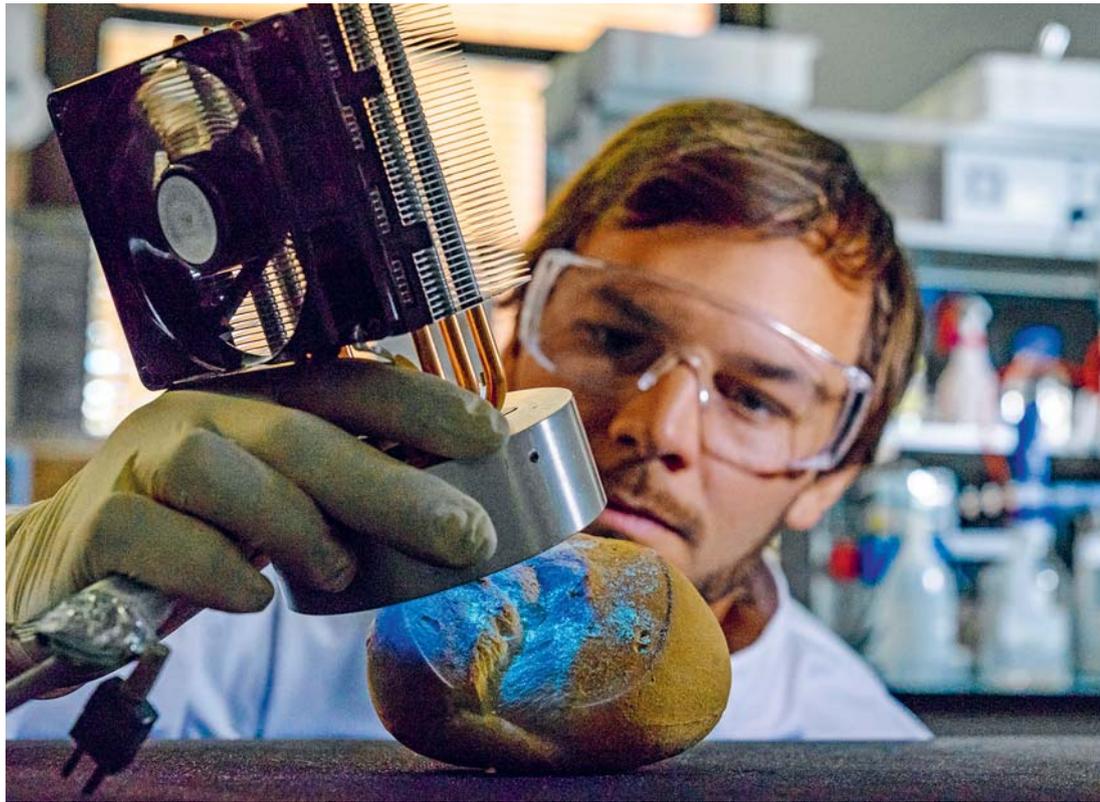
Bruno Müller

Bruno Müller ist seit dem 1. September 2017 neuer Leiter des Amtes für Berufsbildung. Der Rapperswiler trat die Nachfolge von Ruedi Giezendanner an, der Ende August 2017 in den Ruhestand trat.

Bruno Müller war zuvor bei Swisscom (Schweiz) AG verantwortlich für den Bereich Billing Services und ist Experte des ICT Verbandes Schweiz. Nach einer Berufslehre als Elektromonteur und dem Studium zum dipl. Ing. HTL an der heutigen Hochschule Rapperswil absolvierte Bruno Müller zahlreiche Nachdiplomstudien und Weiterbildungen.

In den Labors der HSR wird untersucht, welche UVC-LED-Lampen sich am besten eignen, um Lebensmittel und Flüssigkeiten zu desinfizieren.

Bildrechte:
Hochschule für Technik
Rapperswil (HSR)



Hochschule für Technik Rapperswil

Erstes Jahr mit neuem Leistungsauftrag

Im Jahr 2017 galt für die Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) erstmals das System des mehrjährigen Leistungsauftrags. Der definierte Staatsbeitrag von je Fr. 17 782 150 für die Jahre 2017 und 2018 reicht zur Grundfinanzierung und Erfüllung des Leistungsauftrages aus.

Im März 2017 übernahm Prof. Dr. Margit Mönnecke als Rektorin die Leitung der HSR.

Die Gesamtzahl der immatrikulierten Studierenden ist mit 1462 im Jahr 2017 stabil geblieben. Im Berichtszeitraum schloss der erste Jahrgang des Bachelor-Studiengangs Wirtschaftsingenieurwesen ab. Das Masterangebot wurde mit einem konsekutiven Studiengang für Wirtschaftsingenieurwesen ergänzt.

Zur Umsetzung der «HSR Strategie 2020» wird in einem mehrjährigen strategischen Projekt die Qualität der Lehre weiterentwickelt. Die HSR befasst sich intensiv mit den sich durch die Digitalisierung abzeichnenden Veränderun-

gen in Gesellschaft und Wirtschaft. Dies widerspiegelt sich in der Ausbildung, bei der Weiterentwicklung der Studiengänge und bei neuen Vertiefungsrichtungen, wie etwa «Artificial Intelligence» oder «Data Engineering & Machine Learning». Durch die IT-Bildungsoffensive wird es zu einer Verstärkung und einem Ausbau dieser Aktivitäten in Ausbildung und anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung kommen.

In diesem Bereich wurden die Aktivitäten der Energieforschung erfolgreich fortgesetzt. Die HSR ist auch in Phase 2 in vier von sieben Schweizer Kompetenzzentren für Energieforschung massgeblich beteiligt. Themen wie der Einsatz von innovativen Produktionstechnologien im Bereich Industrie 4.0 oder Building Information Modeling kennzeichnen die Forschungsaktivitäten zur digitalen Transformation. Daneben hat sich die HSR mit ihrem breiten Forschungsspektrum und ihrem modernen Maschinenpark zum schweizweit führenden Institut für Kunststofftechnik entwickelt.



Haupt- und Bibliotheksgebäude
der Universität St. Gallen (HSG)

Bildrechte:
Universität St. Gallen (HSG)

Universität St. Gallen

Führende Stellung in Europa ausgebaut

Im Jahr 2017 befand sich die Universität St. Gallen (HSG) in der Halbzeit der ersten Leistungsvereinbarungsperiode 2016 bis 2018. Die Studierendenzahlen, die Erfolgsindikatoren sowie die Bearbeitung strategischer Projekte entsprachen den Erwartungen. Es zeichnete sich auch ab, dass der Staatsbeitrag trotz der Kürzung um einen ausserordentlichen pauschalen Sparbeitrag im Jahr 2017 zur Grundfinanzierung ausreicht.

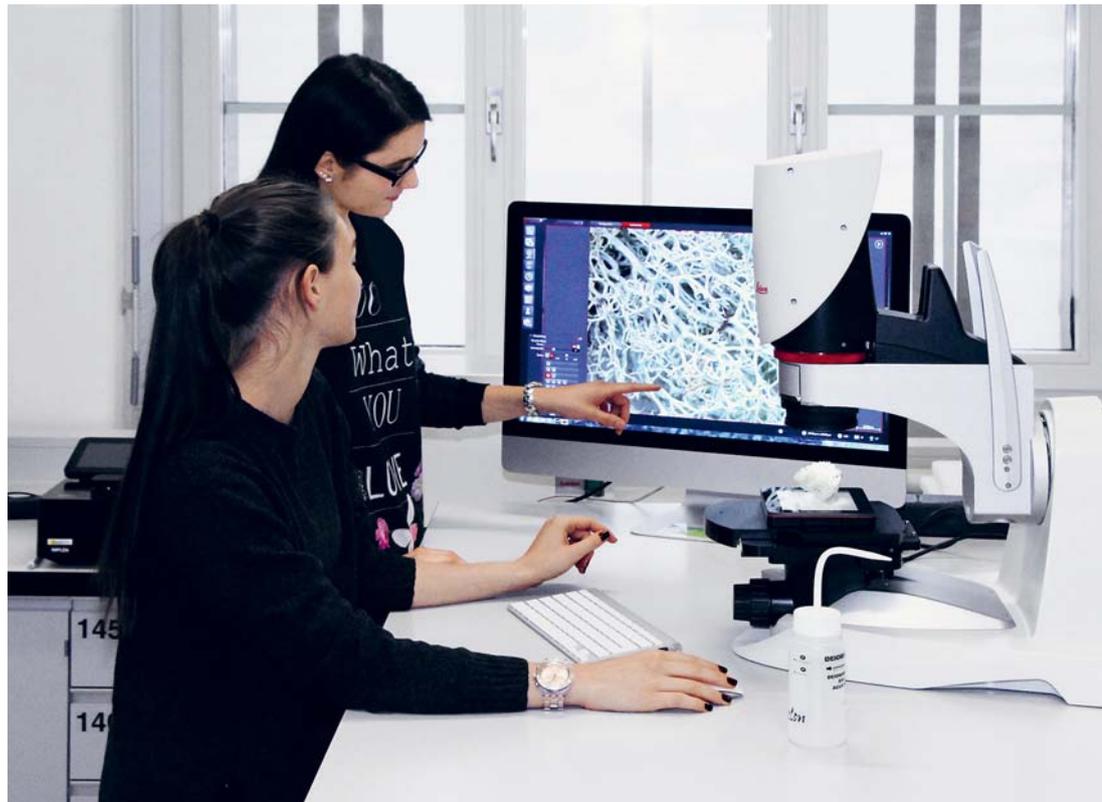
Im Herbst 2017 waren 8553 Studierende an der HSG eingeschrieben. Das sind 216 Personen oder 2,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Das Wachstum der Anzahl Studierenden liegt damit im angestrebten Bereich von ein bis drei Prozent. Auf Stufe Bachelor- wie auch Master-Studium hat die Anzahl Studierenden weiter zugenommen, während auf Assessment-Stufe eine Konsolidierung und bei den Doktorierenden eine deutliche Abnahme festzustellen sind.

Wichtige Indikatoren dokumentieren, dass die HSG zu den führenden Schweizer und internationalen Wirtschaftsuniversitäten gehört. So ist die Beschäftigungsquote der HSG-Master-Absolventen mit 91 Prozent im Schweizer Vergleich überdurchschnittlich hoch. Im Financial Times Business School Ranking der besten 95 Wirtschaftsuniversitäten Europas belegt die HSG neu Platz 4 (Vorjahr Platz 5).

Die HSG investierte erhebliche Ressourcen in die Wiederbesetzung und Schaffung neuer Lehrstühle. Es wurden ein dritter globaler Profildbereich (International Economics Analysis) und im Bereich Digitalisierung ein Center für Data Science mit vier neuen Lehrstühlen geschaffen. Diese Investitionen wurden im Rahmen des Leistungsauftrags getätigt. Auf den Herbst 2017 ist ein Zertifikatsprogramm im Bereich Digitalisierung eingeführt worden. Dieser Bereich kann im Rahmen der IT-Bildungsoffensive ausgebaut und durch einen Ausbildungsschwerpunkt «Informatik & Management» ergänzt werden. Diese Initiative, der Joint Medical Master in Humanmedizin und die räumliche Erweiterung des Campus stellen die drei wichtigsten strategischen Handlungsfelder der Folgejahre dar.

Wissen wird vermittelt und
Begeisterung geweckt.

Bildrechte:
Pädagogische Hochschule
St. Gallen (PHSG)



Pädagogische Hochschule St. Gallen

Erfolgreiches Jubiläumsjahr

Seit einer Dekade bildet die Pädagogische Hochschule St. Gallen (PHSG) Lehrerinnen und Lehrer aus, betreibt Forschung und bietet Weiterbildungen und Dienstleistungen an. Passend zum Jubiläum haben die Anmeldezahlen für das Studienjahr 2017 im Vergleich zu 2016 um zehn Prozent zugenommen. 1150 Personen durchlaufen die Ausbildung zur Lehrperson der Volksschule (Kindergarten bis Sekundarstufe I), 54 diejenige zur Lehrperson der Sekundarstufe II, und 69 Personen sind in einem konsekutiven Masterstudiengang eingeschrieben.

Mit dem Jahr 2017 geht das zweite Jahr der Leistungsauftragsperiode zu Ende. Es zeigt sich, dass der gesprochene Kantonsbeitrag trotz der Kürzung für die Ausbildung, die Erfüllung der übrigen Leistungen sowie die Umsetzung der Strategiemassnahmen ausreicht. Zusätzlich hat die PHSG im Jahr 2017 diverse Massnahmen lanciert, um die Herausforderungen der Digitalisierung aktiv anzugehen. Neu können Studierende im Studiengang Sekundarstufe I das Fach «Medien und Informatik» wählen.

Die frühe Bildung stellt einen wichtigen Schwerpunkt an der PHSG dar. Mit der Gründung des Zentrums Frühe Bildung im Jahr 2017 wurden neue Angebote angestossen. Und mit der Gründung des Instituts Kompetenzdiagnostik konnte das national und international beachtete Arbeitsgebiet der PHSG in der Erfassung und Förderung schulischer Kompetenzen nun auch institutionell gut verankert werden.

Zur Strategie der PHSG gehört auch die Förderung von Kunst und Kultur. Zum zweiten Mal führte die PHSG in Kooperation mit dem Amt für Kultur und «kklick – Kulturvermittlung Ostschweiz» am 6. September 2017 einen Kulturtag durch. Rund 410 Studierende besuchten 24 Kulturinstitutionen aus der Region.

Nie zuvor war die Zahl an Weiterbildungskursen und Beratungen so hoch wie im Jahr 2017. Im Zusammenhang mit der Lehrpläneinführung verbuchte die PHSG 810 Beratungseinsätze. Insgesamt rund 14 500 Kursplätze wurden bei den Angeboten der PHSG besetzt.

5. Finanzdepartement



Regierungsrat Benedikt Würth
Vorsteher Finanzdepartement

Was war aus Ihrer Sicht finanzpolitisch im Jahr 2017 der wichtigste Entscheid?

Die Konsolidierung der Kantonsfinanzen ist auf einem guten Weg. Der wichtigste Entscheid war, dass das Budget ausgeglichen und ohne Bezüge aus dem Eigenkapital verabschiedet werden konnte.

Wie betrifft dieser Entscheid die Bevölkerung des Kantons?

Für Unternehmen und Einwohner ist es wichtig, dass die Steuerbelastung nicht zunimmt. Aufgrund der Steuersenkungen in vielen Gemeinden ist die Steuerbelastung im Kanton tendenziell abnehmend bei gleichzeitig weiterhin gutem Service Public. Das ist für den Standort St. Gallen eine positive Nachricht.

Welches Thema aus Ihrem Departement hätte 2017 aus Ihrer Sicht mehr Beachtung verdient?

Mit dem IT-Reformpaket, das auch die neue E-Government-Gesetzgebung einschliesst, geht der Kanton St. Gallen neue Wege, die in der Schweiz in dieser Form einzigartig sind. Die Vernehmlassung wurde im Jahr 2017 durchgeführt. Das Vorhaben geniesst einen soliden politischen Rückhalt, hat aber in der Öffentlichkeit noch wenig Beachtung gefunden.

Was lief 2017 nicht so, wie von Ihnen gewünscht?

Ausserordentlich bedauerlich war die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III. Ich hoffe, dass mit dem Nachfolgeprojekt, der Steuervorlage 17, die notwendige Reform rechtzeitig abgeschlossen werden kann. Das ist für den Standort Schweiz und somit auch für unseren Kanton wesentlich.

Wo wollen Sie 2018 politische Schwerpunkte setzen?

Einerseits geht es mir darum, eine tragfähige Steuervorlage 17 zu entwickeln. Zum anderen ist es auch von grundlegender Bedeutung, dass das Projekt «Umsetzungsagenda Finanzperspektiven» gelingt und auch von der Politik gut aufgenommen wird. Es ist wichtig, dass wir die Wachstumsdynamik bei den Staatsbeiträgen bremsen können. Und schliesslich ist es mir als Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen ein zentrales Anliegen, dass der auf Bundesebene gefundene Kompromiss im Finanzausgleich auch vom Parlament positiv aufgenommen wird.

Umfassende Reformagenda

Die Herausforderungen im Querschnittsdepartement Finanzen liegen bei Reformvorhaben in den Themenfeldern Finanzpolitik, Steuern, Personal und Informatik. Es gilt, die Reform- und Entwicklungsvorhaben der Staatsverwaltung zu initiieren und zu begleiten sowie die Führungskräfte und Mitarbeitenden bei der Bewältigung von Veränderungsprozessen zu unterstützen. Bei verschiedenen Vorhaben ist eine Abstimmung mit dem Bund, anderen Kantonen und den Gemeinden erforderlich.

Der Bericht «Langfristige Finanzperspektiven» der Regierung vom 22. Dezember 2015 wurde am 1. März 2016 vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen. Der Bericht zeigte den Handlungsbedarf für die langfristige finanzpolitische Steuerung des Kantonshaushalts auf. Im Vordergrund steht die Entwicklung der Staatsbeiträge, die einerseits den grössten Aufwandsposten darstellen und andererseits ein überdurchschnittliches Wachstum aufweisen. In der Schwerpunktplanung der Regierung ist als strategisches Ziel festgehalten, dass die finanzielle Lage des Kantonshaushalts positiv und die Staatsquote stabil verlaufen sollen.

Umsetzungsagenda Finanzperspektiven

Referenzierend auf den Bericht zu den Finanzperspektiven sowie gestützt auf die Zielsetzungen aus der Schwerpunktplanung hat die Regierung im Jahr 2017 umfassende Projektarbeiten ausgelöst, um die Steuerung der bedeutendsten Staatsbeiträge sowie die Entwicklung weiterer relevanter Haushaltspositionen, die den Kantonshaushalt massgebend beeinflussen, im Rahmen der sogenannten «Umsetzungsagenda Finanzperspektiven» zu analysieren und zu optimieren. Die Projektumsetzung zur Steuerung der bedeutendsten Staatsbeiträge wie auch zu Querschnittsmassnahmen erfolgt im Rahmen von verschiedenen Teilprojekten. In neun Teilprojekten zu den Staatsbeiträgen in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Ergänzungsleistungen, Behindertenbereich, Tertiärbildung, Sonderschulen, Energie, Asylbereich, Gesundheitsversorgung und individuellen Prämienverbilligung sowie einem Teilprojekt zu verschiedenen Querschnittsaufgaben wurden die Arbeiten im Jahr 2017 aufgenommen und Analysen erstellt.

Im Dezember 2017 hat die Regierung erste materielle Weichenstellungen diskutiert. Die «Umsetzungsagenda Finanzperspektiven» sieht finanzielle Entlastungen im Kantonshaushalt in der Höhe von zehn Millionen Franken (2019) beziehungsweise von dreissig Millionen Franken (ab 2020 aufgeteilt in 25 Millionen Franken Staatsbeiträge und fünf Millionen Franken Sachaufwand) vor.

Die künftige Haushaltsentwicklung hängt sehr wesentlich davon ab, ob es gelingt, die Dynamik im Bereich der Staatsbeiträge zu reduzieren.



Das **IT-Reformpaket 2019** beinhaltet folgende zentralen Elemente:

.....
Gesetz über E-Government als Rahmengesetz für die E-Government-Zusammenarbeit im Kanton St. Gallen und zur Regelung des Datenaustausches
.....

Geoinformationsgesetz als Spezialgesetz für die Aufgabenteilung zwischen Kanton und politischen Gemeinden sowie zur Klärung wesentlicher Fragen im Zusammenhang mit Geodaten
.....

Errichtung einer E-Government-Organisation als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit gemeinsamer Finanzierung und paritätisch besetzten Gremien zur Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgaben von Kanton und den politischen Gemeinden im E-Government-Bereich
.....

Gemeinsame E-Government-Organisation mit Verordnungskompetenz zur Schaffung von einheitlichen Standards und Festlegung strategischer Services sowie zum Betrieb einer gemeinsamen Beschaffungsplattform
.....

Gemeinsame technische Geodateninfrastruktur von Kanton und Gemeinden und klare Aufgabenteilung in Bezug auf die Datenbewirtschaftung

Basis für IT-Reformpaket 2019

«Der Kanton St. Gallen packt Reformen zukunftsorientiert an und optimiert laufend seine Prozesse und Strukturen.» Das ist ein strategisches Ziel der Regierung. Reformen sind dann notwendig, wenn die lineare Optimierung und Weiterentwicklung einzelner Services gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft nicht mehr ausreichen. Der Schritt in Richtung Gesetz über E-Government ist ein Beispiel, wie dieses strategische Ziel umgesetzt wird.

Die Regierung hat in Abstimmung mit dem E-Government-Kooperationsgremium und mit der Vereinigung der St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP) das «IT-Reformpaket 2019» lanciert und in der zweiten Jahreshälfte 2017 eine breite Vernehmlassung gestartet. Das Paket soll die bisher erfolgreiche E-Government-Zusammenarbeit des Kantons mit den politischen Gemeinden auf der Basis der gemeinsamen E-Government-Strategie fortsetzen. Es wird jedoch eine höhere Verbindlichkeit angestrebt. Die Regierung wird dem Kantonsrat in der ersten Jahreshälfte 2018 die entsprechenden Gesetzesvorlagen unterbreiten.

Mit E-Government wird der Austausch der Bevölkerung mit öffentlichen Organisationen vereinfacht, beschleunigt und transparenter. Ein weiterer Vorteil ist die Erreichbarkeit der Behörden, deren Dienstleistungen teilweise «rund um die Uhr» erhältlich sind. Gleichzeitig werden für die Behörden dank der neuen technischen Möglichkeiten viele Abläufe vereinfacht und automatisiert.

Eine zukunftsgerichtete Informatik muss staatebenenübergreifend ausgerichtet sein. Nur mit einer weitergehenden Standardisierung lassen sich Grössenvorteile nutzen und Effizienzgewinne realisieren. Die Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft sind massgeblich bei der Einführung neuer E-Gov-Lösungen.



Die Thematik der Digitalisierung ist zentraler Bestandteil für die Umsetzung der IT-Strategie 2016+. Nachdem die Regierung Ende 2016 die Umsetzungsplanung verabschiedet hatte, nahm im Jahr 2017 der neu gebildete Informatikstrategieausschuss die Arbeit auf. Erste Umsetzungsschritte sind für das Jahr 2018 geplant.

Das Kantonale Steueramt hat im Jahr 2017 die strategische Informatikplanung überprüft und erneuert. Mit der verabschiedeten Digitalisierungsstrategie wurde die Grundlage gelegt, um im Bereich der Steuererhebung auch in Zukunft eine Spitzenposition wahrnehmen zu können.

Grosse Herausforderungen in der Personalpolitik

Auch die grossen personalpolitischen Herausforderungen verlaufen entlang der strategischen Stossrichtungen der Schwerpunktplanung. Mit dem Projekt eDossier, das die Einführung der digitalen Aktenführung für die Personalbewirtschaftung vorsieht, wird ein zentrales verwaltungsinternes Digitalisierungsprojekt vorangetrieben.

Mit dem neuen Lohnsystem wird eine moderne und zeitgemässe Basis für die Entlohnung der Mitarbeitenden geschaffen. Im Jahr 2017 wurden die Projektarbeiten unter Beteiligung aller Departemente und der Staatskanzlei mit Hochdruck vorangetrieben, sodass eine Umsetzung per 1. Januar 2019 möglich wird. Bereits auf das Budget 2018 konnte die in diesem Zusammenhang stehende neue Personalaufwandsteuerung umgesetzt werden. Auch wenn sich bezüglich einzelner Parameter, die auf politischer Ebene festzulegen sind, noch offene Fragen ergeben, darf dennoch festgestellt werden, dass die neue Lösung sachgerecht und zielführend ist.

Im Jahr 2017 konnte zudem im Kantonsrat auch die Beratung der Vorlage für eine Einmaleinlage in die St. Galler Pensionskasse abgeschlossen werden. Ausstehend ist noch die Volksabstimmung, welche im Juni 2018 erfolgen wird. Damit kann der Prozess der Verselbständigung und Ausfinanzierung der Pensionskasse abgeschlossen werden.

Im Jahr 2017 nahm das Finanzdepartement auch erste Vorbereitungsarbeiten zur strategischen Stossrichtung der «Neuen Arbeitsformen» auf. Diese Arbeiten sind interdisziplinär und erfordern deshalb eine Abstimmung der Querschnittsbereiche Personal, Informatik und Infrastruktur. Diese Thematik fordert die Staatsverwaltung in den kommenden Jahren stark heraus.

Die «neuen Arbeitsformen» sind für die Staatsverwaltung nicht nur eine grosse Herausforderung, sondern auch eine wesentliche Chance, um sich als attraktive Arbeitgeberin besser zu positionieren.

Umsetzung der Steuervorlage 17 mit Fokus auf Innovationen

Rund ein halbes Jahr nach der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III hat der Bundesrat mit der Steuervorlage 17 eine Neuauflage des Projekts vorgelegt, denn die steuerliche Privilegierung der kantonalen Statusgesellschaften steht weiterhin im Widerspruch zu den internationalen Standards. Die Schweiz hat sich zur Abschaffung dieser Steuerstatus verpflichtet. Da es bereits heute Kantone mit tiefen Gewinnsteuersätzen gibt und sich der interkantonale Steuerwettbewerb mit dem Wegfall der kantonalen Steuerstatus verschärfen wird, sieht die Regierung Handlungsbedarf in der Steuerpolitik.

Die Regierung hat deshalb im Jahr 2017 die Eckwerte für die kantonale Umsetzung der Steuervorlage 17 festgelegt. Die Strategie wurde gemeinsam mit der Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP) erarbeitet, da die Gemeinden ebenfalls sehr stark von diesen Veränderungen betroffen sind. Die Strategie wird auf eine Gewinnsteuersenkung sowie auf die Förderung von Innovationen gerichtet. Der effektive Gewinnsteuersatz soll von 17,4 Prozent auf rund 15,2 Prozent gesenkt werden. Zudem ist ein Abzug für Forschungs- und Entwicklungskosten, eine sogenannte Input-Förderung, vorgesehen.

Die angepasste Steuerstrategie des Kantons St. Gallen ist eingebettet in die generelle Reformstrategie der Regierung (Schwerpunktplanung 2017–2027). Die Stärkung von Wachstum und Arbeitsproduktivität sollen unterstützt und der digitale Wandel aktiv gestaltet werden (IT-Bildungsoffensive, IT-Reformpaket 2019). Mit der Strategie der Regierung sollen die Unternehmen weiterhin gute Rahmenbedingungen haben. Der Fokus auf Forschung und Entwicklung stärkt den Standort St. Gallen nachhaltig, denn die Investitionen in Forschung und Entwicklung von heute sichern die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung von morgen. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Ressourcenpotenzials des Kantons St. Gallen gelegt.

Bei der Umsetzung der Steuervorlage 17 wird der Kanton St. Gallen bewusst Schwerpunkte im Bereich Innovation und Forschung setzen. Damit lassen sich nachhaltige Effekte in der Standortpolitik erzielen.

i



Hans Schnurrenberger



Ralf Zwick

Personalwechsel an der Spitze der Finanzkontrolle

Die kantonale Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons. Deswegen langjähriger Leiter, Hans Schnurrenberger, ging Ende Juli 2017 in Pension. Seit 1993 leitete er die kantonale Finanzkontrolle kompetent und umsichtig. Mit seiner ruhigen, besonnenen und der Sache dienenden Arbeit nahm der Wirtschaftsprüfer eine zentrale Aufgabe der kantonalen Finanzaufsicht wahr und entwickelte diese stetig weiter. Hans Schnurrenberger hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Finanzkontrolle als wichtiges Gremium anerkannt wird. In dieser Funktion unterstützte er als Geschäftsführer auch die Arbeiten der Finanzkommission des Kantonsrates.

Die Nachfolge an der Spitze der Finanzkontrolle übernahm Anfang August 2017 der Wirtschaftsprüfer Ralf Zwick aus Wittenbach. Das Präsidium des Kantonsrates hatte Anfang 2017 die Wahl der Regierung genehmigt. Ralf Zwick absolvierte nach seinem betriebswirtschaftlichen Studium an der Universität St. Gallen eine Ausbildung zum Wirtschaftsprüfer. Er war rund 17 Jahre in einem grossen Wirtschaftsprüfungunternehmen tätig und verfügt in diesem Bereich über eine breite berufliche Erfahrung. Zuletzt arbeitete er als Finanzchef und Mitglied der Geschäftsleitung einer grossen sozialen Institution.

Ausblick 2018

Der Kanton St. Gallen steht im Jahr 2018 vor grossen finanziellen Herausforderungen. Mit der «Umsetzungsagenda Finanzperspektiven» soll das Wachstum im Bereich der Staatsbeiträge nachhaltig reduziert werden. Im Bereich der Steuerpolitik ist die Umsetzung der Steuervorlage 17 auf kantonaler Ebene aufzugleisen. Beide Vorhaben sind sehr komplex und haben auch Schnittstellen zu den Gemeindefinanzen. Es sind deshalb gemeinsam und partnerschaftlich mit den Gemeinden zukunftsfähige und finanzierbare Lösungen zu entwickeln. Gemeinsam mit dem Kantonsrat und den Gemeinden soll auch das «IT-Reformpaket 2019+» weiter vorangebracht werden. Einerseits geht es um die parlamentarische Beratung im Kantonrat, andererseits um die Vorbereitungsarbeiten für die neue E-Government-Anstalt, die bereits im Januar 2019 die Arbeit aufnehmen soll.

Referenzierte Schwerpunktziele:

- 2.1 Innovative Bildung und Forschung
- 2.3 Neue Arbeitswelt
- 4.1 Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung
- 4.2 Zukunftsorientierte Reformen



Public Corporate Governance: Wesentliche Änderungen im Jahr 2017

Im Rahmen des Geschäftsberichts ist seitens des Finanzdepartementes als PCG-Koordinationsstelle über wesentliche Änderungen sowie bedeutende Vorkommnisse bei den kantonalen Beteiligungen zu berichten.

Im November 2017 wurde die Abraxas-VRSG Holding AG gegründet, die die Aktien der Abraxas Informatik AG und der Verwaltungsrechenzentrum AG übernommen hat. Im Jahr 2018 wird diese mit den beiden Firmen zu einem Unternehmen fusionieren. Der Kanton St. Gallen ist mit 42,45% der Aktien am neuen Unternehmen beteiligt.

Nachdem im Vorjahr die Eigentümerstrategien für die Sozialversicherungsanstalt und die St. Galler Kantonalbank verabschiedet wurden, folgte im September 2017 die Verabschiedung der Eigentümerstrategie für die Spitalverbunde. Details dazu sind im Teil des Gesundheitsdepartementes zu finden. Weitere Eigentümerstrategien sind für Beteiligungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs sowie der Bildung vorgesehen.

Aus der Übertragung der Spitalimmobilien im Jahr 2017 resultiert eine Aktivposition in der Bilanz von rund 320 Millionen Franken. Gemäss der Vorlage zur Übertragung der Spitalimmobilien war diesbezüglich keine Wertberichtigung vorgesehen. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen für die Spitalunternehmen (tieferer Case-Mix-Index, Rückgang bei den Austritten von zusatzversicherten Personen, Veränderungen bei den Tarifstrukturen und Verlagerungen vom stationären in den ambulanten Bereich) hat die Regierung im Rahmen der Staatsrechnung 2017 eine Wertberichtigung von rund 236 Millionen Franken vorgenommen.

6. Baudepartement



Regierungsrat Marc Mächler
Vorsteher Baudepartement

Auf welches Bauwerk, das der Kanton St. Gallen 2017 fertiggestellt hat, sind Sie besonders stolz?

Die Eröffnung der Taminabrücke war sicherlich mein Highlight. Die grösste Bogenbrücke der Schweiz ist zum einen ein ästhetisches Kunstwerk, das sich bestens in die Landschaft einfügt. Zum anderen beeindruckt mich die höchst anspruchsvolle Ingenieur- und Bauleistung, die reibungslos vollbracht wurde. Auf dieses Bauwerk dürfen wir im ganzen Kanton St. Gallen stolz sein.

Und welches Projekt erhielt 2017 aus Ihrer Sicht zu wenig Aufmerksamkeit?

Am 1. Juni 2017 startete im Baudepartement das neue Amt für Wasser und Energie. Das neue Amt erlaubt es uns, den Schutz und die Nutzung des Wassers besser aufeinander abzustimmen. Darüber hinaus erleichtert uns das neue Amt die politische Führung der verschiedenen und sehr umstrittenen Wasserbauprojekte, wie die Renaturierung des Rheins im Rheintal oder die Sanierung der Thur in Wattwil.

Das Baudepartement hat 2017 viele Projekte aufgegleist. Welches wird den Kanton nachhaltig prägen?

Wegweisend für die bauliche Entwicklung des Kantons St. Gallen ist das neue Planungs- und Baugesetz, das auf Oktober in Kraft trat. Daneben hat auch der neue Richtplan Teil Siedlung, der im November 2017 vom Bundesrat genehmigt wurde, eine nachhaltige Wirkung auf die Raumgestaltung in unserem Kanton.

Was hätte 2017 besser funktionieren können?

Bei verschiedenen Projekten, mit denen wir grundlegend etwas verändern wollen, spüre ich in der Staatsverwaltung häufig noch reflexartig eine gewisse Skepsis. Die mit einer Veränderung verbundenen Chancen werden eher ausgeblendet oder unterschätzt. In den kommenden Jahren wünsche ich mir diesbezüglich eine grössere Offenheit und Flexibilität.

Worauf freuen Sie sich 2018?

Ich freue mich auf die Fortführung wichtiger grosser Projekte. Insbesondere müssen wir die Planungen für den neuen Campus der Universität St. Gallen am Platztor und für den Campus Wattwil mit einem Neubau der Kantonschule und der Erneuerung des Berufsschulzentrums so weit vorantreiben, dass wir dem Kantonsrat eine Botschaft unterbreiten können.

Für die Zukunft gerüstet

Das Bauen im Kanton St. Gallen soll einfacher werden. Dies war das erklärte Ziel der Totalrevision des St. Galler Baugesetzes. Nach einem über zehn Jahre dauernden Prozess trat das neue Planungs- und Baugesetz am 1. Oktober 2017 in Kraft. Einen Meilenstein erreichte der Kanton auch in der Gesamtüberarbeitung des Richtplans. Im November 2017 genehmigte der Bundesrat das erste Richtplankapitel Siedlung.

Das neue Planungs- und Baugesetz (PBG) enthält alle für das Bauen im Kanton St. Gallen wesentlichen Vorschriften. Es soll das Bauen im Kanton St. Gallen vereinfachen, die nachhaltige Siedlungsentwicklung fördern sowie Natur und Heimat wirksam schützen. Gleichzeitig bleibt die Regeldichte nach dem Grundsatz «So einfach wie möglich, so geregelt wie nötig» möglichst begrenzt. Genau einen Monat nach Inkrafttreten des neuen Planungs- und Baugesetzes genehmigte der Bundesrat am 1. November 2017 das erste Richtplankapitel Siedlung. Der Richtplan ist das zentrale behördenverbindliche Planungsinstrument, um die raumwirksamen Tätigkeiten von Bund, Kanton, Regionen und Gemeinden aufeinander abzustimmen. Auf der Basis des neuen St. Galler Planungs- und Baugesetzes und des überarbeiteten ersten Richtplanteils sind die Gemeinden nun aufgefordert, die Totalrevisionen ihrer Ortsplanungen an die Hand zu nehmen.

Aufseiten des Kantons geht es im Projekt Gesamtüberarbeitung Richtplan mit der Überarbeitung der restlichen Kapitel Verkehr, Natur und Landschaft sowie Ver- und Entsorgung weiter. Für die Überarbeitung des Kapitels Verkehr bildet die Gesamtverkehrsstrategie eine wesentliche Grundlage. Diese im Jahr 2017 verabschiedete Strategie hat die Regierung zum ersten Mal erarbeiten lassen. Mit der Strategie soll die Entwicklung des öffentlichen und des privaten

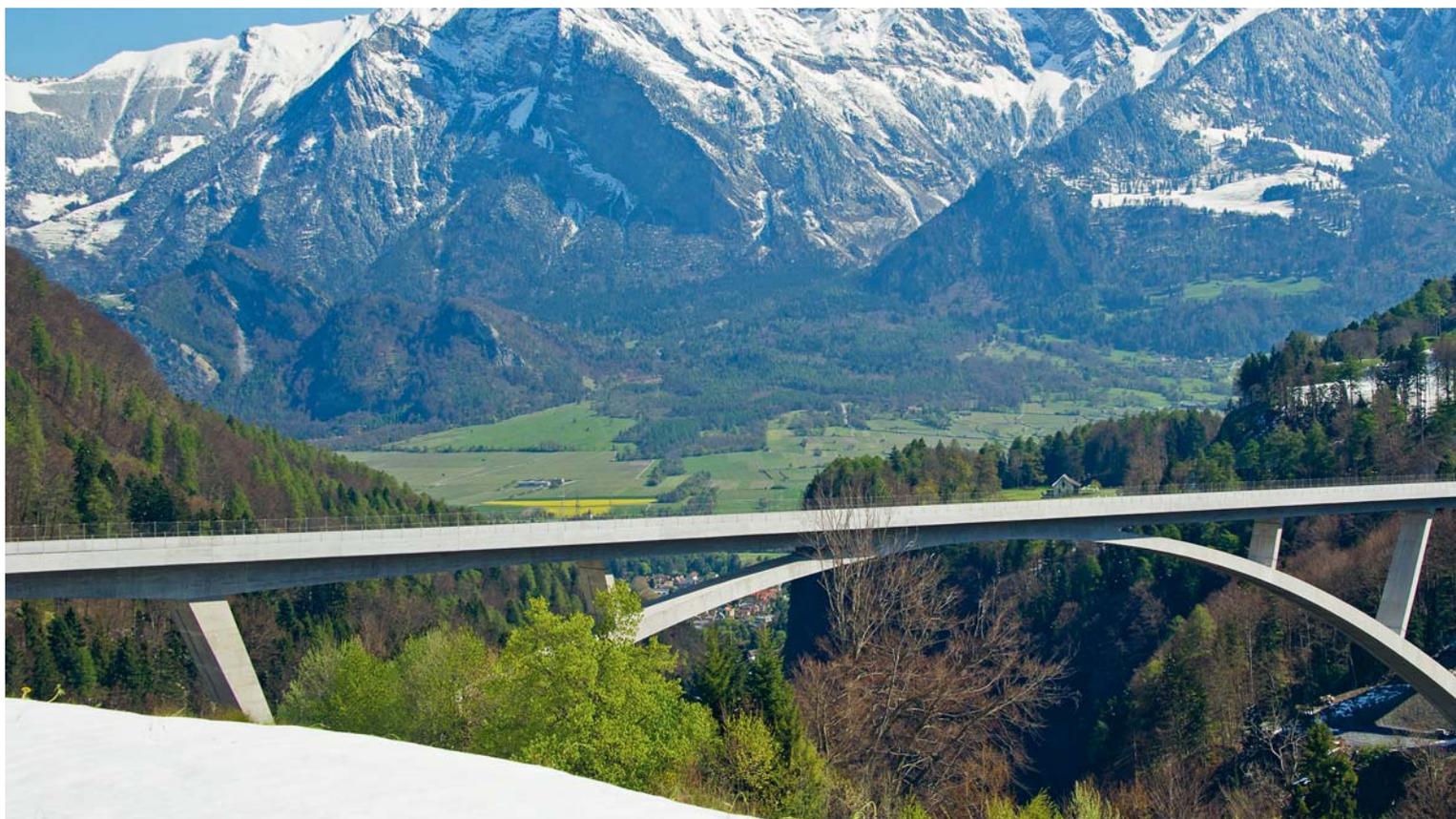
Verkehrs optimal aufeinander abgestimmt werden. Eine wichtige Grundlage für die Strategie bildet das kantonale Raumkonzept mit den Leitlinien, wo die Bevölkerung im Kanton St. Gallen künftig wachsen und wo Mobilität nachgefragt wird. Die Gesamtverkehrsstrategie dient als strategische Grundlage für die Erarbeitung des Strassenbauprogramms und des öV-Programms. Die Strategie wird dem Kantonsrat gemeinsam mit dem 17. Strassenbauprogramm und dem 6. öV-Programm 2018 vorgelegt.

Grösste Bogenbrücke der Schweiz eröffnet

Am 22. Juni 2017 eröffnete das Baudepartement zusammen mit der Gemeinde Pfäfers nach rund vier Jahren Bauzeit die Taminabrücke. Die längste Bogenbrücke der Schweiz schafft eine sichere Verbindung zwischen den beiden

Regierungsrat Marc Mächler und der Gemeindepräsident von Pfäfers, Axel Zimmermann, eröffnen zusammen mit Schulkindern die neue Brücke.





Die Taminabrücke ist 260 Meter lang und damit die grösste Bogenbrücke der Schweiz. Sie zieht viele Bewunderer an, auch aus dem Ausland.

Dörfern Pfäfers und Valens. Dank ihr wird ein aktives Rutschgebiet umfahren und die Zufahrt zur Klinik Valens gesichert. Nicht zuletzt wurde auch der Schulweg für die Kinder erheblich kürzer und sicherer. Der Kanton investierte 56 Millionen Franken in das Projekt. Über 400 Führungen für Brückenfans aus der Region und der Schweiz fanden während der Bauzeit statt. Insgesamt verbauten die Unternehmen 14 000 Kubikmeter Beton, 3500 Tonnen Bewehrung und 205 Tonnen Spannstahl. Mit einer spektakulären Eröffnungsfeier zelebrierte der Kanton mit der Gemeinde Pfäfers und den beteiligten Bauunternehmen den Abschluss des Projekts. Das Programm konnte dank der grosszügigen finanziellen Unterstützung durch die am Bau beteiligten Unternehmen realisiert werden.

Die längste Bogenbrücke der Schweiz schafft eine sichere Verbindung zwischen den beiden Dörfern Pfäfers und Valens.

Bibliotheken sollen zusammenkommen

Gemeinsam mit den Helvetia Versicherungen und der Stadt St. Gallen hat das Baudepartement 2017 den Standort «Union»/Blumenmarkt in der Stadt St. Gallen für eine gemeinsame Bibliothek intensiv geprüft. Regierung und Stadtrat haben die gesetzliche Pflicht, dem Kantons- und Stadtparlament je eine Vorlage für eine gemeinsame Bibliothek zu unterbreiten. Kantons- und Stadtbibliothek sind derzeit auf drei Standorte in der Stadt St. Gallen verteilt. Die verschiedenen Standorte stellen sowohl für die Nutzenden als auch für die interne Organisation ein Hindernis dar. Ziel der künftigen Bibliothek ist es, ein zeitgemässes Bibliotheksangebot an einem zentralen Ort in der Stadt St. Gallen zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die bestehenden Platzprobleme der beiden Bibliotheken zu lösen. Das «Union»-Gebäude und der Blumenmarkt befinden sich an dem im Bibliotheksgesetz geforderten «zentralen Standort». Kanton und Stadt erachten diesen Standort als die aktuell attraktivste Option. 2018 wird der Standort vertieft geprüft.



Mit der umfassenden Sanierung soll in St. Gallen auch in Zukunft ein attraktives Theater betrieben werden können.

Ziel der künftigen Bibliothek ist es, ein zeitgemässes Bibliotheksangebot an einem zentralen Ort in der Stadt St. Gallen zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die bestehenden Platzprobleme der beiden Bibliotheken zu lösen.

Eine überfällige Sanierung

Das Theatergebäude wird seit rund fünfzig Jahren an sieben Tagen in der Woche genutzt. Zwar wurden einzelne Gebäudeteile im Laufe der Jahre ersetzt, Umbauten vorgenommen und die Werkstätten erweitert. Eine generelle Instandsetzung erfuhr das Gebäude aber nie. Darum ist das Gebäude heute stark erneuerungsbedürftig. Das Theatergebäude wird darum für 48,6 Millionen Franken saniert und an die Bedürfnisse eines zeitgemässen Theaterbetriebs angepasst. 2017 überwies die Regierung die

Botschaft an den Kantonsrat. Während zwei Jahren Bauzeit findet der Theaterbetrieb in einem Provisorium, das zwischen dem Kunstmuseum sowie dem Historischen und Völkerkundemuseum vorgesehen ist, statt. Der Kantonsrat beschloss in der Septembersession 2017 das Ratsreferendum für das Bauvorhaben. Am 4. März 2018 hat das Stimmvolk der Vorlage zugestimmt. Die Bauarbeiten starten im Sommer 2020.

Ein neuer Campus für Wattwil

Der bauliche Erneuerungsbedarf der Kantonsschule Wattwil ist unbestritten. Das über 40-jährige Gebäude ist sanierungsbedürftig. Seit 35 Jahren müssen zusätzliche Räumlichkeiten gemietet werden, was sich negativ auf den Schulbetrieb auswirkt. Die Regierung hat beschlossen, die Erneuerung der Kantonsschule Wattwil sowie jene des Berufs- und Weiterbildungszentrums Toggenburg zu kombinieren. Erstmals im Kanton St. Gallen soll für beide Schulen der Sekundarstufe II ein Campus entstehen. Die Kantonsschule wird auf dem Areal Rietstein neu gebaut. Die Berufsfachschule soll am bestehenden Standort unmittelbar neben dem Neubau der Kantonsschule erneuert werden. Zusammen mit dem Bildungsdepartement arbeitete

das Baudepartement 2017 an den Projektdefinitionen. Nach der Genehmigung der Projektdefinitionen wird die Regierung die Botschaften über den Ersatzneubau der Kantontschule Wattwil sowie die Erneuerung und Erweiterung des Hauptgebäudes des Berufs- und Weiterbildungszentrums Toggenburg BWZT voraussichtlich 2018 verabschieden.

Viel Holz am Wasser

Nach rund 18 Monaten Bauzeit wurde das Fischereizentrum in Steinach am 1. Juni 2017 offiziell eingeweiht. In der neuen Anlage werden bedrohte Fisch- und Krebsarten gezüchtet und später ausgesetzt. Der Kanton leistet damit einen wichtigen Beitrag, die Wassertiere zu schützen und die Artenvielfalt zu sichern. Der Neubau aus Holz in Steinach ersetzt die in die Jahre gekommene Fischzuchtanlage in Rorschach, die aufgrund des abgelaufenen Baurechtsvertrags aufgegeben werden musste. Nebst der neuen Fischzuchtanlage wurden ein Seewasserpumpwerk und eine Bootsanlegestelle im Hafen von Steinach realisiert. Die gesamten Anlagekosten betragen 12,4 Millionen Franken. Nach Abzug der Beiträge von Dritten ergibt sich für den Kanton ein Kreditbedarf von 10,95 Millionen Franken. Die Aussenwände stehen auf einem Betonsockel. Dieser dient als Hochwasserschutz gegen den See und die Steinach. Der gesamte Hochbau wurde aus Massivholz erstellt, was nicht nur die Produktion und Montage entscheidend erleichterte, sondern auch einen Zeitgewinn einbrachte.

Den Wasserbereich aus einer Hand führen

Die Umsetzung des neuen Gewässerschutzgesetzes, die Sanierung der Thur in Wattwil oder das Hochwasserschutzprojekt Rhein, Erholung und Sicherheit (Rhesi): Alle drei Beispiele sind wichtige Generationenprojekte im Wasserbereich, die in den kommenden Jahren grosse Herausforderungen und neue Aufgaben mit sich bringen. Die Zuständigkeiten für den Wasserbereich waren im Baudepartement bis anhin auf zwei Ämter verteilt. Der Vorsteher des Baudepartementes regte die Regierung im Herbst 2016 dazu an,

Die Zuständigkeiten für den Wasserbereich waren im Baudepartement bis anhin auf zwei Ämter verteilt.

innerhalb des Baudepartementes die beiden Abteilungen Wasser und Energie des Amtes für Umwelt und Energie (AFU) mit der Abteilung Gewässer des Tiefbauamtes (TBA) zu einem neuen «Amt für Wasser und Energie» zu vereinen und damit den Bereich Wasser stärker aus einer Hand zu führen. Am 1. Juli 2017 startete Amtsleiter Michael Eugster mit seinem Team im neuen, fünften Amt für Wasser und Energie.



Im neuen Fischereizentrum in Steinach werden regionale Fischarten gezüchtet.



Michael Eugster leitet seit dem 1. Juli 2017 das neue Amt für Wasser und Energie im Baudepartement.

Einfachere Nutzbarkeit von Geodaten

Die politische und wirtschaftliche Bedeutung von Geodaten und Geoinformationen sowie deren Erhebung und Verbreitung auf elektronischem Weg hat stark zugenommen. Bei Bund, Kanton und Gemeinden, aber auch bei Privaten besteht heute eine grosse Anzahl von Geodatenansätzen. Entsprechend viele Informatikanwendungen unterstützen die Erhebung, Bearbeitung, Nachführung, Visualisierung und Verbreitung dieser Datensätze. Im Kanton St. Gallen bestehen bisher nur Regelungen für den Bereich der amtlichen Vermessung. Es muss daher auf kantonaler Ebene mit einem kantonalen Geoinformationsgesetz eine umfassende gesetzliche Grundlage für den Bereich Geoinformation geschaffen werden. Damit soll nicht nur Bundesrecht umgesetzt werden. Vielmehr kann in verschiedenen Bereichen ein Mehrwert geschaffen werden. Die gemeinsame Organisation, die Vereinheitlichung der Geodatenmodelle und die Angleichung an Bundesvorgaben führen zu einer besseren und einfacheren Nutzbarkeit der Geodaten im Kanton St. Gallen. Das neue Geoinformationsgesetz ist eng auf das neue E-Government-Gesetz abgestimmt. Zusammen mit dem Finanzdepartement führte das Baudepartement 2017 die Vernehmlassung zum neuen Gesetz durch. Die Botschaft zum Geoinformationsgesetz soll 2018 zusammen mit der E-Government-Gesetzgebung im Kantonsrat behandelt werden. Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2019 geplant.

Deponien weiterhin gefragt

Aufgrund der grossen Mengen an Aushubmaterial und Bauabfällen aus der Bauwirtschaft besteht im Kanton St. Gallen nach wie vor Bedarf nach neuen Deponien. Der grösste Handlungsbedarf liegt in der Grossregion St. Gallen-Wil. Im Kanton konnten vier Deponien neu in Betrieb genommen oder erweitert werden. In der Richtplananpassung wurden vier neue Deponiestandorte zur Festsetzung vorgeschlagen. Der Kanton hat die Suche nach neuen Deponiestandorten gemeinsam mit der Privatwirtschaft weiter vorangetrieben. Das Projekt für eine Aushubdeponie im Steinachtobel wurde aufgrund zahlreicher nicht lösbarer Herausforderungen eingestellt. Seit Anfang 2016 gilt die neue Abfallverordnung des Bundes. Im Rahmen der Umsetzung hat das Baudepartement die Erarbeitung der kantonalen Abfallplanung mit Schwerpunkten im Bereich Siedlungsabfälle, Bauabfälle und KVA-Planung aufgenommen.

Das Projekt für eine Aushubdeponie im Steinachtobel wurde aufgrund zahlreicher nicht lösbarer Herausforderungen eingestellt.

Ausblick 2018

2018 bearbeitet das Baudepartement mehrere grosse Infrastrukturvorhaben. Im Hochbau gehört die bis 2027 geplante Erweiterung der Universität St. Gallen dazu. Erstens soll ein neuer Campus am Platztor entstehen und zweitens das bestehende Bibliotheksgebäude saniert werden. Die zwei Botschaften sollen 2018 an den Kantonsrat überwiesen werden. Ein Generationenprojekt ist auch die Engpassbeseitigung A1 in St. Gallen. Das generelle Projekt für die dritte Röhre wird zurzeit durch das Bundesamt für Strassen ausgearbeitet. Der Kanton seinerseits erarbeitet die Zweckmässigkeitsbeurteilung für den Tunnel Liebegg und die Teilsperre Güterbahnhof. Im Laufe des aktuellen Jahres informiert der Kanton über die Ergebnisse der Zweckmässigkeitsbeurteilung. Weitere Grossprojekte im Tiefbauamt sind der Baubeginn für die Umfahrung Wattwil, die Weiterentwicklung der Planungen für den Autobahnanschluss PLUS in Rorschach, den ESP Wil-West und die Zentrumsentlastung Rapperswil-Jona.

Referenzierte Schwerpunktziele:

- 1.1 Funktionale Räume
- 1.2 Zukunftsfähige Infrastruktur
- 4.1 Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung

7. Sicherheits- und Justizdepartement



Regierungspräsident Fredy Fässler
Vorsteher Sicherheits- und
Justizdepartement

Welches Ereignis im Jahr 2017 hat Sie politisch gefreut?

Das Amt als Regierungspräsident. Ich hätte nicht erwartet, dass mir das Präsidialamt so grosse Freude macht. Mir war es eine Ehre, die Regierung des Kantons St. Gallen als Primus inter Pares während eines Jahres vertreten zu dürfen.

Was war dabei Ihr Ziel?

Mein Präsidialjahr stand unter dem Motto «Was macht das Fremde mit mir?». Mein Ziel war und ist, die Bevölkerung zu ermuntern, die Auseinandersetzung mit dem Fremden zu suchen. Die vergangenen Veranstaltungen zeigen, dass der Austausch stattfindet und Schranken abbaut.

Welches andere Thema hätte im Jahr 2017 Ihrer Meinung nach mehr Aufmerksamkeit verdient?

Die weltweite Migration mit ihren verschiedensten Ursachen, die dazu führt, dass Millionen Menschen ihre Heimatländer verlassen müssen. Sie machen sich auf die Suche nach einem sicheren und/oder besseren Leben, haben dabei auf der Flucht zum Teil ganz schreckliche Erlebnisse oder sterben gar dabei.

Wo haben Sie im Nachhinein das Gefühl, hätten Sie es besser machen können?

Namentlich im Sicherheitsbereich stehen wir vor grossen Herausforderungen, bei der Bekämpfung des dschihadistisch motivierten Terrorismus oder auch bei Cybercrime. Auch gibt es Instrumente, mit denen Gefährder oder potenzielle Täter noch besser erkannt und begleitet werden könnten. Hätte ich im letzten Jahr bei einer Fee einen Wunsch frei gehabt, so hätte ich mir hierfür mehr personelle Ressourcen bei der Polizei gewünscht.

Und wo setzen Sie 2018 Ihre politischen Schwerpunkte?

Einen politischen Schwerpunkt möchte ich namentlich bei der Bekämpfung aller Formen von Radikalismus und Extremismus setzen. Dabei geht es mir nicht nur um die Zuständigkeit der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden, sondern vor allem auch um das enge Zusammenwirken der Themenfelder Bildung, Religion, Sozialwesen, Integration und Strafvollzug.

Sicherheit im Wandel der Zeit

«Im Kanton St. Gallen besteht ein funktionierendes Sicherheits- und Justizsystem. Die Bevölkerung und die Unternehmen bewegen sich in der realen und virtuellen Welt frei und sicher.» So definiert die Schwerpunktplanung der Regierung das strategische Ziel einer umfassenden Sicherheit. Sicherheit ist aber nicht einfach nur ein gegebener Zustand, sondern erfordert die laufende Anpassung der Strukturen und Prozesse. Das gesellschaftspolitische Umfeld, die Bedürfnisse der Bevölkerung oder die technischen Möglichkeiten unterliegen einem stetigen Wandel. Daher sind auch die Aufgaben des Sicherheits- und Justizdepartementes einem permanenten Wandel unterworfen.

Der Wandel in der Aufgabenerfüllung wird bei der Kantonspolizei am deutlichsten sichtbar. Standen in früheren Jahren der Dorfpolizist und die Polizeistation in der Gemeinde sinnbildlich für die öffentliche Sicherheit, setzt die Kantonspolizei heute auf Mobilität, kurze Interventionszeiten und moderne Technik. Wie im Bericht «Polizeiliche Sicherheit im Kanton St. Gallen» (40.14.05) aufgezeigt, bilden dabei die Verstärkung der Mobilien Polizei sowie der Ausbau der regionalen Fahndungs-, Ermittlungs- und Jugenddienste die zentralen Pfeiler.

Kantonspolizei der Zukunft

Im Juni 2017 konnte in der Polizeiregion Bodensee-Rheintal der geplante Ausbau der Mobilien Polizei umgesetzt werden. Dank zusätzlicher personeller Ressourcen und des Zusammenschlusses von Mitarbeitenden der Polizeistationen haben heute rund fünfzig Mitarbeitende der Mobilien Polizei ihre Basis auf dem Polizeistützpunkt Thal. Mit optimierten Arbeitszeiten, höherer Patrouillendichte und modernen Dispositionsmitteln wurde die Polizeipräsenz erhöht. Dank optimiertem Personaleinsatz und modernsten



Vermeht mobil statt stationär
und in mehr als 80 Prozent der Fälle
innert 15 Minuten am Einsatzort

mobilen Arbeitsgeräten können sie die Ereignisse effizienter abarbeiten. Nach gut einem halben Jahr Betrieb kann das Sicherheits- und Justizdepartement bereits auf anerkennende Rückmeldungen aus der Bevölkerung und auf positive Erfahrungen der Mitarbeitenden verweisen. Die erhöhte Polizeipräsenz wird deutlich wahrgenommen und vermittelt ein besseres Sicherheitsgefühl. Die übrigen Regionen werden ab 2019 folgen, sofern im Rahmen der jährlichen Budgetierung die hierfür benötigten zusätzlichen Personalstellen geschaffen werden können.

Deutliche Entspannung im Asylwesen

Die Asylgesuche sind gegenüber den beiden Vorjahren markant zurückgegangen. Im Jahr 2017 wurden noch 18 088 Asylgesuche gestellt, was einem Rückgang gegenüber 2016 um 9 119 Gesuche oder um ein Drittel entspricht. Die Blockade der Balkanroute, das EU-Abkommen mit der Türkei sowie die Absprachen zwischen Italien und Libyen zeigen weiterhin ihre Wirkung. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass an den Grenzen Europas, im Nahen Osten und in Libyen nach wie vor ein erhebliches Migrationspotenzial besteht.

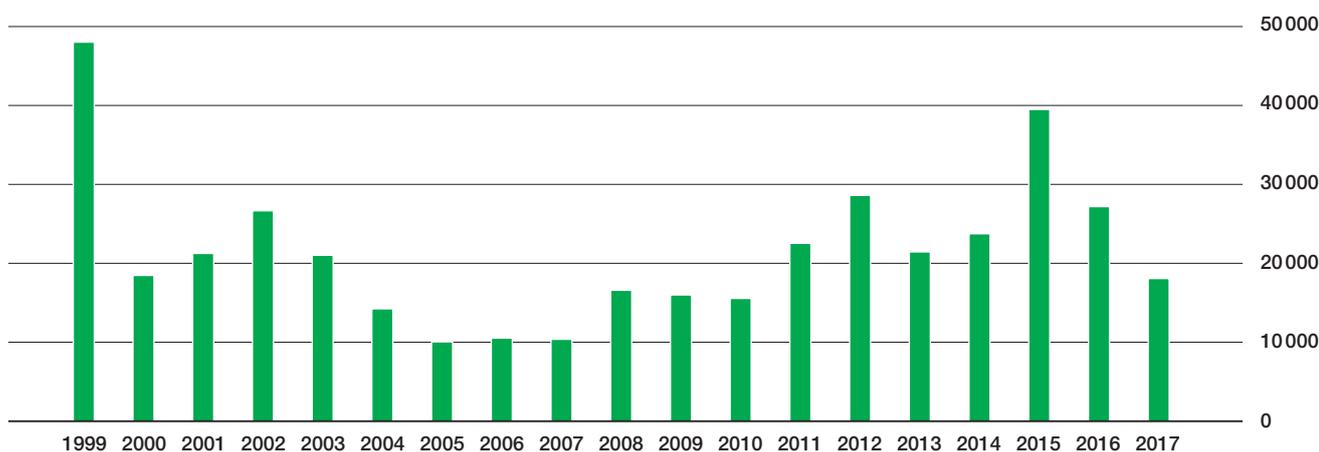
Die grösste Gesuchsgruppe bildet Eritrea mit 3375 Gesuchen, wobei zu bemerken ist, dass gegenüber dem Vorjahr weniger Personen einreisten, jedoch mehr Geburten und Familienzusammenführungen verzeichnet wurden. Weitere grössere Gruppen bilden Syrien mit 1951 und Afghanistan mit 1217 Gesuchen, gefolgt von der Türkei mit 852 und Somalia mit 843 Gesuchen. Die Schutzquote, das heisst die Gewährung von Asyl oder der vorläufigen Aufnahme, lag bei 57,5 Prozent. Als Flüchtlinge wurden 6360 Personen anerkannt, 7839 Personen erhielten eine vorläufige Aufnahme.

Stilllegung von zwei kantonalen Zentren für Asylsuchende

Aufgrund des Bundesrechts werden die Asylsuchenden proportional zur Bevölkerung auf die Kantone verteilt. Im Jahr 2017 wurden dem Kanton St. Gallen 963 Personen zugeteilt (Vorjahr: 1413). Zu Beginn des Jahres betrieb der Kanton St. Gallen für die erste Phase der Unterbringung der Asylsuchenden noch sechs Kollektivunterkünfte mit insgesamt 595 Unterbringungsplätzen. Es waren dies die kantonalen Asylzentren Thurhof in Oberbüren, Neckermühle in Oberhelfenschwil, Landegg in Eggersriet/Lutzenberg, Bergruh in Amden, Sonnenberg in Vilters sowie das Wohnfoyer Kreuzacker in Wil. Der Wechsel der Zuständigkeit für minderjährige unbegleitete Asylsuchende (UMA) vom Kanton an die St. Galler Gemeinden und der Übertritt der UMA in die kommunalen Strukturen wurden per 31. März 2017 abgeschlossen. Aufgrund des geringeren Zustroms und der entsprechend tiefen Auslastung in den Zentren wurden die beiden Unterkünfte in Oberhelfenschwil und Wil auf Ende September 2017 stillgelegt. Dies hatte zur Folge, dass 22 teils langjährigen Mitarbeitenden gekündigt werden musste und 130 Unterbringungsplätze abgebaut wurden. Im Oktober betrug die bereitgestellte Bettenzahl noch 465. Die durchschnittliche Zentrenauslastung im Jahr 2017 lag bei knapp 44 Prozent. Trotz tieferen Zustroms nimmt indessen der Aufwand für die Betreuung von Asylsuchenden mit körperlichen und psychischen Einschränkungen stetig zu.

Aktuell ist davon auszugehen, dass sich die tiefen Gesuchszahlen im Jahr 2018 fortsetzen werden. Das Staatssekretariat für Migration hat eine Zahl von 16 500 bis 19 000 neuen Asylgesuchen prognostiziert und geht für die gesamtschweizerischen Unterbringungskapazitäten von einer Planungsgrösse von 20 000 Asylgesuchen aus.

Asylgesuche Schweiz 1999–2017





«Wir lernen Deutsch» ist eine der wichtigsten Aufgaben der kantonalen Asylzentren, hier im Asylzentrum Landegg, Eggersriet/Lutzenberg.

Ausländerbestand steigt weiter

Ausländerbestand im Kanton St. Gallen 2015/2016/2017

	2015	2016	2017
Bestand ständige ausländische Wohnbevölkerung	115 982	117 141	118 284
EU-28/EFTA (Freizügigkeitsabkommen)	63 285	67 455	68 297
Drittstaaten	52 697	49 686	49 987

Integrationsvereinbarungen Kanton St. Gallen 2016/2017

	2016	2017
Geführte Integrationsgespräche	487	537
Total abgeschlossene Integrationsvereinbarungen, davon:	464	510
IntV Familiennachzug	342	250
IntV mit vorläufig aufgenommenen Personen	100	239
IntV mit Brückenpersonen	3	1
IntV mit bereits anwesenden Drittstaatsangehörigen	19	20

Zwangsmassnahmen Kanton St. Gallen 2016/2017

	2016	2017
Eingrenzungen	0	16
Ausgrenzungen	106	18
Ausschaffungen nach AuG	260	286
Ausschaffungen nach AsylG	70	49
Dublin-Ausschaffungen	108	86
Total Ausschaffungen	438	421

Ausbeutung der Arbeitskräfte

Bei der illegalen Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern handelt es sich um ein schon länger bekanntes Phänomen. Bisher hatten sich die Strafverfolgungsbehörden mit der Feststellung der illegalen Erwerbstätigkeit im Sinn einer Momentaufnahme begnügt. Damit konnte aber häufig nicht unterschieden werden zwischen lang andauernden Arbeitsverhältnissen und spontanen Handreichungen oder bewilligungsfreier Probearbeit.

Bei der Bevölkerung verursacht bereits die legale Arbeitsmigration grosse Besorgnis, wie mit der Annahme der Initiative «Gegen Masseneinwanderung» deutlich wurde. Erst recht ist es nötig, die illegale Arbeitsmigration und die illegale Beschäftigung strafrechtlich möglichst vollständig zu erfassen.

Unter Führung der Staatsanwaltschaft nahm sich eine Arbeitsgruppe von Mitarbeitenden der Kantonspolizei, des Amtes für Wirtschaft und Arbeit, des Migrationsamtes und der Staatsanwaltschaft der Thematik an. Mit einer gemeinsamen Vorgehensweise soll der ganze Umfang der illegalen Beschäftigung erfasst werden, um die Beschuldigten einer angemessenen Strafe zuzuführen und ihnen den Erlös aus dem Delikt im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten wieder wegzunehmen. Damit kann sich die spezial- und generalpräventive Wirkung einer strafrechtlichen Sanktion voll entfalten und das schädliche Phänomen wirksam bekämpft werden. Nicht geändert hat sich im Übrigen die Praxis, dass auch die illegalen Arbeitskräfte sanktioniert, konsequent weggewiesen und allenfalls ausgeschafft werden.

Im Fokus stehen dabei nicht einfache Fälle von blossen Meldepflichtverletzungen, sondern Fälle, bei denen sich die Arbeitgeber wissentlich und willentlich an der illegalen Tätigkeit bereichern und zu diesem Zweck die illegalen Arbeitskräfte ausbeuten. Von diesem Kriminalitätsphänomen sind aber nicht nur die ausgebeuteten Arbeitskräfte, sondern auch das Gewerbe durch die unlautere Konkurrenz, der Arbeitsmarkt durch weniger freierwerbende Stellen sowie die Gemeinschaft der sozialversicherten Personen durch hinterzogene Beiträge betroffen. In Einzelfällen wurden gar Anhaltspunkte für eine organisierte Vorgehensweise im Sinn einer Schleuser- oder Schleppertätigkeit festgestellt.

Sicherheitspolizeiliche Einsätze der Kantonspolizei 2013–2017

h Stunden MA Mitarbeiter E Einsätze

	2013			2014			2015			2016			2017		
	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E
Rapperswil-Jona Lakers	9534	1135	58	8064	960	46	6485	772	28	882	105	3	2092	249	7
FC St. Gallen	3116	371	14	1277	152	11	2461	293	12	2024	241	10	2058	245	11
FC Wil	1050	125	24	1235	147	13	1764	210	9	2629	313	6	2890	344	7
FC Vaduz	0	0	0	1270	151	7	2965	353	14	865	103	5	0	0	0
SC Brühl	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Länderspiele AFG Arena	0	0	0	101	12	1	0	0	0	227	27	1	0	0	0
OD Grenze	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Einsätze (Demos usw.)	109	13	1	1915	228	6	521	62	3	1982	236	3	1176	140	1
Jahrestotal	13810	1644	97	13862	1650	84	14196	1690	66	8609	1025	28	8215	978	26

Praxis der Landesverweisung

Seit 1. Oktober 2016 werden die neuen bundesrechtlichen Gesetzesbestimmungen zur Umsetzung der «Ausschaffungsinitiative» angewendet. Aufgrund des Rückwirkungsverbots gelten diese nur für Straftaten, die nach diesem Zeitpunkt begangen wurden. Die Abläufe zur Anwendung des neuen Rechts haben sich rasch eingespielt. Fälle, bei denen eine obligatorische Landesverweisung auszusprechen ist, müssen beim Gericht angeklagt werden. Nur in klaren Ausnahmefällen, das heisst wenn die Voraussetzungen der gesetzlichen Härtefallklausel offensichtlich gegeben sind, entscheidet die Staatsanwaltschaft ausnahmsweise im Strafbefehl darüber. 2017 waren neun solche Fälle zu verzeichnen. Gleichzeitig wurden von der Staatsanwaltschaft 86 Fälle mit obligatorischer und fünf Fälle mit nicht obligatorischer Landesverweisung angeklagt. Die bisherige Praxis zeigt, dass die Gerichte in der Regel den Anträgen der Staatsanwaltschaft folgen und die Landesverweisung aussprechen. Nur in wenigen Einzelfällen kam das Gericht zu einem anderen Schluss. Teilweise wurden solche Entscheide mit Berufung beim Kantonsgericht angefochten und sind noch hängig. Eine umfassende Gerichtspraxis zur Anwendung der Härtefallklausel liegt deshalb noch nicht vor.

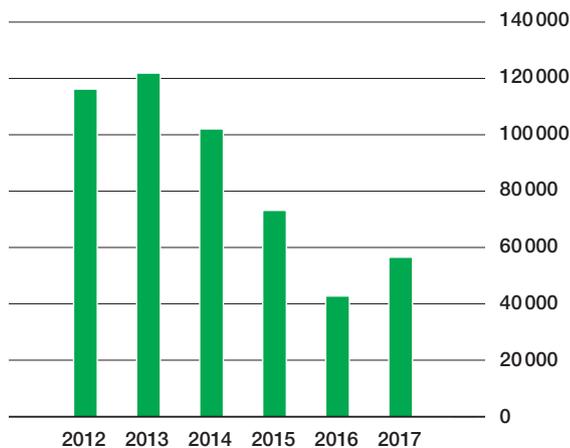
Ein Nachteil der neuen Regelung liegt darin, dass es nicht mehr möglich ist, Beschuldigte ohne Aufenthaltsrecht in der Schweiz und mit weniger schweren Delikten rasch mittels Strafbefehl zu beurteilen und anschliessend im Verwaltungsverfahren durch das Migrationsamt wegzuweisen. Für die Anordnung der strafrechtlichen Landesverweisung muss zwingend eine Gerichtsverhandlung durchgeführt werden. Die in der Regel mittellosen Beschuldigten müssen während des Strafverfahrens amtlich verteidigt werden. Dies führt zu einem personellen und finanziellen Mehraufwand durch amtliche Verteidigung, Haft, Haftrichter-, Dolmetscher- und Gerichtskosten.

Entwicklung des Rückstands bei den Fahrzeugprüfungen

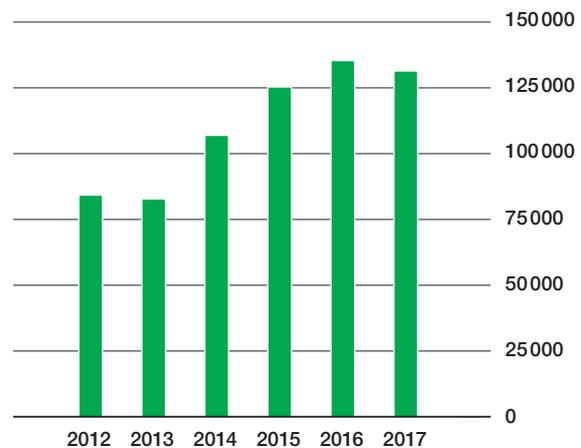
Noch im Jahr 2014 wies der Kanton St. Gallen mit rund dreissig Prozent des Gesamtbestandes den höchsten Rückstand nicht geprüfter Fahrzeuge in der Schweiz auf. Die Gründe waren die stetige Zunahme des Fahrzeugbestandes, der Direktimporte und der freiwilligen Nachprüfungen. Das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt führte zur Verbesserung der Situation verschiedene Massnahmen ein. Dazu zählten die computerunterstützte Fahrzeugprüfung, eine Reduktion der Prüfzeit von 25 auf 20 Minuten, eine Übertragung von Prüfarbeiten an Dritte, wie zum Beispiel den TCS, das Reparaturbestätigungsverfahren mit dem Autogewerbeverband Schweiz und der Einsatz zusätzlicher Verkehrsexperten. Damit konnten die Rückstände ab 2014 kontinuierlich reduziert werden. Ende 2016 beliefen sie sich noch auf gut 40 000.

Wie der nachfolgenden Grafik zu entnehmen ist, stieg die Zahl der Rückstände 2017 nun wiederum an. Dies ist hauptsächlich auf eine neue Abgrenzungsmethode zurückzuführen. Ab diesem Jahr werden auch Fahrzeuge zum Rückstand gezählt, die zur Prüfung aufgeboden, aber noch nicht geprüft worden sind. Ein weiterer Grund für den Anstieg liegt darin, dass die vielen 2014 und 2015 geprüften Fahrzeuge aufgrund der bundesrechtlich vorgegebenen Prüfintervalle bereits wieder zur Prüfung anstanden. Auch der zunehmende Fahrzeugbestand trägt zu dieser Entwicklung bei.

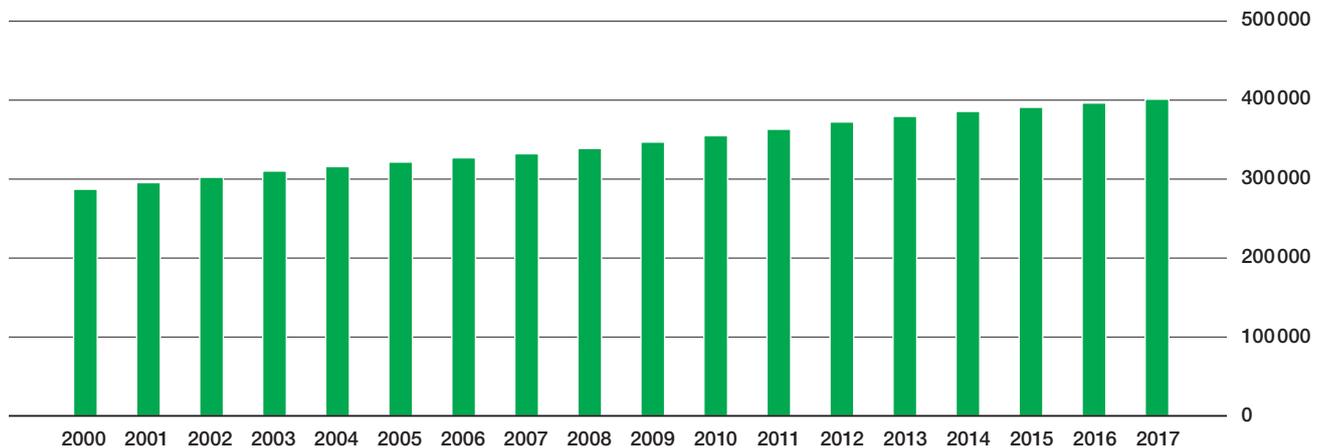
Anzahl Fahrzeug-Prüfrückstände 2012–2017



Anzahl Fahrzeugprüfungen 2012–2017



Entwicklung Fahrzeugbestand 2000–2017



Ausblick 2018

Mit einer Revision des Strafgesetzbuches hat der Bundesgesetzgeber das Sanktionenrecht geändert und damit die elektronische Überwachung («electronic monitoring», EM) als Vollzugsform für Freiheitsstrafen bis zu zwölf Monaten eingeführt. EM ist der elektronisch überwachte Hausarrest während arbeitsfreier Zeiten. Zentrales Anliegen ist, das soziale Netz der verurteilten Person möglichst zu erhalten. Eine Echtzeitüberwachung erfolgt dabei nicht. EM kann weder Delikte noch Fluchten verhindern und Risiken nur begrenzt senken. Es ist für die Überwachung gefährlicher Täter ungeeignet. Bei der Ausweitung von EM auf weitere Anwendungsbereiche ist zu beachten, dass EM nicht als Sicherungs-, sondern nur als Kontrollinstrument eingesetzt wird. Dennoch erfordert EM technische und personelle Mehraufwände, um die elektronische Überwachung sicherstellen und allfällige Verstösse sanktionieren zu können.

Mit dem Projekt «Cybercrime Unit (CU)» soll 2018 zudem das fachspezifische Wissen von Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft im Bereich der Cyberkriminalität sowie der Kommunikationsüberwachung in einer Organisationsstruktur entwickelt, gebündelt und zusammengeführt werden. Mittel- und langfristig soll eine neu zu etablierende Cybercrime-Organisationseinheit zu einem «Kompetenzzentrum Cybercrime» für die Ostschweizer Kantone werden, das optimal mit den anderen schweizweit zu entwickelnden Kompetenzzentren abgestimmt ist.

Referenzierte Schwerpunktziele:

- 3.2 Gesellschaftliche Vielfalt und Integration
- 3.4 Umfassende Sicherheit
- 4.1 Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung

8. Gesundheitsdepartement



Heidi Hanselmann
Vorsteherin Gesundheitsdepartement

Was war 2017 Ihr beruflicher Höhepunkt?

Das kann ich nicht auf ein einzelnes Ereignis reduzieren. Zentral ist für mich, wie ein gutes Resultat zustande kommt. Edmund Hillary, der zusammen mit Tenzing Norgay den höchsten Berg der Welt bestiegen hatte, formulierte es passend: «Wir waren ein Team: Wir arbeiteten zusammen, wir lösten Probleme gemeinsam, und schliesslich erreichten wir gemeinsam den Gipfel.»

Wie diente Ihr Departement der Bevölkerung?

Uns ist eine wohnortsnah und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung wichtig. Dazu gehören die konsequente Stärkung der Hausarztmedizin, gut ausgebildete Fachkräfte im Gesundheitswesen oder auch Impfangebote in den Apotheken. Zudem können wir mit dem Joint Medical Master, der neue Studienplätze für Medizinstudierende in St. Gallen ab 2020 anbietet, dem Ärztemangel begegnen.

Welches Projekt hätte 2017 Ihrer Meinung nach mehr Aufmerksamkeit verdient?

Das Suchtpräventionskonzept, weil es auf Lücken hinweist, die von Fachleuten geortet wurden, weil alle relevanten Akteure bei der Bearbeitung mit dabei gewesen sind und weil es die Herausforderungen der Zukunft aufnimmt. Nur wer informiert und aufgeklärt ist, kann seine Gesundheit selber in die Hand nehmen.

Wo hätten Sie 2017 besser agieren können?

Ich glaube, wir haben 2017 zum Wohl der Bevölkerung gut agiert. Natürlich kann man immer vieles anders machen, weil gerade im politischen Umfeld die Meinungen über den Weg oder auch das Ziel auseinandergehen. Schliesslich braucht es aber tragfähige Lösungen, und die haben wir in verschiedenen Projekten erreicht.

Welche politischen Schwerpunkte wollen Sie 2018 setzen?

Gesundheit ist unser höchstes Gut, und das soll auch gepflegt werden und bezahlbar bleiben. Deshalb ist es mir ein wichtiges Anliegen, wirkungsvolle kostendämpfende Massnahmen umzusetzen. Palliative Care soll im Gesetz, wie die Kuration, die Prävention und die Rehabilitation, verankert werden, und dem Joint Medical Master wollen wir an der Urne zum Durchbruch verhelfen.

Mit Weitblick für eine gesunde Bevölkerung

Gesundheit ist eine kostbare Ressource. Wer gesund ist, verursacht weniger Kosten und hat am Arbeitsplatz weniger Absenzen. Das Gesundheitsdepartement hat darum 2017 verschiedene Massnahmen im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention vorangetrieben, um die Gesundheit der St. Galler Bevölkerung zu stärken. Ein zweiter Schwerpunkt lag im vergangenen Jahr bei den Spitälern. Die neue Spitalliste Akutsomatik 2017 und die Eigentümerstrategie für die Spitalverbunde wurden verabschiedet.

Arbeit stiftet Sinn und Identität. Sie ermöglicht Zugehörigkeit, persönliche Entwicklung sowie soziale Kontakte und hat damit einen stabilisierenden Effekt auf unsere Psyche. Arbeit kann aber auch zur Belastung werden. Psychische Probleme sind die häufigste Ursache für Arbeitsausfälle und Frührenten.

Obwohl die Belastung im Arbeitsalltag stetig zunimmt, haben sechzig Prozent der Ostschweizer Unternehmen noch kein betriebliches Gesundheitsmanagement. Der Kanton St. Gallen engagiert sich darum in verschiedenen Projekten und Gremien mit dem Ziel, über das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) die physische und die psychische Gesundheit der Mitarbeitenden zu stärken.

Gesundheit und Wohlbefinden im Arbeitsalltag. Zudem informiert sie Führungspersonen darüber, was diese zur psychischen Gesundheit ihrer Mitarbeitenden beitragen können.

Ein Meilenstein im Jahr 2017 war neben der Lancierung der Kampagne die Durchführung der Fachtagung «Psychische Gesundheit und Arbeit» in St. Gallen mit Fachexperten und rund 130 Führungskräften aus der ganzen Ostschweiz.

Betriebliches Gesundheitsmanagement schafft Wettbewerbsvorteile und spart Kosten.

Unternehmen unterstützen

Das Forum BGM Ostschweiz unterstützt Unternehmen bei der Umsetzung von Präventions- und Gesundheitsförderungsmassnahmen. Eine solche Massnahme ist die Kampagne «Alles im grünen Bereich – Zehn Impulse für psychische Gesundheit beim Arbeiten» des Forums BGM Ostschweiz und des Ostschweizer Forums für Psychische Gesundheit. Die Kampagne gibt Anregungen für mehr



Die Kampagne «Alles im grünen Bereich» veranschaulicht, wie Wohlbefinden, Motivation und Leistungsfähigkeit im Arbeitsalltag gestärkt werden können.



Die neue Spitalliste Akutsomatik bestimmt, welche Spitalunternehmen chirurgische Eingriffe vornehmen und die Grundversorgung von Neugeborenen anbieten dürfen.

Neue Spitalliste Akutsomatik regelt die stationäre Versorgung

Mit der Spitalliste im Bereich Akutsomatik definiert die Regierung, welche Spitäler im Kanton St. Gallen welche stationären Leistungen zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) abrechnen dürfen. Seit dem 1. Juli 2017 gilt im Kanton St. Gallen die neue Spitalliste Akutsomatik. Sie legt bis ins Jahr 2022 fest, welche Spitäler Leistungsaufträge erfüllen dürfen. Insgesamt fanden zehn innerkantonale und sieben ausserkantonale Spitäler Aufnahme auf die St. Galler Spitalliste.

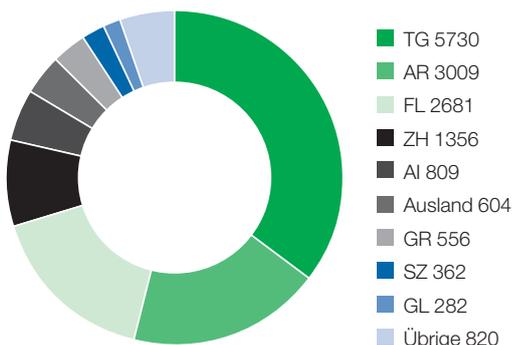
In einem öffentlichen Verfahren im Herbst 2016 konnten sich alle inner- und ausserkantonalen Spitäler für die verschiedenen Leistungsgruppen bewerben. Das Gesundheitsdepartement beurteilte die Bewerbungen anhand verschiedener Kriterien. Ist ein Spital generell unwirtschaftlich, wird es vom Bewerbungsprozess ausgeschlossen. Erfüllt ein Spital die jährlich vorgegebene minimale Anzahl von Eingriffen nicht, wird es für die entsprechende Leistungsgruppe nicht in die Spitalliste aufgenommen.

Für die Erstellung der Spitalliste Akutsomatik sind auch verschiedene Daten über das St. Galler Gesundheitswesen und die Bevölkerung relevant. Unter anderem werden die aktuelle Versorgungslage, die erwartete Bevölkerungsentwicklung für das Jahr 2025 sowie die Patientenströme berücksichtigt.

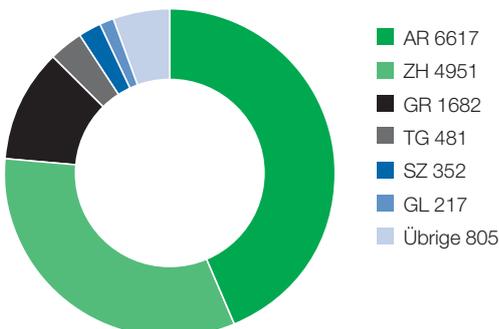
Eigentümerstrategie für die Spitalverbunde

Gemäss Staatsverwaltungsgesetz muss die Regierung für alle Organisationen mit kantonaler Beteiligung eine Eigentümerstrategie erstellen. Diese Strategie ist ein zentrales Element der Umsetzung der Public Corporate Governance. Neben den Eigentümerstrategien für die St. Galler Kantonalbank und die Sozialversicherungsanstalt gibt es seit dem 12. September 2017 auch eine Eigentümerstrategie für die Spitalverbunde.

Patientenzuwanderung in St. Galler Spitäler nach Wohnkanton 2015



Patientenabwanderung der St. Galler Bevölkerung nach Standortkanton Zielspital 2015



In diesem Dokument sind die Ziele des Kantons als Eigentümer erstmals schriftlich festgehalten. Die Ziele beinhalten die Erwartungen (Soll-Kriterien) der Regierung an die Spitalverbunde sowie Vorgaben (Muss-Kriterien).

Die Spitalverbunde sollen einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung einer bedarfsgerechten, zeitgemässen und wohnortsnahen Gesundheitsversorgung für alle Kantons- einwohnerinnen und -einwohner leisten. Dank eines hochstehenden medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Angebots sollen sie wettbewerbsfähig und für inner- und ausserkantonale Patientinnen und Patienten attraktiv sein. Auch müssen sie um eine gute finanzielle Basis für die langfristige Entwicklung der Spitalunternehmen besorgt sein.

Zusätzlich zur strategischen Grundausrichtung macht die Regierung Vorgaben, die von den Spitalverbunden einzuhalten sind. Dazu gehören Bestimmungen zu Investitionen, Risikomanagement, Bauvorhaben und Informatiklösungen.

Ausbildungsverpflichtung sichert kompetentes Personal

Die demografische Entwicklung, Multimorbidität (Mehrfacherkrankungen) und die Zunahme von chronischen Erkrankungen sorgen für eine zunehmende Komplexität der Behandlungsfälle. Zeitgleich betrifft der prognostizierte Fachkräftemangel auch das Gesundheitswesen.

Als Massnahme gegen den Fachkräftemangel hat das Gesundheitsdepartement eine Ausbildungsverpflichtung für die nicht-universitären Gesundheitsberufe eingeführt. Diese Verpflichtung gilt für alle st. gallischen Betriebe auf der kantonalen Spitalliste. Sie sind seit 2016 verpflichtet, gemäss ihrem Ausbildungspotenzial Nachwuchs im Bereich der nicht-universitären Gesundheitsberufe auszubilden. Zu diesen Berufen zählen Pflege- und Betreuungsberufe, medizinisch-technische sowie therapeutische Berufe.

Das Gesundheitsdepartement gibt jeder Institution vor, wie viele Ausbildungswochen pro Jahr im Minimum geleistet werden müssen. Als Basis für die Berechnung dient der Stellenplan des Spitals. Grundsätzlich lässt sich nach dem ersten Abrechnungsjahr feststellen, dass die Anzahl Ausbildungswochen zugenommen haben und sich die st. gallischen Spitäler sehr engagiert im Bereich der Ausbildung zeigen.

Tuberkulose-Monitoring beim Wild

Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein gelten als frei von Tuberkulose bei Nutz- und Wildtieren. Aufgrund von vermehrten Tuberkulose-Fällen beim Rotwild in Westösterreich werden seit 2014 in einem definierten Überwachungsgebiet in der Schweiz und in Liechtenstein aber Wildtiere im Rahmen von zwei Überwachungsprogrammen gezielt untersucht. Dabei werden einerseits Fallwild und alle Hegeabschüsse untersucht. Andererseits wird eine Stichprobenuntersuchung bei gesundem, während der Jagd erlegtem Rotwild gemacht.



Drückjagd Grabs-West vom 15. Oktober 2017: Bei einem Teil der erlegten Tiere werden Proben für die Tuberkulose-Untersuchung genommen.

Im Jahr 2017 wurden Lymphknoten und zum Teil veränderte Organe von insgesamt 26 Rothirschen aus dem Kanton St. Gallen am Nationalen Referenzlabor in Zürich auf Tuberkulose untersucht. Die Proben stammten hauptsächlich aus der Region Werdenberg, vereinzelt aus dem Raum Bad Ragaz und dem Taminatal. Alle Proben waren negativ. Auch alle Proben aus dem Kanton Graubünden und aus dem Fürstentum Liechtenstein waren negativ. Basierend auf den Schätzungen zur Bestandesgrösse wurden im Überwachungsperimeter fünf Prozent des Rotwildbestandes untersucht.

Aufgrund der vorliegenden Untersuchungsergebnisse und Informationen zur aktuellen Tuberkulose-Situation in Vorarlberg gibt es keinen Hinweis, dass die Tuberkulose über Wildkontakt aus Westösterreich in die Schweiz oder nach Liechtenstein eingeschleppt wurde.

Export von St. Galler Fleisch und Milchprodukten

Gnagi und Schnörli, Mozzarella und Frischkäse: Fleisch- und Milchprodukte von St. Galler Produktionsbetrieben stossen vermehrt auch in China und Russland auf Interesse. Allerdings ist der Export in diese Länder sehr aufwändig, da die Ausfuhren gleichzeitig Schweizer Recht und Auflagen des Exportlandes erfüllen müssen. So verlangt beispielsweise Russland, dass die ganze Produktionskette vom Stall über Transport und Aufbereitung bis hin zur Verpackung und Kühlung den russischen Vorschriften entspricht. Ausserdem wird vorgeschrieben, dass jede für Russland bestimmte Lebensmittellieferung vom kantonalen Lebensmittelinspektorat versiegelt und beglaubigt wird.

Um Exporte nach Russland und China zu ermöglichen, hat das kantonale Lebensmittelinspektorat 2017 zusammen mit dem Bund und den interessierten Produktionsbetrieben umfangreiche und anspruchsvolle Abklärungen getätigt und Vorbereitungen getroffen.

Um Exporte nach Russland und China zu ermöglichen, hat das kantonale Lebensmittelinspektorat 2017 zusammen mit dem Bund und den interessierten Produktionsbetrieben umfangreiche und anspruchsvolle Abklärungen getätigt und Vorbereitungen getroffen.

2017 hat das kantonale Lebensmittelinspektorat 18 Betriebe vorauditiert, sieben für Exporte nach China und elf für Russland. Eine Inspektion der Produktionsbetriebe durch die chinesischen Behörden, welche zufriedenstellend verlief, fand im Oktober 2017 statt. Somit sind die Weichen für St. Galler Betriebe gestellt, um Fleisch- und Milchprodukte 2018 nach China zu liefern. Eine russische Audit-Delegation wird im Jahr 2018 erwartet.

Mobiler Aussendienst im AVSV

Seit Anfang 2017 arbeiten die Inspektoren und Inspektorinnen des Amtes für Verbraucherschutz und Veterinärwesen bei den Primärproduktions- und den Lebensmittelkontrollen mit mobilen Geräten. Die Kontrollergebnisse werden nicht mehr mit Block und Bleistift erfasst, sondern auf dem Laptop.



Lebensmittelinspektor Stefan Siegmann mit seinem mobilen Büro.

Und so funktioniert der mobile Aussendienst: Vor einer Kontrolle werden aus verschiedenen Datenbanken alle verfügbaren Informationen zum Betrieb im System hinterlegt, wie beispielsweise vergangene Kontrollen, Mängel oder ergriffene Verwaltungsmassnahmen. Der Kontrolleur oder die Kontrolleurin hat somit alle Daten auf dem Notebook und ist nicht auf eine Internetverbindung angewiesen. Am Ende der Kontrolle werden die neuen Daten erfasst und der Bericht für den Betriebsverantwortlichen auf dem mobilen Drucker ausgedruckt.

Mehr als 3500 Kontrollen wurden bereits auf diese Art und Weise durchgeführt. Von den kontrollierten Betrieben sind fast ausschliesslich positive Rückmeldungen eingetroffen. Dank des mobilen Aussendienstes hat sich der Papierverbrauch merklich reduziert. Auch Portospesen für den Versand von Berichten und Rechnungen können eingespart werden.

Gesunder Austausch in St. Gallen

Mitte Mai fand die Plenarsitzung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren nach 25 Jahren wieder einmal in St. Gallen statt. Zeitgleich tagten auch Kantonsärzte, Kantonsapothekerinnen und die kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung in der Kantonshauptstadt. Die rund 160 kantonalen Entscheidungsträgerinnen und -träger aus dem Gesundheitswesen diskutierten drei Tage lang im Regierungsgebäude über aktuelle Themen. Der jährlich stattfindende Grossanlass bietet eine optimale Plattform zur Vernetzung, Information und Diskussion. Höhepunkt war die Teilnahme von Bundesrat Alain Berset am «Dialog Nationale Gesundheitspolitik».

Ausblick 2018

2018 soll im Gesundheitsdepartement das Label «Friendly Work Space» eingeführt werden. Im Kanton St. Gallen sind erst vier Firmen mit dem Label von Gesundheitsförderung Schweiz ausgezeichnet, darunter die Psychiatrie-Dienste Süd. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Aufbau des kantonalen Aktionsprogramms «gesund alt sein». Dieses Programm hat zum Ziel, die Bereiche gesunde Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit bei der älteren Bevölkerung zu stärken. Für die gleiche Zielgruppe gibt es ein Projekt zur Sturzprävention. Nach zwei erfolgreichen Pilotprojekten im Kanton St. Gallen wird in einem nächsten Schritt eine Strategie zur kantonsweiten Einführung der Sturzprävention entwickelt.

Referenzierte Schwerpunktziele:

- 2.1 Innovative Bildung und Forschung
- 2.3 Neue Arbeitswelt
- 2.4 Ganzheitliche Gesundheitsförderung
- 3.1 Demografische Entwicklung
- 4.2 Zukunftsorientierte Reformen



Gastgeberin Heidi Hanselmann, Vizepräsidentin GDK, freut sich mit Thomas Heiniger, Präsident GDK und Regierungsrat Kanton Zürich, über die erfolgreiche Veranstaltung in St. Gallen.

Neue Strategie für Internationale Bodensee Konferenz

Die Kantonsverfassung erklärt in Artikel 23 die Pflege einer aktiven grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen und mit dem Ausland als Staatsziel. Die Regierung, der die Führung der Aussenbeziehungen übertragen ist, lebte diesem Staatsziel im Jahr 2017 aktiv nach.





An der Regierungskonferenz der IBK übernahm Schaffhausen das Ruder von Liechtenstein.

Die Internationale Bodensee Konferenz (IBK) vereint als politisches Dach die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regierungen der Länder und Kantone in der Bodenseeregion. Als kooperativer Zusammenschluss dient sie dem Ziel, die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur-, Wissenschafts- und Wirtschaftsraum zu erhalten und zu fördern sowie die regionale Zusammengehörigkeit und gesellschaftliche Weiterentwicklung zu stärken.

So beginnt der Wortlaut der Präambel des neuen Leitbilds, das die IBK im Auftrag der Regierungschefs und nach einer öffentlichen Konsultation ausgearbeitet und am 15. Dezember 2017 verabschiedet hat. Damit wird die IBK nach zehn Jahren neu ausgerichtet, mit einer Fokussierung auf Prinzipien der Zusammenarbeit und längerfristige Ziele sowie mit der Betonung einer partnerschaftlichen Umsetzung mit anderen Akteuren. Konkret umfasst das neue Leitbild vier Leitsätze, die die gemeinsame Vision der IBK beschreiben und die Ansatzpunkte für die zukünftige Ausarbeitung und Umsetzung der strategischen Schwerpunkte und Projekte vorgeben.

Die vier Leitsätze lauten:

- Starker Standort für Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Innovation
- Vielfältige Raumstruktur und zukunftsfähige Verkehrsanbindung
- Einmaliger Natur- und Landschaftsraum
- Attraktive Region mit hoher Lebensqualität

Auf dieser Grundlage basiert gleichzeitig die Strategie für die Jahre 2018 bis 2022. Der Fokus wird auf die Stärkung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit gerichtet, ohne dabei die Ökologie und die Nachhaltigkeit aus den Augen zu verlieren. Als Beispiel soll an dieser Stelle der erste strategische Schwerpunkt dienen, welcher eine verstärkte Wahrnehmung der Bodenseeregion als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Lebensraum gegenüber den nationalen und internationalen Entscheidungszentren zum Ziel hat.

Für das Jahr 2018 stehen nun die Definition der strategischen Massnahmen und die Auswahl der Leuchtturmprojekte, die Anpassung der Organisation und des IBK-Statuts sowie die partnerschaftliche Umsetzung an.

Europapolitik der Schweiz aktiv mitgestalten

Für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) ist das Zusammenwirken von Bund und Kantonen von zentraler Bedeutung. Die Kantone sind von zahlreichen bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU in ihren Zuständigkeiten direkt betroffen oder aufgrund ihrer Vollzugaufgaben mitbetroffen. In den letzten Jahren hat sich die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zur wichtigsten Plattform für die Meinungsbildung zwischen den Kantonen in europapolitischen Fragestellungen entwickelt. Es ist wichtig, dass sich die Kantone frühzeitig mit europa- und ausserpolitischen Fragestellungen auseinandersetzen und ihre Stellungnahmen abgeben. Im Endeffekt geht es darum, die ausserpolitischen Entscheide breiter

abzustützen und die aussenpolitische Handlungsfähigkeit der Schweiz zu stärken.

Im Rahmen der bestehenden und allfälligen zukünftigen sektoriellen Abkommen wie auch im Rahmen der Verhandlungen über ein allfälliges institutionelles Abkommen zwischen der Schweiz und der EU ist die Frage der Regelung von wettbewerbsverzerrenden staatlichen Beihilfen seit längerer Zeit Gegenstand von Diskussionen zwischen der Schweiz und der EU. Von dieser Frage sind alle staatlichen Ebenen in der Schweiz betroffen, also Bund, Kantone und Gemeinden. Da sowohl der Bundsrat als auch die Kantonsregierungen grundsätzlich eine Konsolidierung und Vertiefung der bestehenden bilateralen sektoriellen Beziehungen mit der EU anstreben, sind die Kantone im Rahmen der KdK daran, sich vertieft mit der Frage der staatlichen Beihilfen zu befassen.

Regierungsrat Benedikt Würth ist seit März 2017 Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen und seit 16 Jahren der erste Ostschweizer Regierungsrat an deren Spitze.

Im Weiteren haben sich die Kantone im Berichtsjahr zu den verschiedenen geplanten Verordnungsänderungen zur Umsetzung der Verfassungsbestimmung zur Zuwanderung geäußert. Die Kantone erachteten die vom Bundesrat vorgelegten Entwürfe als konsequente Folge der vom Gesetzgeber beabsichtigten Umsetzung von Art. 121a BV,



EU-Botschafter Michael Matthiessen (Zweiter von links) zu Besuch in St. Gallen.

haben sich aber für eine gestaffelte Einführung der Stellenmeldepflicht ausgesprochen.

Im Dezember 2017 traf die Regierung den Botschafter der Europäischen Union (EU) für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein. Das Besuchsprogramm beinhaltete nicht nur den traditionellen Empfang im Regierungsgebäude, sondern auch eine Firmenbesichtigung und einen Austausch mit Wirtschaftsvertreterinnen und Wirtschaftsvertretern auf Einladung der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell. Wirtschaftliche Themen standen bei den Gesprächen denn auch im Vordergrund. Deshalb führte der Besuch zuerst zur FISBA AG, die optische Komponenten und Systeme herstellt und in diesem Sektor weltweit Marktführer ist.

Beim Arbeitsgespräch kamen einerseits europapolitische Entwicklungen wie die Frage der institutionellen Ausgestaltung der Beziehungen Schweiz-EU und die verfassungskonforme Umsetzung des Zuwanderungsartikels zur Sprache. Andererseits wurde die enge Verflechtung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsraums Bodensee und des Rheintals thematisiert und aufgezeigt, wie wichtig für den exportorientierten Kanton St. Gallen stabile Beziehungen zur EU sind.

Die Regierung empfängt in regelmässigen Abständen Botschafterinnen und Botschafter der benachbarten Staaten oder von Staaten, mit denen intensive wirtschaftliche Verbindungen bestehen.

Der Kanton feiert seine Ständeratspräsidentin

Am 27. November 2017 wurde Ständerätin Karin Keller-Sutter zur Präsidentin des Ständerates für die Amtsdauer 2017/2018 gewählt. Nach Erika Forster-Vannini, die den Ständerat für die Amtsdauer 2009/2010 präsidierte, stammt die Präsidentin des Ständerates erneut aus dem Kanton St. Gallen.

St. Gallen nutzte die Gelegenheit, sich am Empfang vom 29. November 2017 in Wil den Gästen aus nah und fern als offenen, attraktiven und fortschrittlichen Kanton zu präsentieren und seine Ständeratspräsidentin in einem Festakt zusammen mit der Bevölkerung in Wil zu feiern. Der Feier lag das Motto «Alles eine Frage der Perspektive» zugrunde, dessen Ausdruck einerseits das Programm, andererseits der Einsatz von diversen Drucksachen war. Dabei wurde jeweils eine Stärke oder ein überraschender Fakt des Kantons St. Gallen oder von Karin Keller-Sutter beleuchtet. Die Feierlichkeiten in Wil standen dann unter dem Motto «Die Ständeratspräsidentin. Die Karin Keller-Sutter. Die von uns, die für uns». Damit wurde dem Respekt gegenüber dem hohen Amt und der Institution



Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter hört der Rede von Bundesrat Johann Schneider-Ammann zu. Er spricht vor vollen Rängen in der Kirche St. Nikolaus in Wil.
Quelle: KEYSTONE/Gian Ehrenzeller

Ausdruck verliehen – und gleichzeitig die Verbundenheit Karin Keller-Sutters zur st. gallischen Bevölkerung und zu Wil.

Die Feierlichkeiten setzten sich aus mehreren Teilen zusammen: Am Wahltag, 27. November 2017, reiste eine Delegation aus Regierung und Familie der Gewählten nach Bern, um der Wahl beizuwohnen. Am Empfang vom 29. November 2017 führte der Exrazug die Gäste zuerst nach Rapperswil-Jona, wo nach einem kurzen Halt die Fahrt über das Toggenburg weiter nach Wil ging. Nach dem Empfang am Bahnhof Wil und dem rund einstündigen öffentlichen Festakt in der katholischen Kirche

St. Nikolaus hatte die Wiler Bevölkerung die Gelegenheit, mit Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter anzustossen und einen Apéro riche zu geniessen. Danach begleiteten Ehrengäste, Vereinsdelegationen, Schulklassen, Musikformationen und die Wiler Stadtbevölkerung die Ständeratspräsidentin zum Stadtsaal Wil, wo das Bankett für die Ehrengäste stattfand.

Mit der Feier hat der Kanton St. Gallen den Gepflogenheiten auf eidgenössischer Ebene entsprochen, wonach der Herkunftskanton zusammen mit der Wohngemeinde der Gefeierten eine Feier in passendem Rahmen organisiert.



Die Einladungskarte für die Feier zur Wahl von Karin Keller-Sutter zur Ständeratspräsidentin



Lokale KMU haben für die Feier spezielle Esswaren hergestellt.



Regierungscontrolling

Das Controlling stellt relevante Informationen für eine wirksame und effiziente Steuerung von Verfahren und Prozessen bereit und trägt so zur bestmöglichen Zielerreichung der Staats-tätigkeit bei. Zu diesem Zweck wird der Stand der Umsetzung der strategischen Ziele der Schwerpunktplanung 2017–2027 dargestellt. Das Projektportfolio und die Übersicht über die Gesetzesvorhaben erhöhen die Transparenz und verbessern die Koordination.



Monitoring zu den strategischen Zielen der Schwerpunktplanung

Mit der Schwerpunktplanung 2017–2027 legte die Regierung die Akzente für die kommenden Jahre fest. Vier Schwerpunkte und zwölf strategische Ziele zeigen auf, welche Themen fokussiert angegangen werden sollen. Die Berichterstattung dazu beinhaltet die Leistungen der Departemente – also die Tätigkeiten und Massnahmen – sowie ein indikatorenbasiertes Monitoring, das die Wirkungen aufzeigt. Die Indikatoren stammen grösstenteils aus dem Staatszielmonitoring (SZM) und können online eingesehen werden (www.statistik.sg.ch › Themenübergreifendes › Staatszielmonitoring). Je strategisches Ziel wird ein Indikator grafisch dargestellt und erläutert.

1 Strukturen optimieren

1.1 Strategisches Ziel «Funktionale Räume»

«Der Kanton St. Gallen erfüllt seine Aufgaben in Abstimmung mit den Gemeinden, den Regionen und den Nachbarn effizient in funktionalen Räumen. Die von der Bevölkerung im Alltag wahrgenommenen Auswirkungen von Gebietsgrenzen sind klein.»

Leistungen der Departemente

Mit dem Kanton Appenzell Ausserrhoden wurde eine interkantonale Vereinbarung über die gegenseitige Stellvertretung der Bereitschaftsdienste für Schadenfälle mit Umweltfolgen abgeschlossen. Die Agglomerationsprogramme der dritten Generation wurden weitergeführt, mit Fokus auf Planung und Umsetzung von Einzelprojekten. Sodann wurde der Teil «Siedlungen» des Richtplans an die Anforderungen des revidierten Raumplanungsgesetzes angepasst und vom Bundesrat genehmigt. Die Regierung erteilte den Projekt-auftrag zur Überarbeitung des Teils «Verkehr». Einen Überblick über die Planung in funktionalen Räumen im

Kanton St. Gallen gibt der veröffentlichte Themenbericht 11 der Raumbewertung St. Gallen. Schliesslich stimmten die Gemeinden Marbach und Rebstein 2016 der Einleitung eines Vereinigungsverfahrens zu, das vom Kanton unterstützt wird.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Das Ausmass der Pendlerbewegungen gibt Hinweise auf die Verteilung der Arbeits- und Ausbildungsplätze im Verhältnis zu den Wohnstandorten. Im Vergleich zur Jahrtausendwende sind die Pendlerströme in allen untersuchten Ortschaften zum Teil deutlich angestiegen. Einen positiven Pendlersaldo (Arbeitsort) weisen St. Gallen, Wil und Gossau auf. In Rapperswil-Jona und Buchs überwiegen die Wegpendler (Wohnort).

Weitere Indikatoren

- Fahrzeit mit dem motorisierten Individualverkehr zum Zentrum der Metropolregion Zürich ([SZM «Verkehr»](#))
- Zahl der politischen Gemeinden und Spezialgemeinden ([SZM «Raumplanung»](#))

St. Galler Gemeinden mit den grössten Pendlerströmen von Erwerbstätigen



1.2 Strategisches Ziel «Zukunftsfähige Infrastruktur»

«Der Kanton St. Gallen verfügt über eine bedarfsgerechte, zukunftsfähige und moderne Infrastruktur. Diese ermöglicht der Bevölkerung die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.»

Leistungen der Departemente

Die Gesamtverkehrsstrategie Kanton St. Gallen (GVS SG) wurde von der Regierung verabschiedet und ist Grundlage für die Gesamtüberarbeitung des kantonalen Richtplans (Teil «Verkehr»), des 17. Strassenbauprogramms (2019–2023) und des 6. öV-Programms (2019–2023). Mit der GVS SG soll die Entwicklung des öffentlichen und des privaten Verkehrs optimal aufeinander abgestimmt werden. Das Hochbautenprogramm 2017 als zentrales strategisches Planungsinstrument gibt den Einsatz der verfügbaren Mittel im priorisierten Zeitraum vor. Für die Erneuerung und Erweiterung des Theaters St. Gallen wurde das Bauprojekt

vom Kantonsrat genehmigt. Das ausgearbeitete Bauprojekt für die Erweiterung des Regionalgefängnisses Altstätten ist Voraussetzung für die Schliessung von vier kleinen Gefängnissen zu Gunsten eines modernen grossen Gefängnisses.

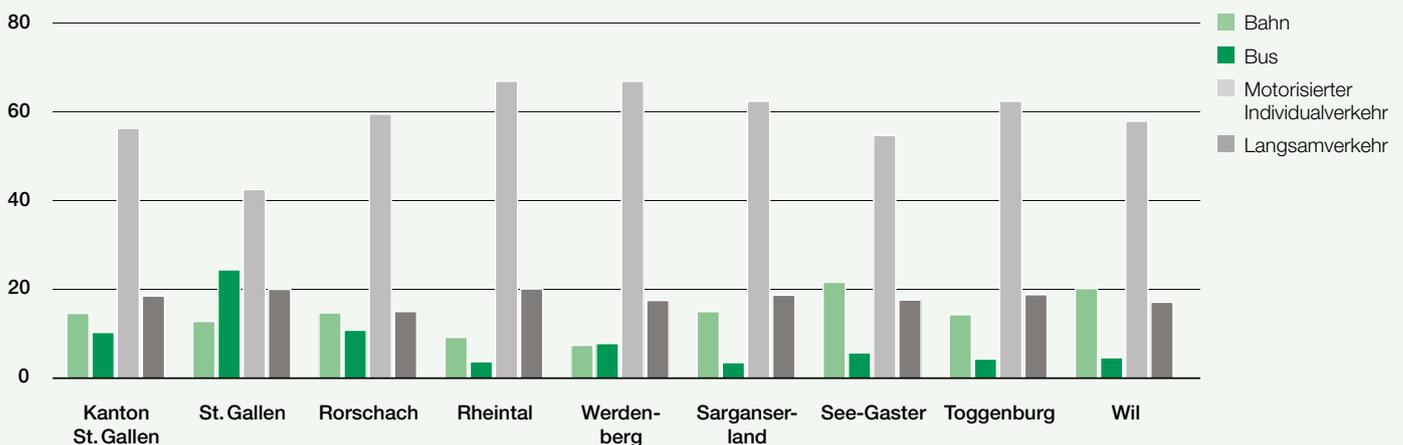
Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Der motorisierte Individualverkehr ist nach wie vor in allen Regionen das am meisten verwendete Verkehrsmittel der Pendelnden. Mit 42,5 Prozent liegt dieser Wert im Wahlkreis St. Gallen am tiefsten, mit 66,9 Prozent im Rheintal und im Werdenberg am höchsten.

Weitere Indikatoren

- Fahrzeit mit dem motorisierten Individualverkehr zum Zentrum der Metropolitanregion Zürich ([SZM «Verkehr»](#))
- Durchschnittliche Luftdistanz vom Wohnort zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Verkehrs in Metern ([SZM «Verkehr»](#))

Anteil des öffentlichen Verkehrs bei der Wahl des Hauptverkehrsmittels von Pendelnden (2013–2015)



2 Ressourcen entfalten

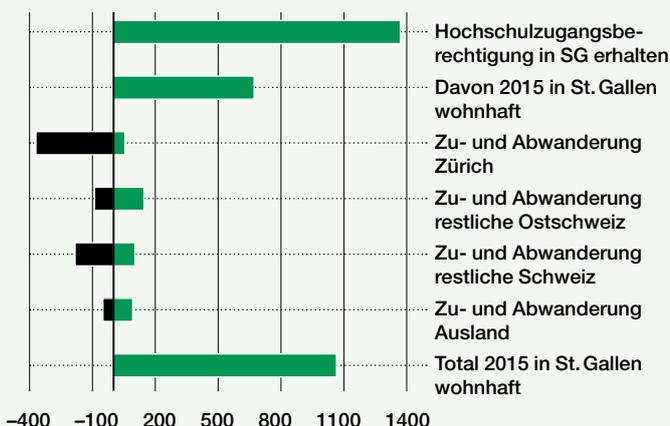
2.1 Strategisches Ziel «Innovative Bildung und Forschung»

«Der Kanton St. Gallen verfügt über herausragende, breit vernetzte und innovative Bildungs-, Wissens- und Forschungsinstitutionen, die mit der Wirtschaft eng verflochten sind und die benötigten Fachkräfte ausbilden.»

Leistungen der Departemente

Die Vorlage zur IT-Bildungsoffensive wurde erarbeitet und gelangt 2018 in den Kantonsrat. An den Kantonsschulen am Brühl St. Gallen und Sargans sowie am BWZ Rapperswil wurde die Informatikmittelschule gestartet und an den Fachmittelschulen das Berufsfeld «Kommunikation und Information» neu eingeführt. Der Kantonsrat nahm Kenntnis vom Bericht mit Vorschlägen für zeitgemässe Strukturen zugunsten einer erfolgreichen Positionierung der Fachhochschulen in der Ostschweiz und genehmigte den VI. Nachtrag zum Universitätsgesetz als Basis der neuen Medizinausbildung (Joint Medical Master). Der Lehrplan Volksschule ist seit dem Schuljahr 2017/2018 auf allen Schulstufen in Vollzug. Im Projekt Neue Bibliothek St. Gallen sind die Standortabklärungen weit fortgeschritten, und das Stiftsarchiv hat den Band 110 der Chartae Latinae Antiquiores der frühen St. Galler Urkunden abgeschlossen.

Braindrain und Braingain: Wo Hochschulabsolventen/-innen fünf Jahre nach Studienabschluss wohnen (Abschlussjahrgang 2010, Situation 2015)



Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Braindrain bezeichnet die Abwanderung von Hochschulabsolventen/-innen nach ihrem Studienabschluss. Von den rund 1400 Personen, die im Jahr 2010 ihren Studienabschluss absolvierten und vorher die Matura im Kanton St. Gallen erlangt hatten, war 2015 nur noch rund die Hälfte im Kanton St. Gallen wohnhaft. Mehr als die Hälfte der Abgewanderten ist in den Kanton Zürich umgezogen. Demgegenüber stehen rund 390 zugewanderte Personen, die vornehmlich aus den umliegenden Ostschweizer Kantonen zugewandert sind. Netto verlor der Kanton somit rund ein Viertel der Hochschulabsolventen/-innen.

Weitere Indikatoren

- Schwierigkeiten bei der Suche nach Fachkräften ([SZM «Wirtschaft und Arbeit»](#))
- Höchste abgeschlossene Ausbildung der 25–64-Jährigen ([SZM «Bildung»](#))
- Reales Wirtschaftswachstum pro Kopf ([bfs.admin.ch](#))

2.2 Strategisches Ziel «Widerstandsfähige Ökosysteme»

«Der Kanton St. Gallen verfügt über widerstandsfähige Ökosysteme, die sich den Klimaveränderungen anzupassen vermögen. Die Biodiversität ist reichhaltig.»

Leistungen der Departemente

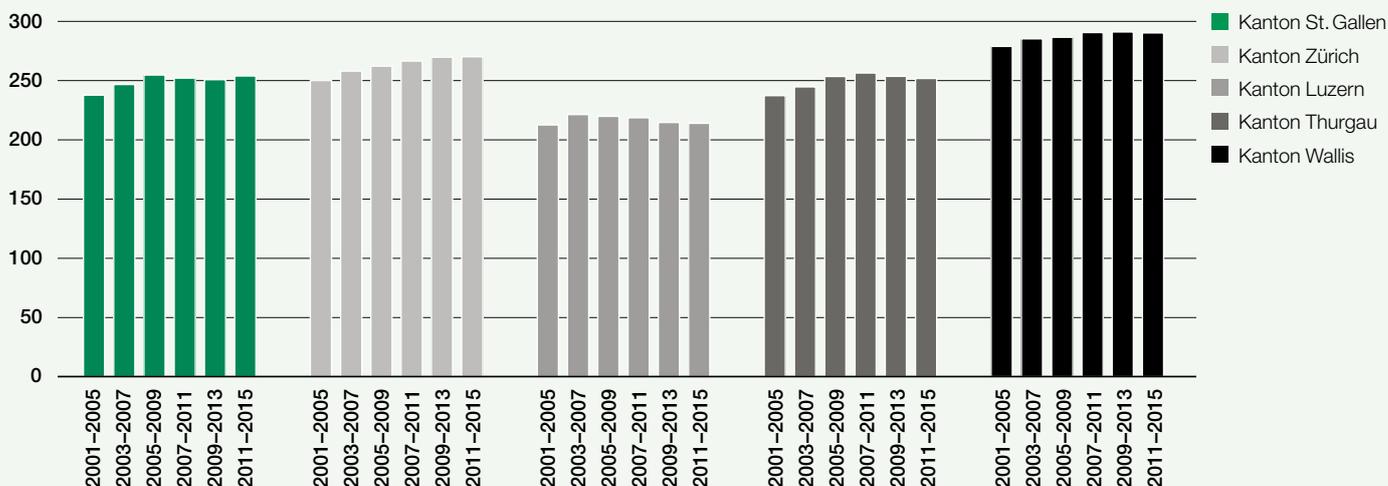
Die von der Regierung verabschiedete Biodiversitätsstrategie St. Gallen soll massgeblich dazu beitragen, die biologische Vielfalt im Kanton zu erhalten und damit eine hohe Lebens- und Umweltqualität sowie widerstandsfähige Ökosysteme als bedeutenden Standortfaktor sicherzustellen. Um die Ziele des Klimaschutzübereinkommens von Paris in der Schweiz zu erreichen, müssen vermehrt bestehende Gebäude einen Beitrag leisten. Die gesetzliche Grundlage dafür soll im Rahmen des VI. Nachtrags zum kantonalen Energiegesetz geschaffen werden.

Ein Projekt zur Erarbeitung einer kantonalen Strategie zur vorausschauenden Reaktion auf die Auswirkungen des Klimawandels wird 2018 gestartet. Ebenso läuft derzeit die Defizitanalyse der Gefährdungs- und Risikoanalyse St. Gallen.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Pflanzen stehen als Primärproduzent an der Basis vieler Nahrungsketten. Kommen viele verschiedene Gefässpflanzen vor, dann können auch viele Konsumenten vorkommen. Entsprechend kann eine hohe Pflanzenartenvielfalt stellvertretend für eine insgesamt hohe Biodiversität angesehen werden. Im Kanton St. Gallen ist die Zahl der Gefässpflanzenarten seit der Jahrtausendwende tendenziell steigend.

Biodiversität: Gefässpflanzenarten je Quadratkilometer



Weitere Indikatoren

- Anteil geschützter Naturflächen in Prozent der Kantonsfläche ([SZM «Natürliche Lebensräume»](#))
- Nitratkonzentration im Grundwasser ([SZM «Umweltschutz»](#))
- Stickstoffdioxid (NO₂) in der Luft 2005–2015, Ausgewählte Messstandorte im Kanton St. Gallen ([SZM «Umweltschutz»](#))

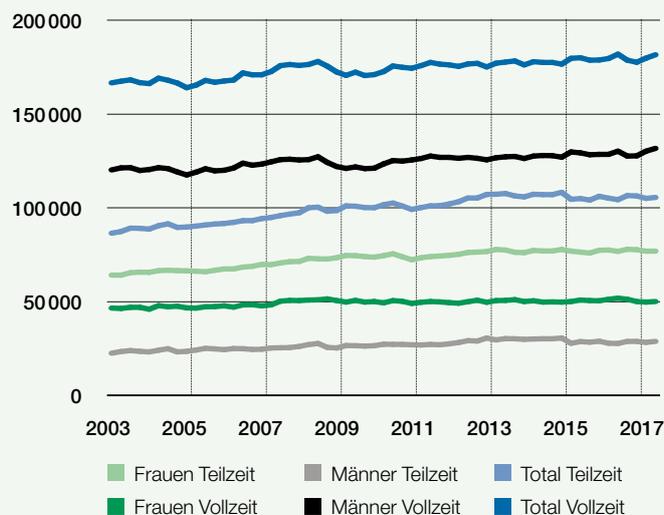
2.3 Strategisches Ziel «Neue Arbeitswelt»

«Der Kanton St. Gallen schafft Rahmenbedingungen für neue, flexible und individuelle Arbeitsmodelle und nimmt als grösster Arbeitgeber im Kanton diesbezüglich eine Vorbildrolle ein. Im Kanton St. Gallen ist die soziale Sicherheit für alle gewährleistet. Das Arbeitskräftepotenzial wird ausgeschöpft, die Arbeitslosigkeit sowie die Sozialhilfequote sind tief und das Sozialsystem langfristig finanzierbar.»

Leistungen der Departemente

Zur Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels wurden verschiedene Massnahmen ergriffen, darunter ein Teillohnmodell, eine Informationsplattform für den Wiedereinstieg von Frauen und ein Betreuungsangebot. Der IV. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz wurde verabschiedet, um damit die Solidarität zwischen den Gemeinden zu stärken und den Vollzug zu vereinheitlichen. In verschiedenen Bereichen (Personal, Informatik, Infrastruktur) laufen derzeit Abklärungen und konzeptionelle Vorarbeiten, um dieses Element der Schwerpunktplanung aktiv anzugehen. So hat die Regierung der künftigen strategischen Steuerung der Büroarbeitsplatz- und Büroorganisationsentwicklung grundsätzlich zugestimmt. Nun werden konkrete Vorschläge erarbeitet.

Beschäftigungsgrad der Beschäftigten in Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen (Quartalswerte 1. Quartal 2001 bis 3. Quartal 2017)



Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Die Zahl der Beschäftigten im Kanton St. Gallen stieg seit 2003 um rund 34 000 an. Davon sind rund 19 000 Teilzeitbeschäftigte und lediglich 15 000 Vollzeitstellen. Rund zwei Drittel der zusätzlichen Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Während rund 60 Prozent der Frauen Teilzeit arbeiten, beträgt der Anteil bei den Männern lediglich rund 18 Prozent.

Weitere Indikatoren

- Sozialhilfequote der Gesamtbevölkerung ([SZM «Soziale Sicherheit»](#))
- Arbeitszeitmodelle der Beschäftigten der kantonalen Verwaltung ([SZM «Wirtschaft und Arbeit»](#))
- Anteil Steuerpflichtige mit niedrigem Einkommen ([SZM «Soziale Sicherheit»](#))

2.4 Strategisches Ziel «Ganzheitliche Gesundheitsförderung»

«Der Kanton St. Gallen sorgt für Rahmenbedingungen, die einen gesundheitsfördernden Lebensstil begünstigen und soziale Ungleichheiten in Bezug auf die Gesundheit verhindern. Die Gesundheitskosten sind vergleichsweise moderat sowie langfristig finanzierbar und mehr Menschen sind gesund oder haben trotz chronischer Krankheiten eine hohe Lebensqualität.»

Leistungen der Departemente

Die Vorbereitungen zur Umsetzung der Kantonalen Aktionsprogramme (KAP) «Alter» und «Psychische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen» sind angelaufen. Weitere Programme (KAP «Ernährung und Bewegung», Tabakprävention, Mammografie-Screening, Interreg-Programm «Kinder im seelischen Gleichgewicht», HPV-Impfung) wurden planmässig weitergeführt. Die Kampagne «Alles im grünen Bereich» wurde mit dem Ostschweizer Forum psychische Gesundheit und dem Forum BGM Ostschweiz lanciert. Gemeinden wurden beraten bezüglich Aufbau von gesundheitsfördernden Strukturen, und die von der Regierung beauftragte kantonale interdepartementale Arbeitsgruppe zur Förderung der strukturellen Bewegungsförderung wurde etabliert. Die Regierung verabschiedete das neue Suchtpräventionskonzept, das einen mehrjährigen «Aktionsplan Suchtprävention» für eine bessere Vernetzung und Koordination regionaler und kantonaler Akteure vorschlägt. Weiter wurde ein regionales Netzwerk zum Thema postpartale Depression gebildet.

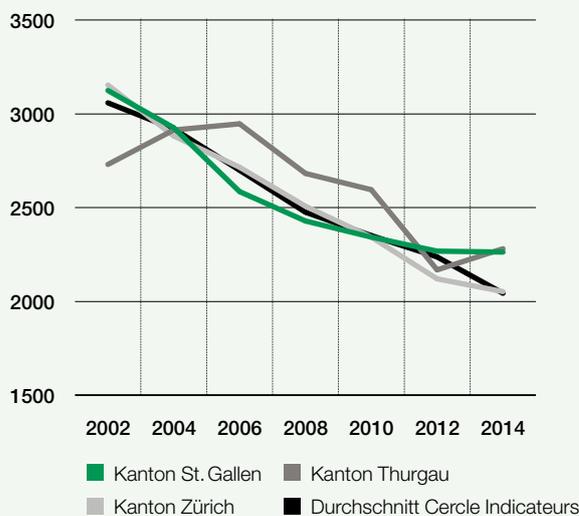
Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Für alle Todesfälle unter 70 Jahren wird die Summe der Differenzen zwischen dem Alter 70 und dem Alter, in dem die jeweiligen Personen verstorben sind, berechnet und anschliessend durch die Einwohnerzahl von 100 000 Einwohner/innen (ständige Wohnbevölkerung) geteilt. Der Indikator zeigt damit die durchschnittliche frühzeitige Sterblichkeit und damit potenziell verlorene Lebensjahre an. Zwischen 2002 und 2014 ist dieser Wert im Kanton St. Gallen – wie in den anderen am Cercle Indicateurs teilnehmenden Kantone – zurückgegangen. Die frühzeitige Sterblichkeit hat also durchschnittlich abgenommen. Anders als im Durchschnitt stagnierte aber die Entwicklung im Kanton St. Gallen zwischen 2012 und 2014.

Weitere Indikatoren

- Spitalaufenthalte nach Geschlecht und Altersklasse
(SZM «Gesundheit»)
- Krankenpflegekosten je versicherte Person
(SZM «Gesundheit»)
- Suizidrate: Anzahl Suizide je 10 000 Personen der ständigen Wohnbevölkerung
(SZM «Gesundheit»)

Potenziell verlorene Lebensjahre durch Todesfälle vor Alter 70 je 100 000 Einwohner/-innen



3 Sozialen Frieden sichern

3.1 Strategisches Ziel «Demografische Entwicklung»

«Im Kanton St. Gallen wird Generationensolidarität gelebt: Junge Menschen haben eine gute Perspektive, die ältere Generation kann sich aktiv in Gesellschaft und Wirtschaft einbringen. Der Anteil der verschiedenen Altersgruppen an der Bevölkerung ist ausgewogen.»

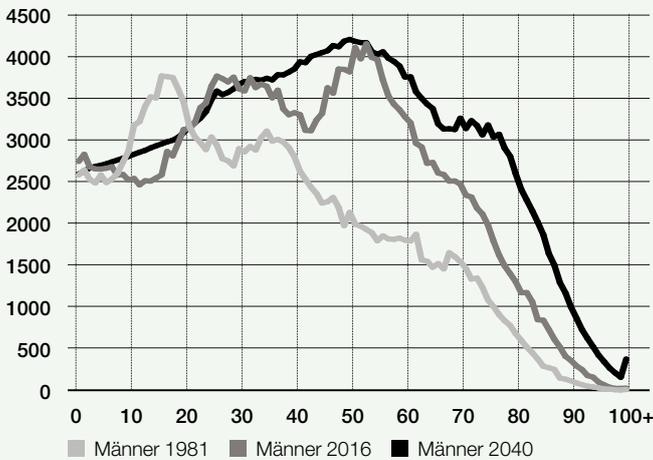
Leistungen der Departemente

Im Rahmen des Planungsberichts für Alters- und Betagtenheime wurde ein neues Planungsmodell entwickelt, das ein bedarfsgerechtes Angebot an Pflegeheimplätzen im ganzen Kanton sichert. Damit zwei Hospizangebote im Kanton ihre Arbeit verzögerungsfrei aufnehmen konnten, wurde eine Übergangsförderung durch einen Kantonsratsbeschluss (KRB über Beiträge an Sterbehospiz-Einrichtungen) geregelt. Im Rahmen des V. Nachtrags zum Sozialhilfegesetz wird im kommenden Jahr die Finanzierung langfristig gesichert. Die Umsetzung des Programms Kinder- und Jugendpolitik (2016–2018) legte in diesem Jahr den Schwerpunkt auf die Kinderrechte. Im Rahmen des Projekts «Umsetzungsagenda Finanzperspektiven» wurden Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die steigenden Kosten der Ergänzungsleistungen analysiert.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Die Altersstruktur der Bevölkerung hat sich seit 1981 massiv verändert. Die Babyboomer erreichen demnächst das Pensionsalter, während die Zahl der unter 20-Jährigen zurückgeht. Für 2040 kann insbesondere von einer starken Zunahme der Generation 60plus ausgegangen werden.

Altersstruktur (Anzahl Männer des jeweiligen Alters; 1981, 2016, 2040 gemäss Szenario)



Altersstruktur (Anzahl Frauen des jeweiligen Alters; 1981, 2016, 2040 gemäss Szenario)



Weitere Indikatoren

- Interkantonaler Wanderungssaldo nach Alter, Kanton St. Gallen von 2011–2016
 ([SZM «Bevölkerung»](#))
- Anteil der 16–25-Jährigen mit keiner höheren Bildung als Sekundarschule und ohne laufende Ausbildung
 ([SZM «Bildung»](#))
- Alters- und Jugendquotient
 ([SZM «Bevölkerung»](#))

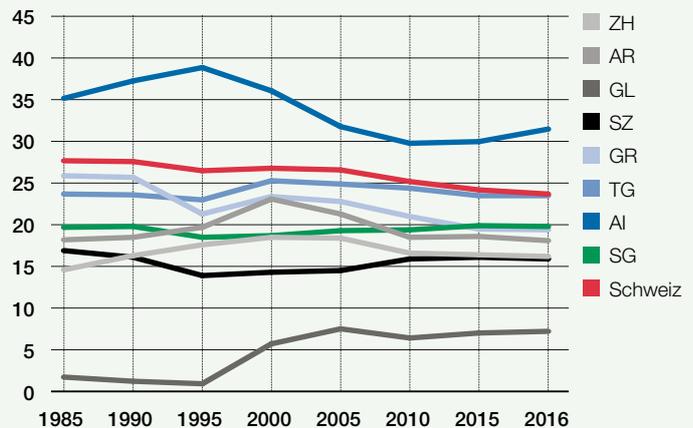
3.2 Strategisches Ziel «Gesellschaftliche Vielfalt und Integrität»

«Im Kanton St. Gallen gestalten die Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Lebensentwürfen gemeinsam die Gesellschaft in wohlwollender Offenheit und gegenseitiger Anerkennung. Einheimische und Zuziehende fühlen sich wohl.»

Leistungen der Departemente

Mit dem Bund wurde ein neues kantonales Integrationsprogramm (KIP II) für die Jahre 2018–2021 abgeschlossen. Dieses ist Voraussetzung für den Bezug der entsprechenden Bundesgelder. Um die Erwerbsquote von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen zu erhöhen, steht nun mit dem Konzept «Teillohnmodell» ein neues Instrument zur Arbeitsmarktintegration zur Verfügung. Zudem wurde der Prozess der Refinanzierung der von den Gemeinden durchgeführten Integrationsmassnahmen durch den Kanton vereinfacht. Der Wirkungsbericht zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, zu dem die Vernehmlassung durchgeführt wurde, zeigt Optimierungspotenzial im jetzigen System auf. Dieses wird im Rahmen eines II. Nachtrags zum Einföhrungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht dem Kantonsrat vorgelegt. Im Bereich des interreligiösen Dialogs wurden 2017 u.a. die Interreligiöse Dialog- und Aktionswoche durchgeführt, die St. Galler Konferenz für Fragen von Religion und Staat mit einem ersten öffentlichen Anlass etabliert sowie ein neues Gesetz über die Religionsgemeinschaften erarbeitet.

Ausmass der Ungleichverteilung der ausländischen Staatsangehörigen auf die Gemeinden (Segregationsindex) (in %)



Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Die (un-)gleichmässige Verteilung der ausländischen Staatsangehörigen auf die Gemeinden eines Kantons wird hier mittels Segregationsindex ausgewiesen. Je tiefer der Wert, desto gleichmässiger verteilen sich ausländische und

einheimische Personen auf die verschiedenen Gemeinden; je höher der Wert, desto stärker ist die Konzentration ausländischer Personen auf einzelne Gemeinden. Der Segregationsindex des Kantons St. Gallen liegt deutlich unter dem Durchschnitt der Schweizer Kantone und ist im Vergleich zu 1985 praktisch unverändert, während der Index der Schweiz kontinuierlich gesunken ist.

Weitere Indikatoren

- Anzahl Einbürgerungen und rohe Einbürgerungsziffer des Kantons St. Gallen
(SZM «Soziale Integration»)
- Anteil der über 14-jährigen Personen ohne Verwendung der deutschen Sprache zu Hause oder bei der Arbeit/Ausbildung
(SZM «Soziale Integration»)
- Anteil verheirateter Paare mit schweizerischer und ausländischer Staatsbürgerschaft
(SZM «Soziale Integration»)

3.3 Strategisches Ziel «Identitätsstiftende Kultur und Gemeinwohlorientierung»

«Im Kanton St. Gallen existiert ein vielfältiges, angemessenes und identitätsstiftendes kulturelles Angebot; das kulturelle Erbe wird erhalten. Die gemeinsame Identität der Bevölkerung zeigt sich an der Beteiligung im politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess sowie den gesellschaftlichen Engagement.»

Leistungen der Departemente

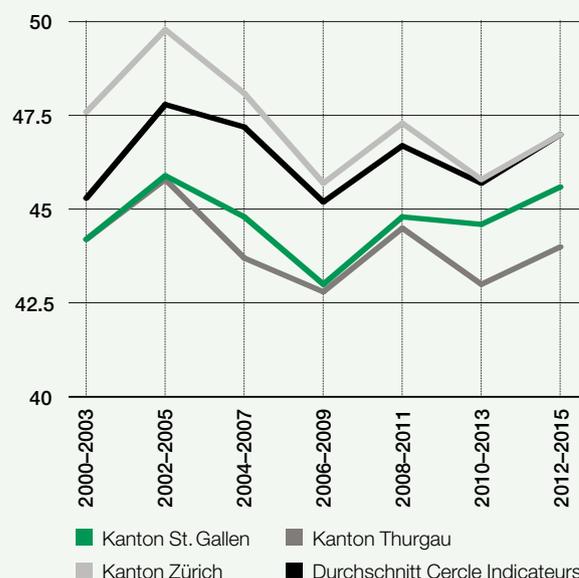
Das Kulturförderungs- und das Kulturerbe-gesetz wurden verabschiedet und 2018 in Vollzug gesetzt. Sie stärken und fördern ein vielfältiges kulturelles Schaffen und Angebote in allen Regionen sowie Schutz, Pflege und Vermittlung des kulturellen Erbes. Neu kann auch bewegliches kantonales Kulturerbe durch Schutzmassnahmen erhalten werden. Die Bestände des Stiftsarchivs wurden in das Register «Memory of the World» der UNESCO aufgenommen. Für die im Frühjahr 2019 vorgesehene Eröffnung des neuen Ausstellungssaals am Klosterhof wurden intensive Vorarbeiten geleistet. Im neuen Angebot sollen die grössten Schätze aus dem Stiftsarchiv sowie der St. Galler Klosterplan aus der Stiftsbibliothek der Öffentlichkeit präsentiert werden.

In Gemeinden wurden zahlreiche partizipative Prozesse zur Förderung von Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensqualität der Bevölkerung unterstützt (z.B. Eröffnung Familienzentrum Toggenburg, Zukunftskonferenz in Berg SG, Verbesserung Spiel- und Pausenplätze in Rapperswil-Jona).

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Die Stimm- und Wahlbeteiligung im Kanton St. Gallen liegt unter dem Durchschnitt der Kantone des Cercle Indicateurs, jedoch leicht höher als im Kanton Thurgau. Gesamtschwei-

Stimm- und Wahlbeteiligung an eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen (in %)



zerisch zeigt sich ein Trend zu einer leicht höheren Beteiligung, die jedoch auf sehr unterschiedliche Faktoren zurückgeführt werden kann. Nach wie vor beteiligt sich nicht einmal jede zweite stimmberechtigte Person bei Wahlen und Abstimmungen.

3.4 Strategisches Ziel «Umfassende Sicherheit»

«Im Kanton St. Gallen besteht ein funktionierendes Sicherheits- und Justizsystem. Die Bevölkerung und die Unternehmen bewegen sich in der realen und virtuellen Welt frei und sicher.»

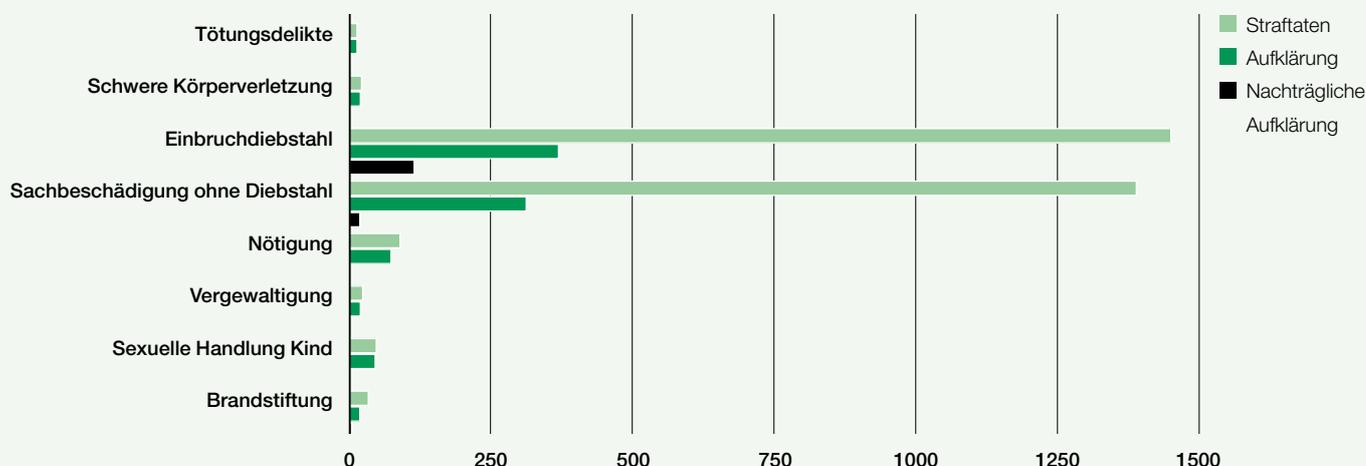
Leistungen der Departemente

Die Kantonspolizei hat in der Polizeiregion Bodensee-Rheintal mit dem Ausbau der Mobilien Polizei seit Juli 2017 zu einer agiler operierenden und sichtbarer Polizei beigetragen. Im Justizvollzug wurde der zeitgerechte und konsequente Vollzug der ausgefallenen Sanktionen nach dem Arbeitsmodell des risikoorientierten Sanktionenvollzugs umgesetzt. Zugunsten des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung wurden Straftäter rasch und konsequent verfolgt und bestraft; über 90 Prozent der eingegangenen Strafanzeigen wurden innert Jahresfrist erledigt. Mit der Lancierung des Projekts «Cybercrime Unit» soll die Internetkriminalität wirkungsvoller bekämpft werden.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist einerseits abhängig davon, wie viele (schwere) Straftaten begangen werden, und andererseits, wie hoch die Aufklärungsquote bei Straftaten generell ist. Eine geringe Aufklärungsquote besteht bei Sachbeschädigungen ohne Diebstahl sowie bei

Auswahl einzelner Straftaten des StGB gemäss Aufklärung, inkl. nachträglicher Aufklärung, Kanton St. Gallen (2016)



Einbruchdiebstahl. Fast lückenlos ist hingegen die Aufklärung bei schwerer Körperverletzung, Tötungsdelikten und Sexualdelikten. Solche Straftaten können meistens aufgeklärt werden und führen zur entsprechenden Bestrafung der Täterschaft.

Weitere Indikatoren

- Anzahl der von Polizeiorganen registrierten bzw. bei diesen angezeigten schweren Gewaltstraftaten je 100 000 Einwohner/-innen
[\(SZM «Sicherheit und Ordnung»\)](#)
- Strassenverkehrsunfälle mit Personenschäden je 1000 Einwohnende
[\(SZM «Sicherheit und Ordnung»\)](#)

4 Zukunft proaktiv gestalten

4.1 Strategisches Ziel

«Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung»

«Im Kanton St. Gallen besteht ein Umfeld, in dem die Chancen der Digitalisierung genutzt werden. Daraus fließende Effizienzgewinne werden realisiert und die Wertschöpfung gesteigert. Die Arbeitskräfte werden befähigt, sich in neuen Aufgaben und Tätigkeitsfeldern zu betätigen.»

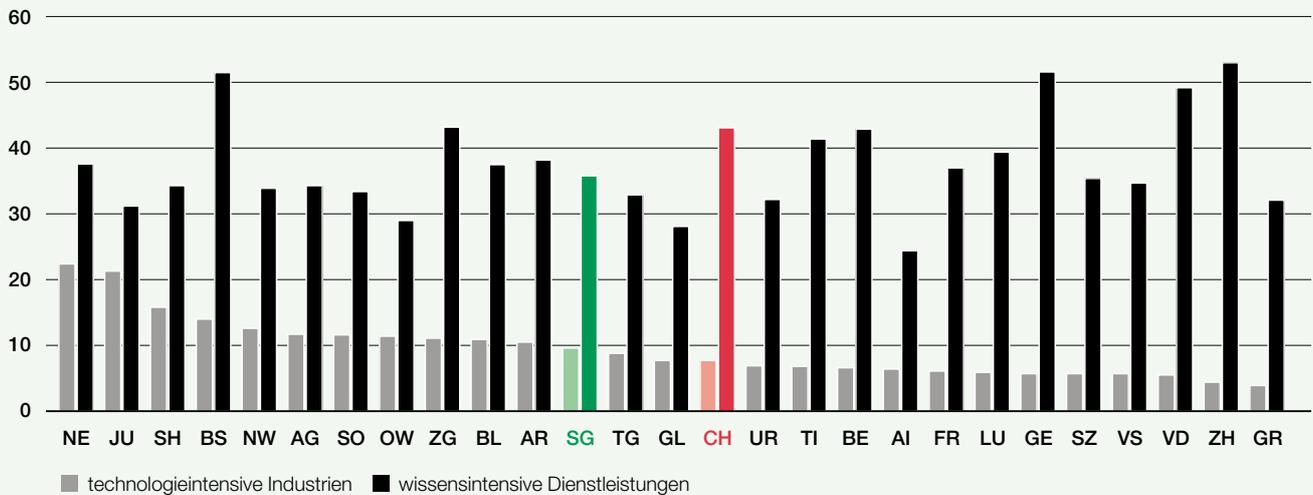
Leistungen der Departemente

Diese Stossrichtung wird im Rahmen der Umsetzung der IT-Strategie 2016 aktiv angegangen. Die Regierung hat zusammen mit dem E-Government-Kooperationsgremium und dem Vorstand der VSGP das «IT-Reformpaket 2019» definiert. Es beabsichtigt die Erarbeitung eines E-Government- und eines Geoinformationsgesetzes sowie die Errichtung einer E-Government-Organisation als selbständig öffentlich-rechtliche Anstalt. Anlässlich der Volksabstimmung vom 24. September 2017 wurde E-Voting für die St. Galler Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer wiedereingeführt sowie erstmals für die Stimmberechtigten in ausgewählten St. Galler Gemeinden angeboten. Der Digitale Lesesaal, das gemeinsame Projekt des Staatsarchives St. Gallen und des Staatsarchives Basel-Stadt, wurde weiterentwickelt und geht 2018 online. Die Kantonspolizei hat den Einsatz von Applikationen (Apps) vorangetrieben, und das Strassenverkehrsamt hat diverse neue E-Government-Dienste eingeführt.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Der Beschäftigungsanteil technologieintensiver Branchen im Kanton St. Gallen ist im interkantonalen Vergleich leicht überdurchschnittlich. Mit einem Anteil von 35,8 Prozent liegt der Kanton beim Anteil wissensintensiver Dienstleistungen zwar auf dem 13. Platz im Kantonsrating, allerdings mit einem um 7,3 Prozentpunkte tieferen Anteil als der

Beschäftigungsanteil technologieintensiver und wissensintensiver Branchen 2015 (in %)



Schweizer Durchschnitt, der insbesondere von den Kantonen Zürich, Genf, Basel-Stadt und der Waadt nach oben gedrückt wird.

Weitere Indikatoren

- Beschäftigungsentwicklung in Industrie/Gewerbe und Dienstleistungen (Index, ohne Land-/Forstwirtschaft) ([SZM «Wirtschaft und Arbeit»](#))
- Arbeitsplatzdichte ([SZM «Wirtschaft und Arbeit»](#))
- Anzahl in neu gegründeten Unternehmen geschaffene Arbeitsplätze ([SZM «Wirtschaft und Arbeit»](#))

4.2 Strategisches Ziel

«Zukunftsorientierte Reformen»

«Der Kanton St. Gallen packt Reformen zukunftsorientiert an und optimiert laufend seine Prozesse und Strukturen. Die finanzielle Lage des Kantons entwickelt sich positiv, die Staatsquote bleibt stabil und die Steuerkraft wird gestärkt.»

Leistungen der Departemente

Mit der Lancierung des Projekts «Umsetzungsagenda Finanzperspektiven» verfolgt die Regierung das Ziel, den Finanzhaushalt und insbesondere die Entwicklung der Staatsbeiträge zu stabilisieren. Bis im Jahr 2020 soll eine Entlastung von jährlich 30 Mio. Franken erreicht werden. Weiter genehmigte die Regierung die Strategie der Staatsverwaltung. Im Rahmen der Umsetzung sollen Prozesse und Strukturen optimiert, Führungskräfte und Mitarbeitende gezielt gefördert sowie die Zusammenarbeit und die Vernetzung innerhalb der Verwaltung gestärkt werden.

Im Bereich der Führungsstruktur von kantonalen Berufsfachschulen wurden Vorschläge erarbeitet. Zudem wurde der Bericht mit Vorschlägen für zeitgemässe Strukturen für eine erfolgreiche Positionierung der Fachhochschulen in der Ostschweiz im Kantonsrat beraten.

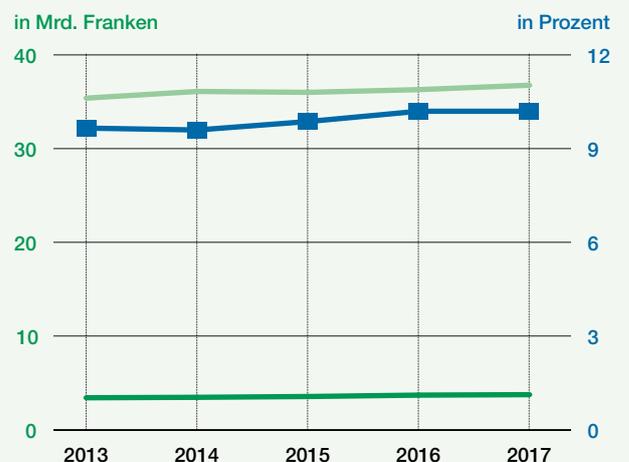
Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Um eine stabile Staatsquote zu erreichen, muss die Wirtschaftsleistung des Kantons (BIP) Schritt halten mit den bereinigten Staatsausgaben. Seit 2013 ist die Staatsquote von 9,67 Prozent auf 10,21 Prozent angestiegen, wobei für das Bruttoinlandprodukt des Kantons St. Gallen für die Jahre 2015–2017 erst Schätzungen vorliegen.

Weitere Indikatoren

- Kantonale Steuerbelastung: Index der Steueraussschöpfung ([SZM «Finanzen»](#))
- Steuerkraft Kanton St. Gallen (statistik.sg.ch)

Staatsquote



- BIP: in Mrd. Franken, BfS 2018 (2015, 2016: Prognosewerte BfS, 2017: Prognosewerte SECO)
- Ausgaben: in Mrd. Franken, Rechnung Kanton St. Gallen
- Staatsquote in Prozent

Projektportfolio

Im Projektportfolio der Regierung werden die im Jahr 2017 laufenden oder fertiggestellten Projekte aufgeführt. Das Projektportfolio gibt Auskunft über die Projektbezeichnung, das federführende und die mitwirkenden Departemente sowie deren Beanspruchung. Darüber hinaus werden auf der Basis eines Soll-Ist-Vergleichs Angaben zu Projektbeginn und -ende sowie zu den externen Kosten und zur Qualität der Projektumsetzung gemacht. Erneut werden die Projekte aus dem Hochbautenprogramm gesondert ausgewiesen. Dies ermöglicht spezifische Hinweise gemäss dem neuen Immobilienmanagement und zeigt den aktuellen Projektstatus sowie die zeitliche Änderung des Projektstatus auf.

Die untenstehende Tabelle 1 zeigt, dass im letzten Jahr 60 von der Regierung in Auftrag gegebene Projekte in Arbeit waren. Dabei wurde das Projektportfolio nochmals leicht bereinigt und alle Projekte entfernt, die keinen Projektauftrag der Regierung gemäss Definition des Staatsverwaltungsgesetzes aufwiesen (Ausbauprojekt Alpenrhein «RHESI», Verkehrsplanung und Engpassbeseitigung in der Agglomeration St. Gallen-Arbon-Rorschach, Kantonale Deponieplanung, Spitalbauprojekte). Am stärksten involviert war das Baudepartement; mit 28 Projekten war es für fast die Hälfte aller Projekte der Regierung verantwortlich, wobei alleine 16 Projekte auf Projekte aus dem Hochbautenprogramm zurückzuführen sind.

Tabelle 1 gibt auch Auskunft über die Mitwirkung. Es wird beispielsweise ersichtlich, dass das Finanzdepartement bei mehr als einem Drittel der Projekte mitwirkend tätig ist.

Das Gesundheitsdepartement ist bei 22 von 60 Projekten beteiligt, hauptsächlich bedingt durch Projekte aus dem Hochbautenprogramm. Neben der interdepartementalen Zusammenarbeit zeigt Tabelle 1 auch die intensive Zusammenarbeit mit Externen auf. Dies sind vor allem die Gemeinden bzw. die Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP), Nachbarkantone, der Bund oder die Nachbarländer.

Das Hochbautenprogramm umfasst derzeit 16 Bauprojekte, die sich gemäss Tabelle 2 auf die Departemente zuteilen lassen. Derzeit sind zwölf (Vorjahr: 15) Projekte im Bau, bei vier (Vorjahr: 6) Projekten wird die Botschaft ausgearbeitet. Nicht mehr ausgewiesen werden die Spitalbauten.

Tabelle 2: Projekte Hochbautenprogramm nach Projektstatus

Beteiligte	Total	Botschaft	Bau
Staatskanzlei	0	–	–
Volkswirtschaftsdepartement	2	–	2
Departement des Innern	1	–	1
Bildungsdepartement	4	3	1
Finanzdepartement	0	–	–
Baudepartement	1	–	1
Sicherheits- und Justizdepartement	4	–	4
Gesundheitsdepartement	4	1	3
Total	16	4	12

Tabelle 1: Federführung und Mitwirkung in Projekten der Regierung

Federführung	Total	Mitwirkung								
		SK	VD	DI	BLD	FD	BD	SJD	GD	EXT
Staatskanzlei	6	–	3	4	3	4	3	3	3	1
Volkswirtschaftsdepartement	5	1	–	2	1	2	3	1	2	7
Departement des Innern	6	0	0	–	2	1	1	1	0	4
Bildungsdepartement	4	0	1	0	–	3	1	0	1	12
Finanzdepartement	6	5	5	6	6	–	6	6	5	0
Baudepartement	28 ¹	2	9	4	7	8	–	6	8	5
Sicherheits- und Justizdepartement	5	2	2	4	1	3	2	–	3	4
Gesundheitsdepartement	0	0	0	0	0	0	0	0	–	0
Total	60	10	20	20	20	21	16	17	22	33

¹ Inkl. Projekte aus dem Hochbautenprogramm; ohne diese sind es zwölf Projekte mit Projektauftrag der Regierung.

Abgeschlossene Projekte

Im Jahr 2017 wurden folgende acht Projekte der Regierung fristgerecht abgeschlossen:

- SK Ausweitung E-Voting auf Pilotgemeinden;
- VD Kantonale Biodiversitätsstrategie;
- DI Grundrechte und Grundrechtseinschränkungen im Zusammenhang mit diversen Motionen;
- FD Entwicklung Lohnwesen in der kantonalen Verwaltung: Teilprojekt 1 «Laufbahnen und Einreihung»;
- FD IT-Strategie 2016+ (Erarbeitung Strategie);
- BD Entwicklungsschwerpunkt Wil West (Phase 1);
- SJD Gefährdungs- und Risikoanalyse Kanton St. Gallen (Phase 1);
- GD Medical Master (Konzeptentwicklung).

Vier weitere Projekte konnten im Jahr 2017 mit einer Verzögerung abgeschlossen werden:

- DI Revision Sozialhilfegesetz (1. Paket);
- BLD Behörden- und Aufsichtsstruktur Berufsfachschulen;
- BD Gesamtüberarbeitung Richtplan SG, Teil Siedlung;
- BD Gesamtverkehrsstrategie Kanton St. Gallen (GVS SG).

Zwei Hochbauprojekte konnten im Jahr 2017 mit einer Verzögerung abgeschlossen werden:

- BD/VD Fischereizentrum Bodensee (H063);
- BD Verwaltungsgebäude Lämmli Brunnenstrasse 54: Innensanierung Hochhaus (H116).

Projekte mit zeitlichem Verzug

Für folgende 15 laufende Projekte, davon sechs Hochbauprojekte, musste die Terminplanung aus diversen Gründen angepasst werden. Bei Projekten aus dem Hochbautenprogramm wird jeweils darauf verwiesen, auf welche Teilphase des Projekts sich die Zeitangaben beziehen.

Durchmesserlinie Appenzeller Bahnen (geplanter Abschluss: Dezember 2015)

Der Spatenstich ist 2016 erfolgt. Die Linienführung im Bereich Güterbahnhof ist in Prüfung. Der Abschluss bzw. die Eröffnung ist für Ende 2018 vorgesehen.

Optimierung der Tourismusstrukturen (geplanter Abschluss: Dezember 2017)

Der Kanton Appenzell Auser Rhoden hat das Projekt abgelehnt. Ein neues Projekt soll die innerkantonalen Strukturen optimieren. Ein Modellentscheid liegt aktuell vor. Dieser soll ab 1. Januar 2019 umgesetzt werden.

Vorprojekt Geldspielgesetzgebung (geplanter Abschluss: Januar 2018)

Das Projekt bzw. das Gesetzesvorhaben «Geldspielgesetzgebung» ist abhängig vom neuen Bundesgesetz, das Schweizer Casinos künftig das Anbieten von Geldspielen auch im Internet erlaubt. Insbesondere aufgrund der vorgesehenen Sperrung von ausländischen Online-Anbietern wurde gegen das Gesetz erfolgreich das Referendum ergriffen. Der Abstimmungstermin ist am 10. Juni 2018. Welche Anpassungen die kantonale Gesetzgebung erfährt, wird sich daher erst im Juni 2018 weisen.

Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden (geplanter Abschluss: Juni 2019)

Die Umsetzung verzögert sich aufgrund des Rechtsstreits zwischen Gemeinden, Verwaltungsrechenzentrum St. Gallen (VRSG) AG und Abacus. Der Projektabschluss ist für Juni 2020 geplant.

IT Bildungsoffensive – Finanzierung und Massnahmen (geplanter Abschluss: März 2018)

Die Vorlage mit dem Kreditantrag gelangt im Frühjahr 2018 an den Kantonsrat. Die Volksabstimmung ist für Ende 2018 bzw. Anfang 2019 geplant.

Ablösung Telefonie (geplanter Abschluss: Dezember 2017)

Die Projektarbeiten verlaufen planmässig. Da auf eine Migration in den Schulferien verzichtet wurde, entsteht eine leichte Verzögerung. Der Projektabschluss ist für April 2018 geplant.

**Umsetzung der IT-Strategie 2016+
(geplanter Abschluss: Dezember 2018)**

Die Projektarbeiten werden sich um rund ein halbes Jahr verzögern.

**Durchgangsplätze für Fahrende
(geplanter Abschluss: Dezember 2015)**

Verschiedene Standorte wurden für die Erstellung eines Durchgangsplatzes geprüft. Für die Errichtung eines definitiven Standorts konnte keine Lösung gefunden werden. Die Suche nach neuen Durchgangsplätzen wird fortgesetzt, wobei vor allem die Realisierung von provisorischen Plätzen geprüft wird.

**KAPOgoesMOBILE: mobile Endgeräte für
Polizistinnen und Polizisten
(geplanter Abschluss: Dezember 2017)**

Beim Release 2 kam es zu technischen Verzögerungen von drei Monaten. Im Release 3 zeigten sich Abhängigkeiten vom Projekt Windows10/Office2016 für die Einführung von APZ Tablets. Der Projektabschluss wird bis Juli 2018 erwartet.

Projekte aus Hochbautenprogramm

**Kant. Psych. Klinik Pfäfers: Sanierung Klostergebäude;
Bau (geplanter Abschluss Dezember 2016)**

Personelle Ressourcenengpässe im Zusammenhang mit der Übertragung der Spitalimmobilien führten zu einer Verzögerung. Der Bauabschluss ist für Dezember 2018 geplant.

**Erweiterung Kantonsschule Sargans;
Bau (geplanter Abschluss: Dezember 2017)**

Die Gemeinde hat im Januar 2018 die Baubewilligung erteilt, es folgte die Einsprachefrist. Der Bauabschluss wird frühestens Ende 2020 erwartet.

**Umbau und Erweiterung Landwirtschaftliches
Zentrum Salez;**

Bau (geplanter Abschluss: Juli 2017)

Das Projekt wurde in Bezug auf die bauliche Umsetzung und den reduzierten Haustechnikstandard überarbeitet. Der Bauabschluss ist für Oktober 2018 vorgesehen.

Universität St. Gallen:

Instandsetzung Bibliotheksgebäude;

Botschaft (geplanter Abschluss: November 2017)

Gemäss Projektdefinition sollte die Botschaft bis November 2017 vorliegen. Verschiedene Abklärungen benötigten mehr Zeit als angenommen. Die Botschaft wird im Sommer 2018 erwartet.

**Universität St. Gallen: Neubau Standort Platztor;
Botschaft (geplanter Abschluss: November 2017)**

Gemäss Projektdefinition sollte die Botschaft bis November 2017 vorliegen. Verschiedene Abklärungen benötigten mehr Zeit als angenommen. Ein Nachtrag zur Projektdefinition wurde im Januar 2018 von der Regierung genehmigt. Die Botschaft wird im Herbst 2018 erwartet.

GBS St. Gallen:

Gesamterneuerung Standort Demutstrasse;

Botschaft (geplanter Abschluss: November 2018)

Gemäss Projektdefinition sollte die Botschaft bis November 2018 vorliegen. Verschiedene Abklärungen benötigen mehr Zeit als angenommen. Die Botschaft wird nun bis Juni 2019 erwartet.

Neue Projekte

Im Jahr 2017 wurden 19 (Vorjahr: 11) Regierungsprojekte neu ins Projektportfolio aufgenommen:

- SK Umsetzung GEVER-Strategie 2015–2024;
- SK Ablösung des Ratsinformationssystems (RIS);
- SK Pilotprojekt zur Einführung eines Vorlagenmanagement-Systems;
- SK Totalrevision des Gesetzes über die Urnenabstimmungen (UAG);
- SK Erneuerung sg.ch;
- VD 6. öV-Programm;
- VD Vorprojekt Geldspielgesetzgebung;
- DI Regioverbund St. Gallen;
- FD Umsetzungsagenda Finanzperspektiven;
- BD ÖREB-Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen;
- BD Erarbeitung 17. Strassenbauprogramm;
- BD VI. Nachtrag zum Energiegesetz;
- BD Landschaftsstrategie Kanton St. Gallen;
- BD Abfallplanung Kanton St. Gallen;
- BD Gesamtüberarbeitung Richtplan, Teil Verkehr;
- BD Flächenoptimierung in der Staatsverwaltung Kanton St. Gallen;
- SJD Gefährdungs- und Risikoanalyse Kanton St. Gallen Phase II;
- SJD Häusliche Gewalt – und die Kinder mittendrin!;
- SJD Migration Major-Release JURIS.

Übersicht über die Gesetzesvorhaben

Die Übersicht über die Gesetzesvorhaben weist jene Gesetze aus, die von den Departementen sowie der Staatskanzlei im Berichtsjahr bearbeitet wurden oder seit 2017 angewendet werden. Sie wird ergänzt mit geplanten Gesetzesvorhaben und soll einen Überblick über die Gesetzgebungsaktivität der Staatsverwaltung schaffen. Sie verbessert die Transparenz und dient dem Kantonsrat, der Regierung und den Departementen als Planungs- und Steuerungsinstrument. Die Übersicht gibt Auskunft über den Beratungszeitpunkt der Gesetze durch den Kantonsrat, den Vollzugsbeginn sowie die in der Bearbeitung der Gesetzesvorhaben federführenden und mitwirkenden Departemente.

Vollzugsbeginn

Für den Kantonsrat und die Öffentlichkeit ist von Interesse, wie viele bzw. welche Gesetze seit dem Jahr 2017 im Vollzug sind. Insgesamt werden seit dem 1. Januar 2017 zwölf (Vorjahr: 19) neue Gesetze angewendet. Seit Januar 2018 sind weitere acht (Vorjahr: 5) Gesetzesvorhaben im Vollzug. Eine Übersicht gibt Tabelle 3.

Tabelle 3: Übersicht über die Anzahl neu angewendeter Gesetze

Federführendes Departement	seit 2017 im Vollzug	seit Jan. 2018 im Vollzug	rechtsgültig/noch nicht im Vollzug
Staatskanzlei	0	0	0
Volkswirtschaftsdepartement	0	0	0
Departement des Innern	3	5	0
Bildungsdepartement	3	0	1
Finanzdepartement	0	0	0
Baudepartement	2	0	0
Sicherheits- und Justizdepartement	2	2	3
Gesundheitsdepartement	2	1	0
Total Gesetzesvorhaben	12	8	4

Folgende 12 Gesetze weisen einen Vollzugsbeginn im Jahr 2017 auf:

- DI Nachtrag zum Gemeindegesezt (Rechnungsmodell St. Galler Gemeinden; teilweise im Vollzug) (*sGS 151.2*);
- DI III. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesezt (Anpassung aufgrund Wirksamkeitsbericht) (*sGS 813.1*);
- DI XI. Nachtrag zum Einführungsgesezt zum Schweizerischen Zivilgeseztbuch (Elektronische öffentliche Beurkundung) (*sGS 911.1*);

- BLD** XVIII. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Beurteilung in der Volksschule) (*sGS 213.1*);
- BLD** XIII. Nachtrag zum Mittelschulgesetz (Informatikmittelschule wirtschaftliche Richtung) (*sGS 215.1*);
- BLD** IV. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung (Informatikmittelschule technische Richtung) (*sGS 231.1*);
- BD** Planungs- und Baugesetz (*sGS 731.1*);
- BD** III. Nachtrag zum Vollzugsgesetz zur eidg. Gewässerschutzgesetzgebung (Gewässerräume) (*sGS 752.2*);
- SJD** VIII. Nachtrag zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (*sGS 951.1*);
- SJD** XII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zum ZGB (Änderung von Grenzabständen) (*sGS 911.1*);
- GD** Nachtrag zum Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung (Wirksamkeitsbericht Spitalplanung) (*sGS 320.1*);
- GD** III. Nachtrag zum Gesetz über die Spitalverbunde (Übertragung der Spitalimmobilien an die Spitalverbunde) (*sGS 320.2*).

Im Januar 2018 wurden folgende acht Gesetze in Vollzug gesetzt:

- DI** Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen (Gesamtrevision) (*sGS 371.1*);
- DI** Kulturförderungsgesetz (Gesamtrevision) (*sGS 275.1*);
- DI** Kulturerbebesetz (*sGS 277.1*);
- DI** IV. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Finanzielle Sozialhilfe) (*sGS 381.1*);
- DI** Nachtrag zum Gesetz über das St. Galler Bürgerrecht (Wohnsitzfrist und Integrationskriterien) (*sGS 121.1*);
- SJD** Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (*sGS 962.1*);
- SJD** VIII. Nachtrag zum Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben (Befreiung der Raupenfahrzeuge) (*sGS 711.70*);
- GD** XIII. Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Regelung Ersatzabgabe ärztlicher Notfalldienst) (*sGS 311.1*).

Folgende vier Gesetze sind rechtsgültig, werden aber noch nicht angewendet:

- BLD** XVII. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Musikalische Bildung) (*sGS 213.1*);
- SJD** II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz (Regionalisierung Zivilschutz) (*sGS 413.1*);
- SJD** VI. Nachtrag zum Gerichtsgesetz (Offenlegung von Interessenbindungen) (*sGS 941.1*);
- SJD** Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (*sGS 961.2*).

Projektportfolio

Im Projektportfolio der Regierung werden die im Jahr 2017 laufenden oder fertiggestellten Projekte aufgeführt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass alle Projekte im Blickfeld bleiben. Ersichtlich sind die Dauer und die in den einzelnen Projekten federführenden und mitwirkenden Departemente. Die Übersicht liefert zudem Anhaltspunkte zum Umfang eines Projekts, indem die veranschlagten Ressourcen in Personentagen wiedergegeben sind. Durch ein Ampel-Prinzip wird schliesslich die Zielerreichung bezüglich Termine, Kosten und Qualität signalisiert.

Departemente/Projekte	Start	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Mitwirkend
Staatskanzlei													
Ausweitung E-Voting auf Pilotgemeinden	2015								mittel	●	●	●	FD, Pilotgemeinden
Umsetzung GEVER-Strategie 2015–2024									gross	●	●	●	Alle Dep.
Ablösung des Ratsinformationssystems (RIS)									mittel	●	●	●	Alle Dep.
Pilotprojekt zur Einführung eines Vorlagenmanagement-Systems									mittel	●	●	●	
Totalrevision des Gesetzes über die Urnenabstimmungen (UAG)									mittel	●	●	●	DI
Erneuerung sg.ch									gross	●	●	●	Alle Dep.
Volkswirtschaftsdepartement													
Durchmesserlinie Appenzeller Bahnen	2005								gross	●	●	●	BD, FD, Stadt SG, AI, AR, AB, Bund (BAV, ARE)
Kantonale Biodiversitätsstrategie	2015								gross	●	●	●	Alle Dep., VSGP
Optimierung der Tourismusstrukturen	2016								gross	●	●	●	Tourismusorganisationen
6. öV-Programm									mittel	●	●	●	BD
Vorprojekt Geldspielgesetzgebung									mittel	●	●	●	DI, GD
Departement des Innern													
Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden	2013								gross	●	●	●	Gemeinden
Grundrechte und Grundrechtseinschränkungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Motionen 42.13.13 und 42.13.15 bzw. 42.14.06 sowie 42.13.20	2014								mittel	●	●	●	BLD, SJD
Revision Sozialhilfegesetz (1. Paket)	2015								gross	●	●	●	VSGP, FD
Revision Sozialhilfegesetz (2. Paket)	2016								gross	●	●	●	VSGP
Zusammenschluss, Errichtung und Führung einer gemeinsamen Kantons- und Stadtbibliothek	2016								gross	●	●	●	BD, BLD, Stadtpräsident, Stadtrat Schule & Sport
Regioverbund St. Gallen									mittel	●	●	●	–
Bildungsdepartement													
Behörden- und Aufsichtsstruktur Berufsfachschulen	2014								mittel	●	●	●	Externer Projektleiter
Neustrukturierung und Neuorganisation der Fachhochschulen im Kanton St. Gallen	2015								gross	●	●	●	FD, BD, Mitträgerkantone TG, AR, AI, SZ, GL, GR, FL, SH
IT Bildungsoffensive – Finanzierung und Massnahmen	2016								mittel	●	●	●	VD, FD, Externer
Joint Medical Master St. Gallen	2016								gross	●	●	●	FD, GD, HSG, KSSG

■ (geplante) Projektdauer
 ■ Projektverlängerung
 ■ Projekt vorzeitig beendet

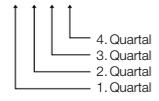
↑ 4. Quartal
 ↑ 3. Quartal
 ↑ 2. Quartal
 ↑ 1. Quartal

Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1–24 PT
 mittel: 25–100 PT
 gross: >100 PT

● auf Kurs
 ● zusätzliche Anstrengung nötig
 ● Ziel verfehlt

Departemente/Projekte	Start	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Mitwirkend
Finanzdepartement													
Ablösung Telefonie	2015								gross	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
Entwicklung Lohnwesen in der kantonalen Verwaltung: Teilprojekt 1 «Laufbahnen und Einreihung»	2015								mittel	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
Entwicklung Lohnwesen in der kantonalen Verwaltung Teilprojekt 2: «Einstufung und Lohnentwicklung»	2016								gross	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
eDossier (elektronische Personalakte)	2016								gross	●	●	●	Personalamt, DI, BLD, FD-DIP, BD, SJD, Staatsarchiv
Umsetzung der IT-Strategie 2016+									gross	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
Umsetzungsgagenda Finanzperspektiven									gross	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
Baudepartement													
Durchgangsplätze für Fahrende (DGP)	2004								mittel	●	●	●	Staogemeinden
Geodateninfrastruktur Kanton St. Gallen und St. Galler Gemeinden (GDI-SG)									gross	●	●	●	VD, DI, FD, VSGP, IG GIS AG
Gesamtüberarbeitung Richtplan SG, Teil Siedlung	2009								gross	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
ÖREB-Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen									gross	●	●	●	Departemente, Gemeinden, swisstopo
Entwicklungsschwerpunkt Wil West (Phase 1)	2015								gross	●	●	●	VD, FD
Gesamtverkehrsstrategie Kanton St. Gallen (GVS SG)	2016								mittel	●	●	●	VD, FD
Erarbeitung 17. Strassenbauprogramm									gross	●	●	●	VD
VI. Nachtrag zum Energiegesetz									mittel	●	●	●	-
Landschaftsstrategie Kanton St. Gallen									gross	●	●	●	-
Abfallplanung Kanton St. Gallen									gross	●	●	●	-
Gesamtüberarbeitung Richtplan, Teil Verkehr									gross	●	●	●	-
Flächenoptimierung in der Staatsverwaltung Kanton St. Gallen									mittel	●	●	●	VD, BLD, FD, GD
Sicherheits- und Justizdepartement													
KAPOgoesMOBILE: mobile Endgeräte für Polizistinnen und Polizisten	2014								mittel	●	●	●	FD
Gefährdungs- und Risikoanalyse Kanton St. Gallen (Phase I)	2015								mittel	●	●	●	SK, VD, DI, FD, BD, GD
Gefährdungs- und Risikoanalyse Kanton St. Gallen Phase II									mittel	●	●	●	SK, VD, DI, FD, BD, GD
Häusliche Gewalt – und die Kinder mittendrin!									gross	●	●	●	DI, BLD, GD, KESB, VSGP, Gerichte
Migration Major-Release JURIS									gross	●	●	●	DI, Gerichte

■ (geplante) Projektdauer
 ■ Projektverlängerung
 ■ Projekt vorzeitig beendet



Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1–24 PT
 mittel: 25–100 PT
 gross: >100 PT

● auf Kurs
 ● zusätzliche Anstrengung nötig
 ● Ziel verfehlt

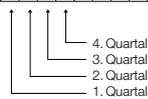
- | | | |
|-----------------------------------|---|--|
| AB Appenzeller Bahnen | FL Fürstentum Liechtenstein | SG St. Gallen |
| AI Appenzell Innerrhoden | GD Gesundheitsdepartement | SH Schaffhausen |
| AR Appenzell Ausserrhoden | GMD Gemeinden | SJD Sicherheits- und Justizdepartement |
| ARE Bundesamt für Raumentwicklung | GL Glarus | SK Staatskanzlei |
| BAV Bundesamt für Verkehr | HSG Universität St. Gallen | SZ Schwyz |
| BD Baudepartement | IG GIS Interessengemeinschaft Geografisches | TG Thurgau |
| BLD Bildungsdepartement | Informationssystem | VD Volkswirtschaftsdepartement |
| Dep. Departemente | KESB Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden | VSGP Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten |
| DI Departement des Innern | KSSG Kantonsspital St. Gallen | |
| FD Finanzdepartement | Ress. Ressourcen | |

Projektportfolio Hochbauprojekte

Im Projektportfolio Hochbauprojekte werden alle Projekte aus dem Hochbautenprogramm gesondert dargestellt. Die Hochbauprojekte haben normalerweise einen längeren Zeithorizont und durchlaufen gemäss dem neuen Immobilienmanagement verschiedene Projektphasen, in denen sich aufgrund eines detaillierteren Bearbeitungsstands auch die Grundlagen immer wieder ändern. Jede Änderung des Projektstatus wird durch einen Regierungsbeschluss bestätigt.

Departemente/Projekte	Start	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Projektphase	Mitwirkend
Baudepartement															
H060, Kant. Psych. Klinik Pfäfers: Sanierung Klostergebäude	2008									gross	●	●	●	Bau	GD, KPD-S
H056, Erweiterung Kantonsschule Sargans	2008									gross	●	●	●	Bau	BLD, FD
H063, Fischereizentrum Bodensee	2009									mittel	●	●	●	Bau	VD
H073, Umbau und Erweiterung Landwirtschaftliches Zentrum Salez	2009									mittel	●	●	●	Bau	VD
H098, Kant. Psych. Klinik Wil: Teilsanierung A01	2010									gross	●	●	●	Bau	GD, KPD-N
H062, Regionalgefängnis Altstätten; Erweiterung	2013								2024	gross	●	●	●	Bau	FD, SJD
H116, Verwaltungsgebäude Lämmlistr.54: Innensanierung Hochhaus	2012									mittel	●	●	●	Bau	
H121, Polizeiposten Wil: Erwerb und Neubau	2012									mittel	●	●	●	Bau	SJD
H113, Theater St. Gallen: Umbau und Sanierung	2012									mittel	●	●	●	Bau	DI
H159, Universität St. Gallen: Instandsetzung Bibliotheksgebäude	2012									gross	●	●	●	Botschaft	BLD
H083, Universität St. Gallen: Neubau Standort Platztor	2012									gross	●	●	●	Botschaft	BLD
H093, GBS St. Gallen: Gesamterneuerung Standort Demutstrasse	2012									gross	●	●	●	Botschaft	BLD
H133, Strafanstalt Saxerriet: Neubau Unterhaltszentrum	2014									mittel	●	●	●	Bau	SJD
H155, KPD Wil: Errichtung Forensik-Station	2016									klein	●	●	●	Botschaft	GD, SJD
H160, KPDSN Wil: Erneuerung Unterstationen und Werkleitungen auf dem Areal Psychiatrische Klinik Wil										mittel	●	●	●	Bau	GD
H162, Strafanstalt Saxerriet: Wärmeverbund und energetische Instandsetzung Werkstattgebäude										mittel	●	●	●	Bau	SJD

- (geplante) Projektdauer
- Projektverlängerung
- Projekt vorzeitig beendet
- ▶ Änderung Projektstatus
- Kantonsratsbeschluss
- ★ Volksabstimmung



Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1 – 24 PT
 mittel: 25 – 100 PT
 gross: > 100 PT

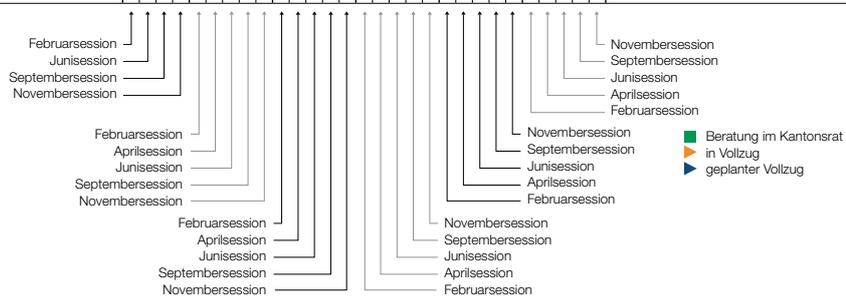
- auf Kurs
- zusätzliche Anstrengung nötig
- Ziel verfehlt

- BLD Bildungsdepartement
- DI Departement des Innern
- GD Gesundheitsdepartement
- SJD Sicherheits- und Justizdepartement
- VD Volkswirtschaftsdepartement

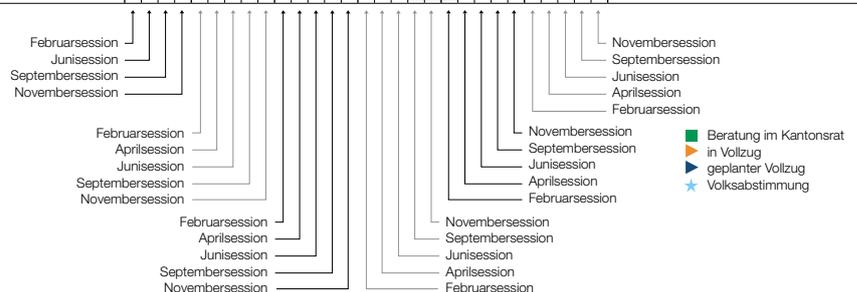
Gesetzesvorhaben

Die Übersicht über die Gesetzesvorhaben weist jene Gesetze aus, die von den Departementen sowie der Staatskanzlei im Berichtsjahr bearbeitet wurden oder seit 2017 angewendet werden. Ersichtlich sind der Beratungszeitpunkt der Gesetze durch den Kantonsrat, der (mutmassliche) Vollzugsbeginn, der Termin der allfälligen Volksabstimmung sowie die in Bearbeitung der Gesetzesvorhaben federführenden und mitwirkenden Departemente.

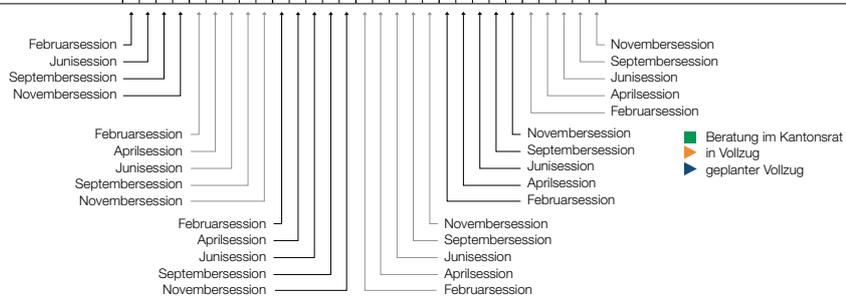
Departemente/Gesetzesvorhaben	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Mitwirkend
Staatskanzlei							
Publikationsgesetz				■	▶		-
Gesetz über Wahlen und Abstimmungen				■	▶		-
Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.15.04 Berichterstattung über zwischenstaatliche Vereinbarungen)				■	▶		-
Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.16.05 Einführung eines Regulierungscontrollings)				■	▶		-
Volkswirtschaftsdepartement							
Kantonale Geldspielgesetzgebung						■	DI, GD, VD
Departement des Innern							
Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen			■	▶			FD, SVA
Nachtrag zum Gemeindegesetz		■			▶		FD, VSGP, VSGOG, SGV, VSGF
Kulturförderungsgesetz			■	▶			FD, BD, VSGP
Kulturerbebesetz			■	▶			FD, BD, VSGP
III. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz		■	▶				FD, BLD, VSGP
IV. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz			■	▶			VSGP
V. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz				■	▶		VSGP
II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht				■	▶		KESB, VSGP
XI. Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG-ZGB)		■	▶				-
Nachtrag zum Gesetz über das St. Galler Bürgerrecht			■	▶			-
Gesetz über die Religionsgemeinschaften				■	▶		öffentlich rechtlich anerkannte Religionsgemeinschaften
XVII. Nachtrag zum Volksschulgesetz, III. Nachtrag zum Übertretungsstrafgesetz			■				DI, BLD, SJD
Bildungsdepartement							
XVII. Nachtrag zum Volksschulgesetz			■	▶			SK, FD
XVIII. Nachtrag zum Volksschulgesetz			■	▶			SK, FD
XIX. Nachtrag zum Volksschulgesetz			■	▶			SK, DI, SJD
XIII. Nachtrag zum Mittelschulgesetz		■	▶				SK, VD, FD
IV. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung		■	▶				SK, VD, FD
XX. Nachtrag zum Volksschulgesetz				■	▶		SK, FD
XXI. Nachtrag zum Volksschulgesetz				■	▶	▶	SK, FD
V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung			■	▶	▶		SK, VD, FD
VI. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung			■		▶		SK, VD, FD



Departemente/Gesetzesvorhaben	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Mitwirkend
Bildungsdepartement (Fortsetzung)							
VI. Nachtrag zum Gesetz über die Universität St. Gallen				■	▶		SK, FD, GD, HSG, KSSG
Gesetzgeberische Vorlage zur Neustrukturierung der Trägerschaft der Fachhochschulen im Kanton St. Gallen					■		SK, FD, BD, Mitträgerkantone TG, AR, AI, SZ, GL, SH sowie FL
Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit für eine IT-Bildungsoffensive				■	▶		SK, VD, FD
Finanzdepartement							
Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit				■	▶		E-Government-Kooperationsgremium
II. Nachtrag zum Personalgesetz			■	■			Alle Dep.
XIII. und XIV. Nachtrag zum Steuergesetz				■	▶		-
XV. Nachtrag zum Steuergesetz					■	▶	-
XVI. Nachtrag zum Steuergesetz					■	▶	-
Baudepartement							
Planungs- und Baugesetz	■	■		▶			Alle Dep. inkl. SK
Kantonale Anschlussgesetzgebung zum eidgenössischen Geoinformationsgesetz				■	▶		SK
III. Nachtrag zum Vollzugsgesetz zur eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung	■	■		▶			SK, VD, FD
VI. Nachtrag zum Energiegesetz					■	▶	SK, VD, FD
Teilrevision Wasserbaugesetz				■	▶		SK, VD, FD, GVA
Sicherheits- und Justizdepartement							
Beitritt Konkordat private Sicherheitsdienstleistungen und IX. Nachtrag zum Polizeigesetz				offen			-
VIII. Nachtrag zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege		■		▶			-
XII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zum ZGB		■		▶			-
XIII. Nachtrag zum Polizeigesetz					■	▶	DI, BLD
II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz		■			▶		FD, GD
Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung				■	▶		Kantonsgericht, Kreisgerichte, Staatsanwaltschaft,
Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung				■	▶		Kantonsgericht, Kreisgerichte, Staatsanwaltschaft,
VI. Nachtrag zum Gerichtsgesetz				■	▶		Kantonsgericht, Verwaltungsgericht, Staatsanwaltschaft
Revision des Gesetzes über den Feuerschutz				■	▶		SJD, GVA
Revision des Übertretungsstrafgesetzes (Motion 42.13.20 Vermummungsverbot)				■	★		DI, BLD
VIII. Nachtrag zum Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben			■	▶			FD
Nachtrag zum Datenschutzgesetz					■	▶	SK, FD



Departemente/Gesetzesvorhaben	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Mitwirkend
Gesundheitsdepartement							
Hundegesetz Kanton St. Gallen/Revision				offen			-
Nachtrag zum Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung; Strategische Mitsprache des Kantonsrates in der St. Gallischen Spitalplanung		■	▶				-
III. Nachtrag zum Gesetz über die Spitalverbunde (Übertragung der Spitalimmobilien)		■	▶				-
XIII. Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Regelung Ersatzabgabe ärztlicher Notfalldienst)			■	▶			-
XIV. Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Schaffung gesetzliche Grundlage Palliative Care)				■	▶		-
XV. Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Elektronisches Patientendossier; Stärkung der Patientenrechte)					■	▶	-
II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur eidgenössischen Lebensmittelgesetzgebung; Nachtrag zum Einführungsgesetz zur eidgenössischen Chemikaliengesetzgebung; VI. Nachtrag zum Veterinärsgesetz (Anpassung der kantonalen Ausführungsbestimmungen an das totalrevidierte eidgenössische Lebensmittelgesetz)					■	▶	-



- | | | | |
|---------------------------|--|--|--|
| AI Appenzell Innerrhoden | FL Fürstentum Liechtenstein | KESB Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden | TG Thurgau |
| AR Appenzell Auserrhoden | GD Gesundheitsdepartement | SGV Schweizerischer Gemeindeverband | VD Volkswirtschaftsdepartement |
| BD Baudepartement | GL Glarus | SH Schaffhausen | VSGF Verein St. Gallischer Finanzverwaltungen |
| BLD Bildungsdepartement | GVA Gebäudeversicherungsanstalt des Kantons St. Gallen | SJD Sicherheits- und Justizdepartement | VSGOP Verband St. Gallischer Ortsgemeinden |
| Dep. Departemente | HSG Universität St. Gallen | SK Staatskanzlei | VSGP Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten |
| DI Departement des Innern | KSSG Kantonsspital St. Gallen | SVA Sozialversicherungsanstalt | |
| FD Finanzdepartement | | SZ Schwyz | |

Antrag

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, vom Geschäftsbericht der Regierung über das Jahr 2017 Kenntnis zu nehmen.

St. Gallen, 13. März 2018

Im Namen der Regierung,
Der Präsident:

Fredy Fässler

Der Staatssekretär:

Canisius Braun

**Regierung des
Kantons St.Gallen**



Regierungsgebäude
9001 St. Gallen

Telefon 058 229 32 60

info.sk@sg.ch
www.sg.ch